

# Stenografická zpráva

XVII. sezení pátého ročního zasedání sněmu českého od roku 1861, odbyvaném dne 21. prosince 1866.

**Předseda:** Nejvyšší maršálek zemský Albert hrabě Nostic.

**Přítomní:** Náměstek nejvyššího maršálka zemského Dr. pr. V. Bělský a poslanci v počtu k platnému uzavírání dostatečném.

**Zástupcové vlády:** C. kr. místopředsíci Karel hrabě Rothkirch-Panthen a c. kr. rada místopředsíci Jan rytíř z Neubauerů.

Počátek sezení o 10 hod. 55 minut.

**Oberstlandmarschall (eröffnet die Sitzung):** Die Geschäftsprotokolle der 13. Sitzung vom 17. December sind durch die vorgeschriebene Zeit zur Einsicht aufgelegt. Hat Jemand gegen diese Protokolle etwas zu bemerken?

Wenn Niemand etwas bemerkt, so erkläre ich die Protokolle für agnosciert.

Das Geschäftsprotokoll der 14. Sitzung ist um 2 Tage, das der 15. Sitzung einen Tag aufgelegt, diese beiden Protokolle sind also nicht genau die ganze vorgeschriebene Zeit aufgelegt. Nachdem es aber Schwierigkeiten haben wird, die Agnoscirung durch den Landtag zu erwirken für den Fall, daß wir heute mit den Sitzungen schließen, so frage ich die Versammlung, ob sie geneigt ist, auch diese beiden Protokolle, obwohl das eine nur 2, das andere nur einen Tag aufgelegt ist, zu agnosciiren. Ich bitte diejenigen Herren, die für die Agnoscirung sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Agnosciert.

Das Resultat der Wahl von Hypothekenbankdirektoren ist folgendes: Von der Kurie des Grundbesitzes wurden 46 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 24 Stimmen. Hr. Wenzel Ritter von Eisenstein erhielt 29 Stimmen, Hr. Dr. Daubek 16 Stimmen, Hr. Karl Ritter von Weidenheim 1 Stimme. Es erscheint sonach Hr. Wenzel Ritter von Eisenstein als Bankdirektor gewählt. In der Kurie der Städte, Industrialorte und Handelskammern wurden 62 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 32 Stimmen. Hr. Richard Dogauner erhielt 36 Stimmen und ist sonach zum Bankdirektor gewählt.

Ich erlaube mir nochmals an die Kommissionen und deren Mitglieder und an die Herren Landtagsabgeordneten, welche Akten oder Bücher aus der Landesauschuss-Registratur bezogen haben, das Ersuchen zu stellen, derlei Akten und Bücher an die Registratur gefälligst wieder abgeben zu wollen. Von den Geschäftsprotokollen kann das,

# Stenographischer Bericht

über die

XVII. Sitzung der fünften Jahres-Session des böhmischen Landtages vom Jahre 1861, am 21. Dezember 1866.

**Vorsitzender:** Oberstlandmarschall Graf Albert Nostitz.

**Gegenwärtig:** Oberstlandmarschallstellvertreter J. U. Dr. W. Bělský und die beschlußfähige Anzahl Abgeordneter.

**Am Regierungstische:** Der k. k. Statthalter Karl Graf Rothkirch-Panthen und der k. k. Statthaltereirath Johann Ritter von Neubauer.

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 55 Min.

der gestrigen Sitzung so wie das der heutigen Sitzung für den Fall des heutigen Sessionschlusses nicht mehr zur Einsicht aufgelegt werden. Es müßte also die Agnoscirung der beiden Protokolle vorbehalten werden der nächsten Session, da es aber möglich ist, daß in der nächsten Session der Landtag vielleicht nicht in der Zusammensetzung erscheint, wie er gegenwärtig besteht, sondern auf Grund von Neuwahlen, daher dann vielleicht eine größere Anzahl von Mitgliedern anwesend ist, die bei den Verhandlungen, über welche diese Protokolle ausgenommen wurden, nicht anwesend waren und es daher schwierig ist, eine Agnoscirung derselben durch die Mehrheit auszusprechen, so frage ich das Haus, ob es nicht für diesen Fall die Bestimmung zu treffen gewillt wäre, daß die bei dem heutigen und gestrigen Protokolle, wenn sie von 3 Verifikatoren, wozu ich jene wählen würde, die in Prag bleiben, daß, wenn sie von diesen 3 Verifikatoren unterschrieben werden, sie von mir im Namen des Hauses als agnosciert gefertigt werden dürften.

Ich bitte diejenigen Herren, die für diese Maßregel sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht, Angenommen.) Vertheilt wurden heute:

L. = A. Bericht betreffend angeforderte Trennungen der Gemeinden aus dem gemeinschaftlichen Verbände.

L. = A. Bericht über Hypothekenbankangelegenheiten.

L. = A. Bericht betreffend die Erhöhung der Dotation zu Straßenbauten.

Anträge des Landtagspräsidiums über die Behandlung der in der V. Session unerledigt gebliebenen Geschäftsstücke — da von den heute eingebrachten Eingaben einige bereits auf die heutige Tagesordnung gesetzt wurden, so ersuche ich das h. Haus, sich darüber auszusprechen, ob es die auf die heutige Tagesordnung gesetzten und erst heute vertheilten Berichte und Eingaben als dringlich anerkennt und daher den Umgang von den strengen

Vorschriften der Geschäftsordnung gutheißt. Ich bitte die Herren, die damit einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Es ist mir vor der Sitzung die Gegenerklärung gegen den gestern überreichten Protest übergeben worden, welche ich werde vorlesen und dann dem Protokolle beischließen lassen.

Ladiagsjeft. Schmidt liest:

Gegenerklärung.

Die Unterzeichneten bringen gegen die vom Abgeordneten Dr. Herbst und Genossen eingebrachte Verwahrung nachstehende Gegenerklärung ein:

Damit ein Vorgang als geschäftsordnungswidrig erklärt werde, muß die ausdrückliche Anordnung der Geschäftsordnung bezeichnet werden, welche man als verletzt betrachtet.

Daß in der Verwahrung des Abg. Herbst und Genossen nicht ein einziger Paragraph, nicht eine einzige Bestimmung der Geschäftsordnung angerufen wurde, ist für die Unterzeichneten der klarste Beweis, daß eben keine angerufen werden konnte. Es besteht auch in der That kein Paragraph der Geschäftsordnung, welcher das Mandat der Landtagskommissionen in Bezug auf die von ihnen zu stellenden Anträge beschränkte; ja es wäre auch für eine erpriestliche Thätigkeit des Landtages höchst verwerflich, den Ausschüssen in Beziehung auf das Ergebnis ihrer Berathungen, zu welchem sie das redliche Bestreben, über den ihnen zugewiesenen Gegenstand ein möglichst zweckmäßiges Gutachten zu erstatten, führen kann, beengende Schranken zu setzen.

Dagegen bestimmt der §. 36 G. O. ganz ausdrücklich, daß Beratungsgegenstände entweder als Vorlage einer Kommission oder durch Anträge einzelner Mitglieder an den Landtag gelangen können. Deshalb sehen sich die Unterzeichneten genöthigt, die Verwahrung, welche von dem Abg. Dr. Herbst und Genossen in der Sitzung vom 19. d. M. angemeldet und am gestrigen Tage eingebracht worden ist, für unbegründet zu erklären; und zu bitten, daß diese ihre Gegenerklärung nach Maßgabe des §. 74 G. O. dem Protokolle beigeschlossen werde.

Prag, 21. Dezember 1866.

Fürst Georg Lobkowitz, Graf Leo Thun, W. Ritter v. Eisenstein, Malowetz, V. W. Kolowrat, Vinzenz Jh. Jeshner, J. Moriz Lobkowitz, August Ritter v. Eisenstein, Graf Chotek, Westphalen, Fron, Franz Graf Harrach, A. G. Komers, Emil Fürstenberg, Dr. Mieger, Dr. Trojan, Balachy, Dr. K. Tomicek, M. Havelka, Dr. Cizek, Klimes, J. Kratochvíle, Franz Fáček, Anton Schmidt, JUDr. J. Zák, Med. Dr. Kordina, Jof. Zimund, Morawec, Dr. Lambl, A. Sembera, Dr. Grünwald, K. W. Jay, JUDr. Karel Roth, Alois Oliva, Dr. Kralert, Alois Wclawik, Em. Tomner, K. Faber, Dr. Fric, Jan Hödl, P. J. J. Rezac, Stranek, Zeleny, Dr. K. Stadkovsky, Dr. Reichert, Dr. Mattus, Krousky, Jof. Benoni, Med. Dr. Wclav Bozděch, Dr. Jan

Zeřábel, Blager, Kral, Dr. Kodým, Dr. Gabriel, Krejci, Pfrosch, Zeithammer, Dr. Klaudy, Ptáčovsky, Dr. Brauner, Fürst Mar Fürstenberg, Ottokar Gf. Czernin, Mar. Berger, Friedrich Graf Thun, Karl Fürst Schwarzenberg, Graf Clam-Martiniz, Hugo Graf Nostiz, Adolf Josef Fürst Schwarzenberg, Friedrich Karl Graf Kinsky, Karl Graf Paar, Josef Graf Nostiz, W. Kratochvíle, Dr. Škarda, Dr. Jof. Svestka, Ferdinand Freiherr Voith, Franz Seitel, Antonin Mareš, Mayersbach, Dr. Porac, Dr. Seidl, Dr. Podlipný.

Vyjádření zpětné.

Podepsaní podávají proti ohrazení poslancem drem. Herbstem a spol. podanému toto vyjádření zpětné:

Abv nějaké jednání prohlášeno býti mohlo za jednání, proti řádu jednacímú čekící, musí se vytknouti výslovně ustanovení řádu jednacímú, které se považuje za porušené.

Že v ohrazení poslance dra. Herbst a spol. čekníků ni na jediný paragraf, ni na jediné ustanovení řádu jednacímú ukázáno nebylo, jest pro podepsané nejzřejmějším důkazem, že na ně ani ukázáno býti nemohlo.

Není také v skutku v řádu jednacím paragrafu, který by „mandát“ komise sněmovní vzhledem na návrhy, jež podati má, obmezoval; ano, bylo by zdárné činnosti sněmu velice na škodu, stavěti hráze výborům vzhledem na výsledky porad, k nimž je přivésti může upřímná snaha, aby podaly v věci jim přikázané dobrozdání co možná nejpríměřenější.

Naopak stanoví §. 36. řádu jednacímú zcela výslovně, že předměty porad dojíti mohou sněm buď co předlohy nějaké komise, buď po návrhu některého člena.

Za tou příčinou vidí se podepsaní pohnuti, prohlásiti ohrazení, kteréž bylo od poslance dra. Herbst a spol. čekníků v sezení dne 19. t. m. oznámeno a včerejšího dne podáno, za neodůvodněné i žádati, aby toto jejich osvědčení zpětné přiloženo bylo dle §. 74. ř. j. k protokolu.

Dáno v Praze, dne 21. prosince 1866.

Oberstlandmarschall: Wir schreiten nun zur Tagesordnung.

Statthalter: Ich habe die Ehre, die am 18. Dezember l. J. an mich gerichtete Interpellation des H. Abg. Dr. Uchazy und Genossen in Betreff der, von der Regierung zu ergreifen beabsichtigten wirksamen Maßregeln zur Wahrung des gesetzlichen Einflusses der deutschen Sprache auf die an den Gymnasien Böhmens studierenden Jugend, in Folgendem zu beantworten:

Die Regierung hält fest an dem Grundsatz, daß an allen öffentlichen Gymnasien nur solche Männer zur Anstellung als ordentliche Lehrer gelangen können, welche ihre Qualifikation für das spezielle Lehrfach, welches sie an der Anstalt zu vertreten haben, durch eine bei einer Prüfungskommission abgelegte Prüfung in gesetzlicher Art nach

zuweisen vermögen und nebstbei auch die sonstigen Erfordernisse der Anstellungsfähigkeit an irgend einem bestimmten Gymnasium besitzen.

Wenn nichtsdestoweniger an den hierländigen Gymnasien dieser Grundsatz noch nicht durchgehend durchgeführt erscheint, so wolle der Erklärungsgrund hiervon zunächst darin gefunden werden, daß diese nothgedrungene Maßregel nur in Fällen Platz greift, wo — wie namentlich bei Erkrankungen, Parallelklasseneröffnungen u. s. w. momentane Aushilfe nothwendig wird und nicht sogleich eine mit allen gesetzlichen Eigenschaften versehene Lehrkraft gewonnen werden kann.

Speziell was das deutsche Lehrfach anbelangt, ist der Mangel an — mit der gesetzlichen Lehrbefähigung bereits versehenen Lehrkräften noch immer bemerkbar. Seit dem Bestande der k. k. Gymnasialprüfungscommission in Böhmen vom Jahre 1850 angefangen haben sich der Lehramtsprüfung aus dem deutschen Lehrfache nur 16 Kandidaten mit Approbation unterzogen, die Mehrzahl derselben befindet sich jedoch derzeit theils an Lehranstalten anderer Provinzen, und an Oberrealschulen angestellt.

In den Jahren 1850, 1851, 1852, 1854, 1855, 1859, 1860 und 1861 hat kein Kandidat die Prüfung aus dem Deutschen bei der genannten Kommission bestanden.

Und daß ein solcher Mangel auch anderwärts und nicht — wie die Herren Interpellanten betonen — eine fortwährende Vermehrung derlei für das deutsche Sprachfach approbirten Lehramtskandidaten vorherrsche, dürfte wohl zunächst durch die Thatsache konstatiert werden, daß ein im verfloffenen Jahre gestelltes Ansuchen nach Wien um Namhaftmachung einzelner Lehramtskandidaten, welche geeignet und zugleich bereit wären, die Supplirung eines beurlaubten Gymnasiallehrers für das deutsche Lehrfach hierlands zu übernehmen, dahin beantwortet wurde, daß in den hochortigen Aufzeichnungen kein Kandidat in der gewünschten Richtung vorkommt und auch anderweitigen Nachforschungen nicht gelungen sei, ein derartiges Individuum sogleich ausfindig zu machen.

Im Uebrigen war der berührte Mangel an für das ganze Gymnasium approbirten Kandidaten aus dem deutschen Lehrfache bis nun für den eigentlichen Unterrichtserfolg weniger empfindlich und folgenreich, weil die Unterscheidung zwischen Gymnasien mit deutscher oder böhmischer Unterrichtssprache erst derzeit in Folge des Gesetzes vom 18. Jänner 1866 vollständig zur Durchführung gelangt, die für das Gymnasiallehramt approbirten Lehrer zumeist die Approbation für die deutsche Unterrichtssprache erhielten, und nach dem Prüfungsgefesze diejenige Kenntniß der Unterrichtssprache — welche von jedem Examinanden gefordert wird — denselben unter einigen Voraussetzungen gleichzeitig befähigte, diese Sprache am Untergymnasium auch zu lehren.

Nunmehr, wo diese Scheidung der Gymnasien

nach Unterrichtssprachen scharfer hervortreten wird — anerkennt die Regierung vollkommen das Bedürfnis, daß vorzugsweise das Lehrfach derjenigen Landessprache, welche nicht mehr zugleich die Unterrichtssprache des betreffenden Gymnasiums ist, — an allen hierländigen öffentlichen Gymnasien seine vollkommen würdige und gesetzliche Vertretung erlange; die Regierung wird daher dieser Angelegenheit ihre vollste Aufmerksamkeit widmen und möglichst dahin wirken, daß in Erledigungsfällen von Gymnasiallehrerstellen für das philosophische Fach dort — wo das erwähnte Sprachfach noch nicht gehörig vertreten ist, Männer ausfindig gemacht werden, welche durch ihre Berufung an die Anstalt den Einfluß dieses Lehrfaches auf die studierende Jugend gehörig zu wahren geeignet sein dürften; — insbesondere wird aber die Regierung darauf bedacht sein, sähige und strebsame Kandidaten des Gymnasiallehramts dahin zu bestimmen, daß sie bei der Auswahl der Gebiete, in welchen sie sich die Berechtigung zum Unterrichte erwerben wollen, ein gleich mehr als bisher auf das Gebiet für das Lehrfach der beiden Landessprachen reflektiren mögen, und selbe wird nicht anstehen, durch vorzugsweise Berücksichtigung derlei Kandidaten im Falle der Mittellosigkeit, um ihre Zeit und Kraft ungetheilt dem Studium widmen zu können, bei Gewährung außerordentlicher Unterstützungen ihren Absichten den größtmöglichen Vorschub zu geben. (Bravo!)

Oberstlandmarschall: Wir schreiten nun zur Tagesordnung.

Statthalter: Ich bitte Excellenz! Ich habe noch etwas zu bemerken.

Jeho Exc. pan mistodržitel: K dotazu, který večera ke mně učinili pp. poslancové dr. Grégr a soudruhové, totiž: „Hodla-li vláda přičiniti se k tomu, aby přítrž učiněna byla pobytu a dalšimu usazování se řádu Jezuitů v Čechách?“ mám čest vysloviti, že tuto interpelaci vysokému státnímu ministeriu ve známost uvedu.

Oberstlandmarschall: Der Kommissionsbericht über die Regierungsvorlage, wegen Kundmachung der Gesetze und über den Antrag des Dr. Škarda wegen Abänderung des §. 46 der Geschäftsordnung. Ich bitte zu beginnen mit dem Kommissionsbericht über die Regierungsvorlage wegen Kundmachung der Gesetze.

Fürst Lobkowitz: Die von der Regierung in dem hohen Hause in diesem Jahre eingebrachte Regierungsvorlage, betreffend die Kundmachung der Landesgesetze, wurde von der Kommission einer eingehenden Prüfung unterzogen und im Wesentlichen ein, in allen Punkten übereinstimmender Antrag vor das h. Haus gebracht. Ein prinzipieller Unterschied gegenüber der Regierungsvorlage liegt nur in der Bestimmung des §. 2. Ich behalte mir vor für den Fall, als sich eine Spezialdebatte über dieses Gesetz entspinnen sollte, die nähere Motivirung dieser, von der Kommission angetragenen Bestimmung, dem h. Hause vorzutragen und ich glaube mich auf die

in dem Kommissionsberichte enthaltenen Daten beschränken zu können, welche dem h. Hause gedruckt vorliegt, weshalb es nicht notwendig sein dürfte bei der Kostbarkeit der Zeit, welche dem h. Hause noch zugemessen ist, diesen Kommissionsbericht zu verlesen.

Oberstlandmarschall: Ich eröffne die Generaldebatte. Wenn Niemand das Wort ergreift, schreite ich zur Spezialdebatte.

Ich bitte die §§. einzeln vorzutragen.

Landtagssekretär Schmidt liest:

Gesetz vom . . . . . für das Königreich Böhmen, betreffend die Kundmachung der Landesgesetze und der Verordnungen der Landesbehörden.

Zakon, daný dne . . . . . pro království České o vyhlásování zemských zákonů a nařízení úradů zemských.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand etwas über den Titel zu bemerken?

(Es meldet sich Niemand.)

Ich bitte die Herren, die mit dem Titel einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Landtagssekretär Schmidt liest: Mit Zustimmung des Landtages meines Königreiches Böhmen finde ich anzuordnen, wie folgt:

#### §. 1.

Das zur verbindenden Kundmachung der Landesgesetze und der Verordnungen der Landesbehörden bestimmte Gesetzblatt für Böhmen hat unter dem Titel »Landesgesetzblatt für das Königreich Böhmen« in einer einzigen Ausgabe, welche den Text in beiden Landessprachen nebeneinander enthält, zu erscheinen.

S přivolením sněmu Mého království Českého vidí se mi naříditi takto:

#### §. 1.

Zákonník, vydávaný v Čechách za příčinou platného vyhlásování zákonů zemských a nařízení úradů zemských vycházeti má pod jmenem »Zákonník zemský království Českého« v jediném vydání obsahujícím text v obojím jazyku zemském vedle sebe.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen?

(Es meldet sich Niemand.)

Die Herren, welche mit diesem Paragrafe einverstanden sind, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Sněmovní sekretář Schmidt čte:

#### §. 2.

Každý z obou textů jest stejně autentický. V případech pochybných připouští se vykládání zemských zákonů a nařízení úradů zemských porovnáním obou textů dle jejich znění a smyslu.

#### §. 2.

Jeder dieser beiden Texte ist gleich authentisch. In zweifelhaften Fällen ist die Auslegung der Landesgesetze und der Verordnungen der Landesbehörden

durch Vergleichung beider Texte nach ihrem Wortlaute und Sinn zulässig.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen?

Abg. Graf Leo Thun: Ich nehme Anstoß an dem Ausdrücke »zulässig.« Mir scheint, ein Gesetz kann sich nicht darauf beschränken, zu sagen, was bei der Auslegung zulässig ist, sondern es soll eine Norm darüber geben, wie die Auslegung vorzunehmen sei. Ich würde mir erlauben vorzuschlagen, der 2. Satz des §. habe zu lauten: »In zweifelhaften Fällen hat die Auslegung der Landesgesetze und Verordnungen der Landesbehörden unter Vergleichung beider Texte nach ihrem Wortlaute und Sinne stattzufinden.«

Abg. Prof. Herbst: Ich bitte um's Wort.

Ich muß bekennen, wenn mehr Zeit zu Gebote stehende würde, so würde ich mich gegen die ganze Stylisirung des §. 2. aussprechen. Eben deshalb werde ich mich aber dem Antrage Seiner Excellenz des Hrn. Grafen Thun anschließen, weil dadurch wenigstens einigermaßen den schweren Bedenken, die sich bei der Anwendung des §. 2. erheben werden und erheben müssen, begegnet wird.

Der §. 2. sagt: »Jeder dieser beiden Texte ist gleich authentisch.«

Ich muß nun aufrichtig bekennen, ich halte diese Bestimmung an sich für eine unmögliche.

Es treten hier unabweisbar 2 Rücksichten ein. Einerseits die Rücksicht auf die Gleichberechtigung beider Sprachen, andererseits die Rücksicht, daß das praktische Bedürfnis befriedigt werde, das Bedürfnis der Anwendung des Gesetzes, welche Gesetzesanwendung voraussetzt, daß eben ein Gesetz vorhanden und anzuwenden ist.

Die Rücksicht auf die Gleichberechtigung beider Sprachen fordert, daß nicht eine Sprache bei allen Gesetzen als die maßgebende, und daß nicht der Gesetzestext in einer bestimmten Sprache als der allein authentische erklärt wird.

Die Gleichberechtigung wird daher fordern und würde freilich nur formell dadurch befriedigt, daß einmal der Text in der einen Sprache, als der zunächst authentische, ein andermal der Text in der andern Sprache als solcher erklärt wird. Die Regierungsvorlage suchte diesem Bedürfnisse dadurch zu entsprechen, daß sie es auf den Text ankommen ließ, in welchem die Vorlage ursprünglich, sei es durch Regierungsvorlage, sei es durch Antrag einer Kommission, sei es als Antrag eines Mitgliedes, eingebracht wurde. Darin liegt allerdings nur eine formelle Abhilfe, aber doch eine Abhilfe.

Aber, wenn man erklärt, beide Texte seien gleich authentisch, so ist nur einer der beiden Fälle möglich, entweder stimmen beide Texte vollständig mit einander überein, dann ist die Bestimmung überflüssig; denn, welcher Text immer der authentische ist, wenn beide genau dasselbe sagen, wird der Richter oder wer immer das Gesetz anzuwenden hat, den einen

der Texte anwenden können oder auch den andern; das Resultat bleibt ganz dasselbe.

Stimmen aber beide Texte nicht überein — und das ist der Fall, für welchen allein eine Bestimmung nothwendig ist — was hilft dann die Bestimmung, „beide Texte sind authentisch?“ J. B. Ich setze den Fall, der, wie mir erzählt wurde, wirklich eingetreten ist, daß in beiden Texten der ursprünglichen Regierungsvorlage eine derartige Nichtübereinstimmung stattfand, daß nach einem der Texte die verbindende Kraft am 15., nach dem andern am 16. Tage nach der Kundmachung zu beginnen hätte. Nun setze ich den Fall, es würde ein solcher Widerspruch, der immerhin denkbar ist, und nur für den Fall eines solchen Widerspruches ist eine Bestimmung nothwendig, wirklich eintreten und es stände die Bestimmung im Gesetze: „beide Texte sind gleich authentisch,“ so sagt das Gesetz etwas, was einfach nicht möglich ist. Es kann nicht zugleich authentisch vorgeschrieben sein, daß das Gesetz schon am 15. und erst am 16. Tage nach der Kundmachung in Wirksamkeit tritt. Nur eines von beiden ist möglich; beides zugleich aber einfach unmöglich. Der Satz: „beide Texte sind gleich authentisch“ ist insofern ein rein theoretischer Satz, der, genau genommen, gar nichts anderes sagt, als „beide Gesetze müssen genau übereinstimmen.“

Aber die Möglichkeit der Nichtübereinstimmung ist immer noch vorhanden; dann können nicht beide Texte „gleich authentisch“ sein, denn zwei einander widersprechende Gesetze kann man ja nicht gleichzeitig beobachten.

Setzen wir den Fall, es würden nach einem der Texte vom Richter 5% Verzugszinsen zuerkennen sein, und nach dem andern von ihm 4% Verzugszinsen zuerkennen werden müssen, so wäre es rein nicht möglich, daß er beides zugleich thue, und doch müßte es geschehen, wenn beide Texte als gleich authentisch anerkannt werden. Das heißt eben nichts anderes, als er müsse beide Texte beobachten. — Das kann einfach nicht geschehen, und insofern zeigt diese Entscheidung der Sache einen unlöslichen Widerspruch.

Wäre die Zeit nicht so weit vorgerückt und wäre nicht die Sache wirklich so überaus schwierig, so würde ich vielleicht doch einen Ausweg versuchen — so aber traue ich mir nicht zu, einen aufzufinden, nachdem der Ausweg, welchen die Regierungsvorlage versucht hat, nun einmal schon von der Kommission nicht beliebt wurde.

Indessen wird durch den Antrag des Hrn. Grafen Leo Thun doch etwas gethan, etwas, das freilich mit dem Bewußtsein eines Juristen, der von dem Gesetze vor allem Rechtsicherheit erwartet, schwer verträglich ist; denn es wird eigentlich dem Interpellirenden überlassen den Text zu wählen, den er mit Rücksicht auf den Sinn des Gesetzes für zweckmäßig hält. Es ist das, ich verkenne es nicht, ein desperates Auskunftsmittel, denn es ist mit der Rechtsicherheit in hohem Grade unverträglich;

es ist aber doch wenigstens die Möglichkeit einer Aushilfe geboten.

Man legt damit, das ist nicht zu verkennen, gewissermaßen das Gesetzgebungsrecht in die Hände desjenigen, der zur Anwendung des Gesetzes berufen ist, aber es wird doch wenigstens gesagt, was in solchen Fällen geschehen soll.

Wenn man bloß sagen würde, es sind beide Texte authentisch, so fürchte ich, man sagt etwas, was absolut nicht möglich ist.

Jede Gesetzgebung, meine Herren, hat ihre Gränzen und diese Gränzen sind: Kein Gesetz kann etwas anordnen, was logisch unmöglich ist; — wenn ein Gesetz hundertmal sagen würde, zweimal zwei ist nicht vier, sondern fünf, und wenn alle Factoren der Gesetzgebung es sanctionirten, so gilt es doch nicht, und wenn das Gesetz sagt: Beide Texte sind gleich authentisch und damit sagt, beide Texte müssen stets mit einander übereinstimmen, so ist es eben nicht möglich, dieß durch ein Gesetz zu bewirken.

Wenn die beiden Texte nicht übereinstimmen, stimmen sie eben nicht überein, — und wenn das Gesetz hundertmal sagt: sie müssen übereinstimmen. Wenn sie aber übereinstimmen, so ist ja die ganze Bestimmung überflüssig. Bei diesen in Wahrheit sehr ernsten und wichtigen Bedenken bleibt mir in der Lage, in der wir uns befinden, nichts anderes übrig, als mich dem Antrage des H. Abgeordneten Grafen Thun anzuschließen, obschon ich mir gar nicht verbergen kann, daß damit noch immer nichts Wesentliches gethan sei.

Oberstlandmarschall: Herr Graf Glam!

Abgeordnete Graf Glam: Vor mir ist Dr. Hawelka.

Oberstlandmarschall: Ich habe jetzt aufgeschrieben Grafen Glam, dann Ritter v. Limbek, dann Seidl, dann Dr. Skarda, jetzt habe ich gehört, daß Herr Abg. Hawelka sich gemeldet habe, oder nicht?

Abg. Hawelka: Ich bitte..

Oberstlandmarschall: Also bitte ich: Herr Graf Glam, dann Ritter v. Limbek, dann Herr Seidl, dann Herr Skarda.

Abg. Graf Glam: Bei Beurtheilung dieser Frage scheint es mir, mehrere Punkte ins Auge fassen zu müssen. Den einen Standpunkt, jenen der Gleichberechtigung, hat im Eingange der eben gehörten Rede der Herr Vorredner erwähnt; aber ich glaube, nicht in dem Sinne, wie die Gleichberechtigung eben aufzufassen ist. Die Gleichberechtigung ist nicht eine Sache der Etiquette. Es kann sich damit nicht begnügt werden, daß man einmal die eine Sprache wähle, dann das anderemal die andere, daß einmal der eine und dann wieder der andere Text als Urtext ausgesprochen wird. Damit ist, glaube ich, nicht der Sache gedient, damit den Anforderungen von diesem Standpunkte aus nicht Genüge geleistet.

Ich fasse zunächst ins Auge, daß beide Spra-

chen in den Verhandlungen des Landtages gleichberechtigt sind, und daß daher die Beschlüsse des Landtages in beiden Sprachen gefaßt werden. Wie die Beschlüsse, welche im Landtage gefaßt werden, wenn sie Gesetzgebungsaufgaben betreffen, und dann zur Sanction zu seiner Majestät dem Kaiser gelangen, in beiden Landessprachen gefaßt werden, so sind es beide Texte, welche der Landtag beschloffen hat, und das, glaube ich, ist das Entscheidende. Gesetz ist dasjenige, welches der gesetzgebende Körper beschließt, und wozu die Sanction des Monarchen hinzu tritt. Man darf nicht sagen, der eine Text ist Urtext, der andere Übersetzung, weil beide von dem gesetzgebenden Körper beschloffen, beide von dem Monarchen sanctionirt werden. Das, glaube ich, ist der Standpunkt, der entscheidend ist. Ich muß aber auch die praktische Seite der Frage beleuchten. Gerade in dieser praktischen Seite und den Konsequenzen finde ich ein Motiv für den Antrag der Kommission, wofür ich unter vollkommener Anerkennung des Abänderungsantrages des Grafen Thun stimmen werde. Es wird hier die Möglichkeit vorausgesetzt, daß die beiden Texte nicht mit einander in Übereinstimmung sind. Hier muß unterschieden werden: sie können entweder in einem Contradictorischen Widerspruche stehen, oder sie können sich unterscheiden dadurch, daß der eine oder der andere mehr Klarheit, mehr Präcision enthält und daß nicht ein wirklicher Widerspruch zwischen beiden Texten obwaltet. Obwaltet ein wirklicher Widerspruch zwischen beiden, da finde ich die Bestimmung entschieden schädlich, daß ein Text Urtext sein soll. Es könnte sich wohl treffen, daß gerade der unrichtige als Urtext erklärt würde. Bei der Genesis unserer Gesetze, bei der Entstehung derselben, bei der Amendirung von Gesetzen, in einer Sprache eingebracht, durch Amendements in der andern Sprache, kann es wohl sein, daß der richtige Text gerade in der andern Sprache ist, als die den Urtext enthält.

Es würde davon die Folge sein, daß der Richter oder derjenige, der zur Auslegung des Gesetzes überhaupt berufen ist, in die Lage kommt, den irrtigen Text als authentisch anzunehmen.

Ich bitte, z. B., darauf Rücksicht zu nehmen, daß, wenn in einer Gegend, welche nur von einem Volksstamme bewohnt ist, ein Gesetz zur Anwendung kommt, dessen Urtext die andere Sprache bildet, der Richter, die Behörde gezwungen ist, wenn sie eine Verschiedenheit zwischen beiden Texten entdeckt, auf eigene Faust sie zu übersetzen. Dann hat sie gar kein Gesetz zur Hand. Z. B. bei einem im Saazer Kreise gelegenen Gerichte würde ein Fall zu entscheiden kommen, nach einem Gesetze, dessen Urtext in böhmischer Sprache ist. Wenn eine Verschiedenheit zwischen beiden Texten vorliegt, müßte der Richter auf eigene Faust den deutschen Text so verändern oder übersetzen, daß die Übereinstimmung erzielt wird. Nun scheint mir jedenfalls zweckmäßiger, die Bestimmung so zu treffen, so wie ich früher gesagt habe, daß sie mit dem Standpunkte der

legislativen Gewalten übereinstimmt, zugleich unter der Voraussetzung und mit der Absicht zu erzielen, daß bei der Feststellung der beiden Texte mit jener Vorsicht und Umsicht vorgegangen wird, daß die möglichste Übereinstimmung erzielt wird zwischen beiden Gesetzestexten und nicht die Willkür des Einzelnen über die Übersetzung des Textes entscheiden kann. Dadurch wird der weitere Vortheil erzielt, daß eben in jenen Fällen, wo contradictorische Gegensätze vorkommen sollten, — ich hoffe, daß diese Fälle nicht oft vorkommen werden — die einzige Remedur dann erzielt wird, die Remedur der authentischen Interpretation des Gesetzes. Es muß dann eintreten, daß ein jeder solcher Fall zur Remedur gelangt, durch die authentische Interpretation des Gesetzgebers. Dort, wo kein contradictorischer Gegensatz vorliegt, wo wirklich nur ein falscher Ausdruck in der andern Sprache eine Unklarheit hervorruft, auch dort scheint mir gerade dieser Ausweg der allerbeste, welcher hier geboten ist, daß der eine Text durch den andern ergänzt wird, wenn der Fall nämlich eintritt, daß kein Gegensatz, sondern nur ein Irthum obwaltet.

Ich sehe diesen Ausweg, wie ihn die Kommission vorgeschlagen hat, ich wiederhole mit der Verbesserung des Grafen Thun, als den einzigen und zugleich als den praktischsten Ausweg an, und zugleich jenen, welcher den Standpunkt der Legislation-Gewalten festhält, darum stimme ich für den Antrag der Kommission mit dem Amendement des Grafen Thun.

Oberstlandmarschall: Herr Ritter von Limbek!

Abg. Ritter v. Limbek. Mir scheint auch, daß dieß der einzige Ausweg ist, um den Ansprüchen auf Anwendung beider Sprachen gerecht zu werden. Möglich scheint mir, muß es sein, weil diese Bestimmung des §. 2, wie die Kommission sie textirt hat, eben nur jene Bestimmung ist, welche, wie bereits die Kommission in ihrem Berichte citirte, das Patent vom J. 1849 gewählt hat. Seit dem Jahre 1849 bis zu der eben in dem Berichte der Kommission angeführten Abänderung hat diese Bestimmung gesetzliche Kraft gehabt, und für jene Gesetze, welche aus dieser Periode herrühren, gegolten und gilt auch noch immer; beide Texte sind noch gleich authentisch. — Was also für die Gesetze gilt, welche aus jener Periode herrühren, muß auch für die künftigen Gesetze möglich sein.

Wenn auf die Schwierigkeiten hingewiesen wird, welche sich aus dieser Textirung in der Anwendung ergeben können, indem man beide Fälle unterscheidet, u. z. entweder so, daß die Differenz lösbar ist oder nicht lösbar ist, so glaube ich, ist es überhaupt jener Fall, wo die Deklaration des Gesetzes entweder aus sich selbst möglich ist, oder nur im legislatorischem Wege erzielt werden kann. Aber an sich finde ich in der Bestimmung, daß beide Texte gleich authentisch sein sollen, keine Anstände dagegen, und es scheint mir auch, daß die Bestim-

mung, beide Texte seien gleich authentisch, mehr besagt, als daß beide Texte mit einander übereinstimmen müssen. Ich glaube, daß sie bestimmt, daß beide Texte dem Willen des Urhebers, des Autors, entsprechen. Es kommt aber allerdings faktisch im Landtage jedes Gesetz in beiden Landessprachen zu Stande.

Man kann auch nicht den Ausweg wählen, welchen die Regierung vorgeschlagen hat, sich nämlich nach der Sprache des Antrages zu richten, in welcher die Gesetzesvorlage beim Landtage überreicht wurde. Erstens, weil von dem Antrage in der Regel nicht viel übrig bleibt, er in der Regel ganz geändert wird, dann müßte schließlich die Abstimmung auch darüber erfolgen, welche Sprache bei dem Gesetz als Urtext anzusehen ist und welche nicht, das würde von ganz anderen Momenten abhängen und die Bestimmung, welche Sprache den Urtext zu bilden habe, von ganz anderen Ereignissen gebildet werden, als wie es ursprünglich beabsichtigt worden ist. Ich finde daher keinen Anstand gegen das einzige Auskunfts-mittel, welches uns angeboten wird, der Anwendung beider Sprachen in gleichem Maße gerecht zu werden, und ich werde daher für den Kommissionsantrag stimmen.

Oberstlandmarschall: Herr Seidl!

Poslanec Václav Seidl: Když jsme se radili o tomto článku, tedy jsme přišli po velmi dlouhém rokování k tomu výsledku, že se nesmíme držeti tůze přísných theoretických zásad, nýbrž že musíme spíše hleděti k praktickému výsledku. a z toho důvodu vypadl článek 2 na takový způsob, jak sl. sněmovně předložen jest.

Já nomohu přistoupiti k návrhu opravovacímu Jeho exc. p. hr. Thuna, poněvadž ta oprava zahrnuje v sobě vnitřní odpor s alineou první a to, co praví Jeho exc. pan hrabě Thun ve své opravě, zrušuje první pravidlo, které jsme učinili, když jsme pravili, že každý z obou textů je stejně autentický.

Jestli bysme při případu žádali od stran, aby se nedrželi jednoho textu, nýbrž obou textů, respektivě aby se držely toho, co z porovnání obou vyplývá, tu bychom pravili, že nejsou oba texty autentické, nýbrž že to jest autentické, co z porovnání obou textů vyplývá.

Já v komisi obzvláště na to váhu kladl, aby se to kategorickým imperativem nevyslovovalo, že strany a úřadové povinni jsou, aby se při vykládání drželi obou textů zároveň, poněvadž nemohu ukládat kategorickým imperativem, aby, kdo českého textu mocen není, se podle něho spravoval, a kdo německého jazyka není schopen, aby se podle německého spravoval. Kdybych ale vyslovil určitě, že v případech pochybných se musí spravovat Čech německým a Němec českým textem, tedy bych tím již zrušil zásadu, že oba texty jsou stejné a autentické. Pan poslanec Herbst pravil, že se nedá učinit, abychom oba texty za

stejně autentické položili, a učinil dilemma toto: Buďto že se oba texty srovnávají, neb ne. Jestli se srovnávají, tedy není zapotřebí, aby se vyslovilo, že jsou stejně autentické, ale ten případ bude vždy pravidlem, že se zákony v obou textech srovnávají budou, tož připouští, že mohou oba texty být stejně autentické, poněvadž se srovnávají budou. Neří tedy žádné příčiny, abysme právní pravidlo to neustanovili, že v obou jazycích zákon stejně autentický jest, poněvadž se budou srovnávají. My zde v sněmu vidíme, že úplně možno jest, aby se docílilo srovnání a sjednocení obou textů.

My máme nyní páté zasedání, a nejednou přihodilo se, že se oba texty porovnávaly a v souhlas uváděly. Možnost tedy jest tu nade všecknu pochybnost, že se to provést dá, a pak by i první i druhý text stejně autentický byl. Že jest to vůbec také možno, vidíme z toho, že naše zákonodárství již v r. 1849 tu samou zásadu vyslovilo, když vyšel první patent vyhlásovací.

V tomto zákonu hned na začátku vysloveno jest, že texty ve všech jazycích rakouských jsou stejně autentické. Vyslovit se to v přítomném zákonu musí, poněvadž až posud bylo v zákonodárství našem rozdílu. Bývaly zákony, které byly co původní neb prvotní text vyhlášeny. Připomínám zde obecní zákon občanský, a náš jazyk byl tak dalece snižován a degradován, že se zákon v něm dílem již ani nevydával, a když se vydal, že to bylo způsobem prašpatného překladu. To jest jeden z hlavních důvodů, aby se na váhu kladlo vyslovení, že jsou oba texty stejně autentické. Zákon, který by tu vlastnost neměl, aby byl autentický, není skutečným zákonem, a i vládní předloha držela se toho, a nechtěla mít překlad, který by autentickým nebyl. Vláda sama v návrhu vyslovila, aby oba texty byly autentické, a jenom proto, že by se snad tím položením, že jeden z textů jest původní, a druhý není, aneb oba původní, že by v to nějaký logický odpor se položil, že oba texty byly prvotní a původní, položili jsme, že musí být aspoň stejně autentické. Co se týká toho, že mohou býti případy, kde by se rozcházely oba texty, to musela komise a každý, kdo zákony zná, uznati.

Pro ten případ mohli bychom položiti, že se mohou porovnat oba texty, ale neučinit to kategorickým imperativem, poněvadž v takovém případě nebudou bez toho strany rozhodovat, nýbrž budou obyčejně úřadové rozhodovati, kdyby toho pravidla nebylo, že se to připouští, aby se při porovnání zákona jeden text druhým opravoval, tedy by nemohli se ani úřadové ani strany stran textu shodnouti; a hodí se tedy návrh i pro úřady i pro strany.

Z toho ohledu i praktická místnost druhého pravidla, které v §. 2. stojí, vyplývá.

Abys ale toto pravidlo učinilo se také pro strany kategorickým pravidlem, to není možno, pakli se má zachovávat zásada, že text jeden

i druhý je stejně autentický, poněvadž jest zákonem zároveň jeden i druhý. Zastávám tedy přijetí článku tak, jak jej komise navrhovala, a prosím slavný sněm, aby zákon tak schválil jak jej komise navrhla.

Oberstlandmarschall: Ich bitte Herr Dr. Škarda!

Poslanec dr. Škarda: Po tom, co páni řečníci přede mnou o věci té pověděli, nebude zapotřebí, abych rozebíral všechny důvody, jež vedly komisi, když se usnesla o článku 2. který zde slavnému sněmu podán jest. Než k jedné věci musím předce ukázati, a sice k zásadě všeobecné, o které ještě nikdo se nebyl zmínil.

Zásada ta zahrnuta jest v otázce: k jakému cíli vyhlášují se zákony?

Na tuto otázku musí se odpověditi, že k tomu cíli, aby obyvatelstvo o nich dostalo vědomost, neb praví občanský zákoník: jakmile zákon byl vyhlášen, že nikdo nemůže se vylouovati, že by mu nebyl přišel v známost.

Účel vyhlášení zákonů jest tedy, aby přišel obyvatelstvu v známost.

Chcemeli účelu tohoto dosáhnouti, musíme voliti prostředky, aby obyvatelstvu bylo možno v známost zákona přijíti.

Jak to ale jest možno?

Ne jinak než když prohlásí se zákon v řeči, které obyvatelstvo rozumí.

Byla zajisté zásada velmi chybná, která se zachovávala v zákonodárství našem, že se vyhlášovaly zákony jenom v řeči německé bez ohledu na to, že říše Rakouská tolik rozličných národů v sobě chová, a že se v německé řeči vyhlášovaly, anižby byl zřetel brán, zdaliž národové mu rozumějí čili nic.

Na nejvýše hledělo se potřebám obyvatelstva německy nemluvícího tím vyhověti, že se podal jakýsi překlad německých zákonů a s tím měli býti onino spokojeni.

Jest to rozdíl veliký, dá-li se některému národu zákon autentický nebo pouhý jeho překlad. Když někdo nerozumí řeči, v níž zákon byl vydán autentický, kdo mu ručí za to, že překlad jest pravý? Může se tedy spokojiti s překladem? On se s ním spokojiti nemůže, poněvadž zákon sám mu ukazuje, že pokaždé, když by pochybnost vzešla o tom, zdaž překlad jest řádný, musí se hleděti k zákonu v původním textu, u nás tedy v textu německém.

V novější době hledělo se té neshodě pomoci tím, že se vydávaly tak zvané překlady autentické.

Co jest to překlad autentický? Dle mého zdání není překlad autentický nic více než jiný překlad, neboť ta slova „autentický a překlad“ ani se k sobě nehodí; jest to, jako kdybych řekl studený oheň, nebo dřevěné železo, nebo cosi podobného. To jsou dva sobě odporující pojmy,

které nemohou nikdy k jakési platnosti nebo v souhlas přijíti.

Pak-li ale uznávám a uznati musím, že zákon, aby považován býti mohl za řádně prohlášený, musí býti vyhlášen v té řeči, které rozumí národ, kterého má vázati, nezbývá mi nic jiného, leč že musíme přijíti k náhledu tomu, že se musejí v Čechách zákony vyhlášovati v obou jazycích zemských, právě z příčiny té, že máme obyvatelstvo, které ve dvou jazycích mluví.

Namítalo se, že prý komise chybila, ana navrhuje ustanovení, že u vykládání toliko se připouští, aby se oba texty porovnávaly, že prý takové porovnávání nemá býti toliko fakultativní, že třeba je učiniti imperativním.

Na první pohled skutečně se může podobat, že by náhled ten byl pravý a docela spravedlivý. Mně se ale zdá, že tímto ustanovením by jsme opět přišly v odpor se základním pravidlem, totiž s pravidlem tím, že zákon v ten způsob vyhlášen býti má, aby každý obyvatel byl jist, když se drží textu zákona v té řeči, které rozumí, že úplně z něho pozná své právo i svou povinnost, že se mu nemůže nic státi za příčinou vykládání druhého textu. Jen když nemusí hleděti k jinému textu, kterému nerozumí, když obmeziti se může na text v jazyku, kterému rozumí úplně, když není vázán ani povinen, aby hleděl k textu jinému, vyhlášen byl zákon v ten způsob, jak toho žádá první pravidlo spravedlnosti. Kdybychom ustanovili, že porovnávání obou textů jest povinností, že oba texty se musejí porovnávat, nemohl by se nikdo přidržovati jednoho toliko textu, vždy by musel přihlížeti i k textu druhému, aby byl jist, že neustanovuje něco jiného, než text druhý. A protož uznávám a přiznávám, že rovně právu a právu k řádnému vyhlášení vyhovuje jenom zákon, jak ho komise navrhla.

Pan prof. Herbst ve své řeči podotknul, že prý je to úplně nemožno, aby oba texty nějakého zákona byly stejně autentické. Komise, která se o tom usnesla jednohlasně, nemá věc tu za nemožnou.

Kdyby ale skutečně pravda bylo, že pravý jest náhled pana prof. Herbst, že jest nemožno, aby každý z obou textů byl stejně autentický, přišlo by se k jinému resultatu, než jaký asi na mysli má pan prof. Herbst. V konstitučním životě jest vůbec uznáno, že menšina podrobiti se musí většině. Pak-li to dle všeob. pravidla konstitučního platí, následuje z toho, že, když se nemůže zákon autentický vyhlášovati v obou jazycích zemských, musí se vyhlášovati v řeči té, které rozumí většina. Poněvadž ale máme v Čechách většinu obyvatelstva českého, vyšlo by z toho, že každý zákon musí býti vyhlášen v řeči české, žeby německé obyvatelstvo muselo se spokojiti s pouhým překladem. Pochybuji, že by německému obyvatelstvu ten způsob vyhlášení byl milý, pochybuji, že by se s tím překladem spokojilo.

Chceme-li tedy, aby byly obě národnosti v zemi naší uspokojeny, zapotřebí jest, by se zákony vylašovaly, jak toho žádá idea spravedlnosti a jak navrhuje komise, totiž, by každý z obou kmenů měl svůj text autentický.

Nejen k tomu hledělo se v komisi, všichni členové její souhlasili též v uvážení, že, kdyby se mělo přistoupiti k návrhu, který nám podává vláda, — tím nejen se rovnému právu neučinilo za dost, ale že by nově zlo povstalo, totiž zlo to, že by nejen v komisích, nýbrž i zde v celém sněmu stálými se učinily třenice, že by jedna strana přes druhou se zasazovala, aby čím více tím lépe návrhů do slavného sněmu přivedla. Každý by chtěl, aby v jeho řeči zákon byl autentický. Jedna strana by chtěla druhou předstihnouti, a nikdy by nenastal želaný poklid, kdežto předce jenom za úplného poklidu dariti se může rádné zákonodárství.

Z důvodů těchto komise navrhla §. 2. Mám za to, že ustanovení to nejvíce vyhoví a poslouží všemu obyvatelstvu království Českého. (Výborně, výborně!)

Statthalter: Ich bitte um's Wort.

Der Entwurf, den die Kommission vorgelegt hat zu §. 2, weicht von den Ansichten der Regierung in einem Punkte ab.

Ich glaube indes, daß das mit Rücksicht auf die jetzt eben geltend gemachten Motive und auf die Art, wie die Landesgesetze zu Stande kommen, die Regierung wohl kaum Anstand erheben dürfte, gegen die jetzt vorgeschlagene Festigung des §. 2 und gegen die Weglassung der Bestimmung, das nur ein Text als Urtext zu betrachten sei, ich glaube dies um so mehr, weil endlich dadurch nur dasjenige aufrecht erhalten, was bis jetzt eigentlich gesetzlich bestand und daher in dieser Beziehung keine Aenderung stattfindet. In dieser Rücksicht würde ich daher für meine Person und wohl auch im Namen der Regierung keinen Anstand nehmen, für §. 2 zu stimmen, spreche mich jedoch dafür aus, daß der 1. Absatz: „Jeder dieser beiden Texte ist gleich authentisch“, ganz wegzulassen wäre und sich lediglich auf die Bestimmung des 2. Absatzes zu beschränken wäre. Dieselbe involviret bereits dasjenige, was im ersten Absatze ausgesprochen worden ist, indem sie vorschreibt, daß in zweifelhaften Fällen die Auslegung der Landesgesetze und der Verordnungen der Landesbehörde unter Vergleichung der beiden Texte nach ihrem Wortlaut und Sinn zu geschehen habe. Daher würde ich Se. Excellenz den Herrn Oberstlandmarschall bitten, bei Abstimmung über diesen §. abgefondert abstimmen zu lassen, und zwar zuerst über den ersten Absatz: „Beide Texte sind gleich authentisch“ und dann über das folgende.

Oberstlandmarschall: Herr Havelka!

Zemský rada Havelka. Proti §. 2. dosud málo se řeklo. Většina panů řečníků mluvila ve prospěch toho paragrafu až nyní se strany vlády

se přání vyslovilo, aby počátek toho §. byl vynechán.

Já, pánové, stojím na takovém hledišti, že to držím za nutné, aby se §. celý přijal jak jest.

Má-li rovnoprávnost obou národností dostati náležitého a vydatného výrazu, jest toto právě v zákonodárství potřeba.

Rovnost práva dostala již výraz v tom, že máme oba jazyky oprávněné v zákonodárném sněmu. Proč by tedy se nemělo to vysloviti v tom paragrafu?

Ta první věta, že každý z obou textů jest stejně authentický, vlastně vyslovuje to co fakticky, skutečně jest pravda; neboť authentické znamená vlastně, že jsou to slova toho a že sdělena jsou od toho, který mluvil. Poněvadž pak sl. sněm o každém zákonu zemském v obou jazycích se usnáší, jest patrné, že zákonodárce to skutečně sám vyslovil, jak to česky i německy zní; tedy nepravdivého v tomto §. či v první větě jeho se nic nevyskytuje.

Co se týče ale významu těchto slov, dovoluji si upozorniti na to, co vyslovil jeden učenec vlastenecký: „Ohne unmittelbare Anschauung gibt es keine gründliche Kenntniß des positiven Gesetzes und ohne diese keine geregelte Rechtspflege.“

Na toto pravidelné vykonávání soudnictví a spravedlnosti mají obě národnosti stejné právo. Nedáme-li původní text oběma národům, aby ve svém jazyku všechny consequence a argumenty z toho zákona vyvoditi mohly, porušili bychom rovné právo a neučinili bysme to, aby mohlo býti „unmittelbare Anschauung des positiven Gesetzes,“ nebo kdo argumentuje z překladu, neargumentuje ze zákona.

Já tedy tak hledím k tomu, že jest skutečně potřebná věta první v §. 2.

Také se to již ukázalo v naší vlasti České a bylo to jmenovitě v roce 1850 a 1851, a nevím, že by se nějakých neshod bylo vyskytlo, aby se mohlo proti tomu jako proti něčemu velmi nebezpečnému něco namítati.

Tane mně na myslí, že se stala neshoda, a sice v italském překladu, který také byl zákonem authentickým a to sice v trestním řádu. Ale neshoda byla tak nápadná, že to byl patrný omyl tisku, a pánové, jestli by v jednom textu bylo 4% úroků a v druhém 5, to jsou neshody, že i ten nejnezkušenější pozná, že jest zde omyl tisku. Takové omyly tisku přicházejí i v samojediném authentickém německém textu. I v našem říšském zákonníku máme mnoho případů, že až později po několika měsících spozorovány byly chyby tisku a opravily se, a tak se může stát i při našich dvou textech; pakli ale neshoda v obou textech je taková, že nedá se považovati za omyl tisku, nýbrž za jakousi neshodu dle smyslu, pak pánové, pak přijde k výkladu, k právnícké hermeneutice, a pravidla této právnícké hermeneutiky mají ten nejprvnější článek, že kdo

vykládá zákon, má hledět k tomu, co zamýšlel zákonodárce. My známe z praxe, že právníci při vykládání zákona, když chtějí zpytovat po úmyslu zákonodárců, že čtou přednášky vládní; za absolutní vlády přednášky pana ministra, jimiž předkládal nový zákon Jeho Veličenstvu.

Tam se ministr v takovém směru vyslovil, proč tak a ne jinak navrhuje. My víme z praxe, že při obecném zákoně občanském zpytuje se úmysl zákona podle vot zákonodárny komise bývalé.

My víme z praxe, že při vykládání zákona hledíme k řečem a votum zákonodárných sněmů, jmenovitě k zprávám, v kterých na základě ura-  
dění komisi jejich zprávodajové věc vykládají.

To patří všecko k pravidlům, které předpisují, kdo vykládá zákon, aby hleděl k úmyslu zákonodárce. Nyní ale, když zákonodárce mluví ve dvou jazycích, a když v zákoně znění slov se neshoduje, a sice v tomto jednom takto, v druhém opět jinak věc smysl míti se zdá, tu jest právní pochybnost, a vykládač zákona musí hleděti k tomu, aby právě zpytoval smysl zákonodárcových, jichž užil zákonodárce v druhém jazyku. Já tedy nenacházím nic nebezpečného na tom, a zdá se mi, že návrh komise tomu úplně vyhověl. Vlastně proti §. nemluvil žádný z pánů řečníků, a pouze tu běží o opravní návrh Jeho Excelenci pana hraběte Lva Thuna. Pak bych si ale dovolil, přimlouvati se za návrh komise.

Pravidla hermeneutiky právnické ty jsou vědecky podány a i v zákoně již naznačeny. Ty pravidla vedou řádného vykladače zákona, soudce neb toho, kdo výkladu toho zapotřebí má, k jistému a dobrému výkladu toho zákona. Když §. praví, že se připouští vykládání zemského zákona v případech pochybných srovnáním a porovnáním obou textů, jest dostatečně pokynuti dáno těm, kdo zákona užívati povoláni jsou, kterak se dopátrati lze úmyslu zákonodárcova.

Případně-li totiž pochybnost při porovnávání okou textů, tak jest to pokynuti, že také tím způsobem se dá úmysl zákonodárce vyzpytovat; ale jakési poručení, že tak se má vykládat, to by se dáti nemělo. Porušila by se tím snadno již platná soustava pravidel vykladacích, a proto mám za to, že není dobře, měniti ten §., ale přimlouvám se, aby slavný sněm přijal ten §., jak ho komise celý byla navrhla.

Oberständmarschall: H. Prof. Herbst.

Prof. Herbst: Ich will mich nur auf ein paar ganz kurze Bemerkungen beschränken, u. z. zunächst zur faktischen Berichtigung dessen, was vorgebracht wurde. Es wurde nämlich gesagt, das Gesetz v. J. 1849 beweiße die Durchführbarkeit der Authenticität beider Texte u. z. um so mehr, weil es erst i. J. 1852 wieder aufgehoben wurde und daher bezüglich der in der Zwischenzeit erlassenen Gesetze noch immer gelte. Das wäre allerdings

sehr wichtig. Allein i. J. 1852 mußte man sich zur Aufhebung des Grundgesetzes entschließen, eben weil man sich von der Unausführbarkeit desselben überzeugt hatte; namentlich war auch im Strafgesetze, auf welches auch der H. Vorredner hingewiesen hat, in entscheidenden Beziehungen solche Nichtübereinstimmung der einzelnen Gesetzesterte vorhanden, so daß geradezu eine Handlung, die nach dem einen Texte strafbar war, nach dem anderen nicht als strafbar erschien, was große Differenzen in der Strafanwendung hervorbringen mußte. Deshalb fand sich der Gesetzgeber zur Erlassung des Gesetzes v. J. 1852 bestimmt. Was aber die in der Zwischenzeit erlassenen Gesetze betrifft, so scheint von dem betreffenden H. Redner die allh. Entschließung vom 16. März 1853, welche ebenfalls im Reichsgesetzblatte kundgemacht wurde, übersehen worden zu sein. Dieselbe, durch die Justizministerialverordnung vom 19. März 1853, §. 51 des R. G. B. kundgegeben, lautet (liest): „In Folge allh. Entschl. Sr. Maj. vom 16. März 1853 wird hiemit bekannt gemacht, daß die Vorschrift des §. 2 des Patentes vom 27. März 1852, wornach für die im Reichsgesetzblatte erscheinenden Gesetze und Verordnungen der deutsche Text als der alleinige authentische Text anzunehmen ist, auch auf alle schon früher im Reichsgesetzblatte erschienenen Gesetze und Verordnungen anzuwenden ist.“

Man hat sich von der Unmöglichkeit dieses Grundgesetzes in der Weise überzeugt, daß dem betreffenden aufgehobenen Gesetze sogar rückwirkende Kraft gegeben worden ist. — Wenn ich aber nichts desto weniger u. z. der Anschauung, welche von Seiten Sr. Exc. des H. Regierungsvertreters entwickelt wurden, folgend für den Text, wie er vom Grafen Thun beantragt wird, und mit Weglassung des nach meiner Überzeugung nur theoretischen Satzes, daß beide Texte gleich authentisch seien, stimmen werde, so sind es zwei Betrachtungen, welche mich dazu bestimmen. Einerseits, weil es sich um eine Frage handelt, welche ein, wie wir alle fühlen, höchst heikles Gebiet betrifft, nämlich die Frage der Gleichberechtigung und weil einem absprechenden, entgegnetretenden Votum namentlich in der letzten Sitzung dieser Session eine Deutung gegeben werden könnte, die nicht berechtigt wäre, die aber doch möglich wäre.

Das ist der eine Grund, warum ich trotz meiner juristischen Zweifel und Bedenken für diese Fassung stimmen werde; der andere Grund aber ist der, weil es sich um Landesgesetze und nicht um Justizgesetze handelt. Für die Justizgesetze stellt sich die Frage ganz anders; bei einem Landesgesetze aber mit der Sphäre, wie sie namentlich die in der heutigen Session erlassenen Landesgesetze umgränzt, ist dem Ermessen des Anwendenden immer ein großer Spielraum gegeben und es hat daher die Anordnung, daß man in zweifelhaften Fällen mit Rücksicht auf den Wortlaut und Sinn der beiden Texte vorzugehen habe, eine Bedeutung, deren

beruhigendes Gewicht nicht in Abrede gestellt werden will. Aus diesen beiden Gründen will ich die entgegenstehenden Bedenken schweigen lassen, und mich der Auffassung, wie sie vom Regierungstische entwickelt worden ist, anschließen.

Oberstlandmarschall: H. Graf Leo Thun.

Graf Leo Thun: Wenn mein juristisches Gewissen beunruhigt würde durch die Vorlage, so würde ich auch durch andere Rücksichten mich nicht bestimmen lassen, über diese Gewissenskrupel hinauszugehen.

Ich bin aber in der That der Meinung, daß die Regelung der Sache, wie sie gegenwärtig vorgeschlagen ist, an sich die zweckmäßigste sei. Daß aus dem Vorgange, der in früheren Zeiten beobachtet wurde, in jener Zeit, wo man verschiedene Urtexte als gleich gesetzliche erklärt hat, große Uebelstände hervorgegangen sind, das scheint mir, beweist nicht, daß aus unserer Tertirung dieselben Uebelstände hervorgehen müssen. Das ist klar, daß, wenn man Gesetzestexte in mehreren Sprachen mit gesetzlicher Gültigkeit nebeneinander stellt, Vorkehrungen getroffen werden müssen für die sorgfältige Redaktion in diesen verschiedenen Sprachen. Was man damals versucht hatte in der Centralregierung nur in einer Sprache, in der deutschen Sprache, die Gesetze zu redigiren und nachher sie durch ein bloßes Uebersetzungsbureau in 9 Sprachen übertragen zu lassen, zum Theil in Sprachen, welche den ursprünglichen Redaktoren des Gesetzes nicht einmal verständlich sind, so daß diejenigen, von denen die Redaction der Gesetze ausging, nicht einmal die eigene sichere Uebersetzung von der Genauigkeit der Uebersetzungen sich verschaffen konnten, das ist ein sehr gewagter Vorgang, und ich freue mich, daß die Erfahrung bewiesen hat, daß dieser Vorgang nicht zum Ziele führen kann. (Bravo links.)

Gegenwärtig handelt es sich nicht um diese Frage; es handelt sich um die Art der Kundmachung von Gesetzen, welche in diesem hohen Landtage oder unter Mitwirkung dieses hohen Landtages berathen und beschlossen werden, in einer Versammlung, von der man voraussetzen muß und voraussetzen kann, oder vielmehr mit Bestimmtheit weiß, daß beide Sprachen der großen Mehrheit der Versammlung geläufig sind, und daß daher in der Versammlung und bei der Redaction auf die Richtigkeit und Uebereinstimmung beider Texte gesehen werden kann. In diesem Falle scheint mir, ist es vollkommen zulässig und aus bereits vielfach erwähnten Gründen der einzig richtige Weg, beide Texte als gleich authentisch zu erklären.

Ich bin sehr damit einverstanden, daß die Kommission den Ausdruck Urtext vermieden hat. Von zwei verschiedenen Urtexten zu sprechen, ist allerdings ein logischer Widerspruch; aber zu sagen: beide Texte, welche publizirt werden, haben in gleichem Maße gesetzliche Geltung, darin sehe ich keinen Widerspruch. Die Bedeutung dieses Ausspruches ist die, daß im ganzen Lande diejenigen, welche ge-

wohnt sind, die eine Sprache zu gebrauchen, sich auf den Text in dieser Sprache mit gleicher Beruhigung berufen können, wie diejenigen, welche der andern Sprache angehören, auf den in ihrer Sprache publizirten Text.

Es wird eben das damit erreicht, was von mehreren Vorrednern, und wie ich glaube, mit Recht als Erforderniß festgestellt worden ist, daß die Gesetzespublikation so geschehe, daß sie der ganzen Bevölkerung verständlich sei. Wenn man aber von dem Standpunkte der Gleichberechtigung auch Einwendungen erheben will gegen den Antrag, den ich gestellt habe, so scheint mir, übersteht man sehr wesentliche Umstände.

Ich habe nicht verlangt, daß gesagt werde: bei jeder Anwendung des Gesetzes ist man verpflichtet beide Texte sich vor Augen zu halten. Nicht als allgemeine Pflicht soll die Vergleichung beider Texte aufgestellt werden; im Gegentheil, der erste Satz enthält die Regel: es ist zulässig bei jeder Anwendung des Gesetzes sich auf den einen oder den andern Text zu berufen. Aber, wenn sich bei der Anwendung des Gesetzes, über den Sinn ein Zweifel ergibt, dann fragt es sich, in welcher Weise soll ermittelt werden, welcher Sinn nach vernünftiger Auslegung dem Gesetzgeber vorschwebte, dies zu ermitteln, ist die Vergleichung der 2 Texte nicht eine Erschwerung, sondern eine Erleichterung, und für diesen Fall die Vorschrift zu geben in solchen Ausnahmefällen, bei der Ermittlung des Sinnes, wenn er zweifelhaft ist auf beide Texte Rücksicht zu nehmen, ist eine Sache, die der Gleichberechtigung in keiner Weise entgegenstehen kann, sondern vielmehr ihre wahre und meines Erachtens werthvolle Bedeutung eben erfüllt. Wir haben in Beziehung auf das Schulwesen Bestimmungen getroffen, welche dahin zielen, daß alle diejenigen, welche in Böhmen zu höheren Funktionen des öffentlichen Lebens berufen sein mögen, in der Lage sein sollen, beider Landes Sprachen wenigstens in dem Maße mächtig zu sein, um sie zu verstehen.

Das ist das Ziel, auf welches wir hingehen und dies muß auch bei der Regelung der öffentlichen Angelegenheiten vor Augen schweben. Es ist eine billige Anforderung, daß diejenigen, die im Falle eines Zweifels sich mit der Auslegung eines in Beiden Sprachen publizirten Gesetzes befassen, beide Texte verstehen, und daß auf beide Texte Rücksicht zu nehmen ist, um durch diese Vergleichung der eigentliche Sinn des Gesetzes zu ergründen. Deshalb scheinen mir die Einwendungen, die vom Standpunkte der Gleichberechtigung gegen mein Amendement gemacht worden sind, nicht begründet. Anderer Seite aber könnte ich mich dem Vorschlage nicht anschließen den ersten Satz des §. 2 wegzulassen. Ich habe mein Amendement auch ausdrücklich so gestellt, daß es sich bloß auf den 2. Satz bezieht, daß also der 1. Satz unverändert bleibt. Wenn man in der Wesenheit die Sache für zulässig und unter unsern Verhältnissen für den einzig praktischen Ausweg

erkennt, daß beide Texte gleichmäßig benützt werden können, daß bei ihrer Benützung im Lande weder der einen noch den andern ein Vorzug gebührt, dann ist es mir nicht begreiflich, was dazu bestimmen konnte, nicht zulassen zu wollen, daß dieser Gedanke auch im ersten Satze klar ausgesprochen werde. Mehr bedeutet er nicht, er sagt lediglich, der eine Text hat gerade so viel Bedeutung im Lande als der andere; die praktische Folge ist auch von dem Regierungsvertreter als zulässig erkannt worden; dann stehe man aber auch nicht an, den Grundsatz auszusprechen. Denn, daß einmal diese Frage eine gesetzliche Lösung finde, ist, scheint mir, ein wohlbegründeter Wunsch und ein Bedürfnis des Landes. (Výborně.)

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort? (Rufe: Schluß!)

Ich bitte jene Herren, die für Schluß sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Majorität.

Es haben sich vorher noch Hr. Seidl und Hr. Šembera gemeldet.

Herr Seidl!

Abg. W. Seidl: Ich habe nur Se. Exc. dem Grafen Leo Thun zu erwiedern, in Bezug auf den 2. Absatz im §. 2.

Für diesen zweiten Absatz habe ich in der Kommission hauptsächlich aus ähnlichen Gründen, wie sie Se. Exc. Graf Leo Thun soeben anführte, das Wort wiederholt ergriffen und habe erklärt, daß ich den 2. Absatz im §. 2 als eine Brücke der Versöhnung und der Brüderlichkeit zwischen beiden Nationen erkenne.

Ich glaube aber nicht so weit gehen zu können, als Se. Excellenz vorschlägt, weil, wenn wir vorschreiben, daß jede Partei, bei Auslegung der Gesetze beide Texte gleichmäßig anzuwenden habe, eine Unmöglichkeit vorschreiben, wo Parteien eintreten die nur einer Sprache mächtig sind.

Es schließt aber das Alles, was Herr Graf Leo Thun bewirken will, die Fassung des §. nicht aus, weil zulässig erklärt wird, daß jede Partei sich auf den Text berufen kann, der ihr am günstigsten ist. Dieser §. in seiner Fassung schließt eben die Möglichkeit ein, daß die Parteien auch die beiderseitigen korrespondirenden Texte benützen können; denn vorschreiben, daß beide korrespondirende Texte der Entscheidung zu Grunde zu legen seien, kann man nur denjenigen Personen, von denen man vorausetzen kann, daß sie beider Sprachen mächtig sind und sein müssen.

Das kann man nur von den Behörden und von jenen verlangen, bei denen im Falle eines Streites oder Zweifels beide Parteien erscheinen. Den Parteien selbst, welche entweder nicht böhmisch oder nicht deutsch können, kann man das nicht vorschreiben, weil man in Widerspruch käme mit den Hauptgrundsätzen des Gesetzes, daß beide Texte gleich authentisch sind. Erhebt sich ein Zweifel, ein Streit, so werden ohnehin beide Parteien zur Behörde gehen und diese wird ihnen sagen, was die richtige

Auslegung des Gesetzes ist, weil es gestattet ist, beide Texte zu vergleichen und weil sich aus dieser Vergleichung beider Texte ergeben wird, welcher Sinn aus dem Wortlaut des Gesetzes als der wahre zu erklären ist. Ich bitte daher, bei der Fassung der Kommission zu bleiben, weil hierdurch allen gerechten Ansprüchen, selbst denjenigen, welche Sr. Exc. Graf Leo Thun ausgesprochen hat, vollkommen genüge geleistet wird.

Oberstlandmarschall: Hr. Prof. Šembera!

Prof. Šembera: Důvody, aby oba texty zákonů měly platnost authentickou, jsou jak od komise dokonale rozebrány, tak i od mnohých pp. řečníků prede mnou úplně provedeny. Nemám tedy příčiny, bych k těmto důvodům co přidával; dovoluji si toliko, opravit něco, co pronesl pan posl. prof. Herbst. On řekl, že autentičnost zákonů v jiných jazycích nežli v německém, byla roku 1852 zrušena z té příčiny, poněvadž vláda shledala, že pravidlo autentičnosti u dvou textů jest neprávdné.

(Der Grund sei die Unausführbarkeit des Grundsatzes der gleichen Authenticität mehrere 9. Texte.)

Tomu ale docela tak není. Já co překladatel a dilem co revisor všech zákonů, které vyšly od listopadu roku 1849 až do konce roku 1852 zde pronášim, že nebylo u věci nižádné nesnáze, a se strany vyšších úřadů ani jediné stížnosti, že by se text český s německým nebyl srovnával; naopak objevily se u překládání v textu německém nejednou chyby, které se opravily, a kterýchž v českém jazyku nebylo. Zákonníky říšské z těch let leží v úřadech před rukama a pravda toho, co jsem pronesl, jest z nich patrná. Příčina tedy, proč autentičnost textů zákonů v jiných jazycích než v německém roku 1852 byla zrušena, jest jiná než jak ji pan profesor Herbst pronesl. Vláda tehdyž přiznala se k jiným zásadám. Jak známo, zrušena jest roku 1851 ústava, dána v březnu roku 1849, a zároveň s ní i zásada rovnoprávnosti jazykové všech národů. Tehdyž ustanoveno za pravidlo, že jazyk německý jest jazyk říšský, a jiní jazykové, že jsou jen jazykové zemští, vedlejší. Za tou příčinou zrušený jest také zákoník říšský v jiných jazycích a až na německý a nařizeno, aby překlady zákonů říšských vyhlašovaly se v zákonících zemských a aby pokládány byly jen za jednoduché neautentické překlady. Tím chtěl jsem ukázati, že příčina, proč zdvižena byla autentičnost dvou textů zákona vedle sebe, nebyla neprávdnost principu, nýbrž že se zakládala v něčem jiném. Pročež budou moci i budoucně oba texty zákonů zemských v Čechách co autentické dobře vedle sebe obstáti. (Dobře.)

Oberstlandmarschall: die Debatte ist geschlossen; ich ertheile daher dem Hrn. Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Fürst Georg Lobkowitz: Ich werde mich darauf beschränken, nachdem die Debatte,

wie ich glaube, die Frage bereits von allen Seiten gründlich zur Beleuchtung gebracht hat, den Standpunkt der Kommission in der Wesenheit kurz darzustellen.

Die Kommission hielt sich vor allem die Frage vor Augen: Was ist eigentlich der Begriff der Authentizität eines Textes? und glaubte diese darin zu finden, daß in demjenigen, was man als authentischen Text hinstellt, die Absicht, der Gedanke des Gesetzgebers vollkommen ausgesprochen sein soll.

Von diesem Standpunkte aus mußten wir die Regierungsvorlage beurtheilen und fanden, daß der Vorschlag der Regierung in diesem §. nicht den faktischen Verhältnissen entspreche. In der Regierungsvorlage war der Vorschlag enthalten, es möchte immer nur Ein Text der authentische sein.

Nachdem nun im Landtage jeder Antrag in beiden Sprachen durchdebattirt und schließlich in beiden Sprachen angenommen wird, nachdem man zugeben muß, daß ein Theil der Mitglieder des Hauses bei der Schlüsselung darüber, ob sie für das Gesetz stimmen wollen nur den einen Text, ein anderer Theil des Hauses nur den andern Text vor Augen hatte, so glaubten wir, daß man wenigstens nicht behaupten kann, daß die Authentizität, der volle Ausdruck des Gedankens, welcher in dem aus dem Hause hervorgehenden Beschlusse zum Ausdruck gelangen soll, in einem Texte allein liegen kann. Wesentliche praktische Bedenken aber zeigten sich gegen den Vorschlag, daß nur ein Text authentisch sei, sowohl bei dem Zustandekommen der Gesetze, als bei deren praktischem Gebrauche. Einmal bei dem Zustandekommen der Gesetze, bei der Legislation selbst wäre für den Fall, wenn nur ein Text authentisch wäre, die Frage aufzuwerfen: In welcher Art wird die Bestimmung entschieden, welcher Text authentisch sein soll? Nun wurde in der Regierungsvorlage beantragt, es möge derjenige Text als authentisch erkannt werden, in welchem der ursprüngliche Antrag eingebracht worden ist.

Nun kommen Anträge vor das Haus entweder als Regierungsvorlagen oder durch Anträge von Mitgliedern oder Kommissionen. Nun hat die Regierung allerdings den Gedanken vor Augen gehabt, daß sie abwechselnd in der einen Sprache und abwechselnd in der andern Sprache den Urtext ihrer Anträge fassen will. Ich glaube aber wirklich, daß in vielen Fällen bei der Empfindlichkeit, welche leider auf nationalen Gebiete bei uns besteht, oft eine Gesetzvorlage, die in einer Sprache als Urtext vorgebracht würde, wirklich schon von einem, wenn vielleicht auch kleinem Theil des Hauses mit scheelen Augen angesehen werden könnte und umgekehrt. Andererseits muß man bedenken, daß die Regierungsvorlage so gut wie die von den einzelnen Mitgliedern eingebrachten Anträge immer eine Kommission durchmachen müssen, und dann von dieser an das Haus gelangen.

Wenn nun ein einzelnes Mitglied des Hauses irgend einen Antrag in einer Sprache gestellt hat,

so kann es sehr leicht geschehen, daß gerade derjenige, welcher in der Kommission mit der Ausarbeitung des Gesetzes betraut ist, das ist, in den meisten Fällen der Berichterstatter, eigentlich in der andern Sprache lieber arbeitet, und besser arbeitet. Ich kann hier Beispiele aus der vorjährigen Session des Hauses bringen. Z. B. das Jagdgesetz, welches im vorigen Jahre zur Berathung gekommen ist, ist ursprünglich in Folge des Antrages des Abgeordneten Kratochvíl zur Verhandlung gekommen; der Antrag war, so viel ich mich erinnere, in böhmischer Sprache verfaßt. Der Berichterstatter aber, der das Detail ausgearbeitet hat, war der Herr Ritter von Stráruvík, der, wie ich glaube, in deutscher Sprache sich leichter ausdrückt. Es würde also die Anwendung dieses Satzes mit den faktischen Verhältnissen nicht übereinstimmen. Der umgekehrte Fall war bei der Dienstboten-Ordnung. Diese ist, wenn ich nicht irre, in Folge des ursprünglichen Antrages des Abgeordneten Leeder (Rufe Leidl) also Leidl entstanden, welcher seinen Antrag deutsch gestellt hatte. Der Berichterstatter war von jener Seite des Hauses, welche sich mehr der böhmischen Sprache zu bedienen pflegt.

Es waren also vielleicht die Ideen, welche er besprochen und ausgedrückt wissen wollte, mehr im böhmischen Texte. Nun bitte ich noch zu berücksichtigen, daß im Hause selbst Abänderungen stattfinden.

Es werden zu einem Gesetze, welches vielleicht von der Kommission mehr in einer Sprache stylisirt wurde, Amendements eingebracht, aber in der andern Sprache. Was ist nun Rechtens? Ist bei §. 15 eines mehrere §§. zählenden Gesetzes der andere Text maßgebend? Das würde zu Konsequenzen führen, die nicht durchführbar sind.

Ebenso muß man in dieser Frage eine längere Legislaturperiode vor Augen haben. Es kommen häufig Abänderungen der Gesetze vor. Bei Novellen wäre es nun sonderbar, daß das ursprüngliche Gesetz, das abgeändert werden soll seinen Urtext in der deutschen Sprache und die Novelle ihren Urtext in der böhmischen Sprache hätte. Das wäre eine Eventualität, bei welcher das Zusammenreimen sehr schwer wäre. Gehen wir nun darauf über, was bei der praktischen Handhabung der Gesetze stattfinden kann. Wenn nur ein Text authentisch sein soll, so ist wahrlich der Umstand nicht zu vergessen, daß ein großer Theil der Bevölkerung eine namhafte Anzahl von Gesetzen und zwar die Hälfte aller Landesgesetze gar nicht in der eigenen Sprache vor sich hat. Wir würden dadurch in die Gesetzgebung das hineinbringen, daß ein Theil der Gesetze in der einen, ein Theil in der anderen Sprache authentisch ist, und daß also die Hälfte der Bevölkerung für ein ganzes Gebiet von Gesetzen, für einen ganzen großen Theil der Gesetzgebung hiedurch keinen authentischen Text vor Augen hätte, also immer gezwungen wäre auf den ihr fremden schwer verständlichen Text, überzugreifen.

Ich glaube also, daß nach dem Kommissionsantrage wirklich dem entsprochen wird, was dem obersten Begriffe der Authenticität entspricht. Vor das hohe Haus kommen alle Vorlagen in beiden Sprachen, es berathet die Vorlagen in beiden Sprachen und wird schlüssig in beiden Sprachen. Die Folge davon soll sein, daß das, was aus den Beratungen des hohen Hauses hervorgeht, in beiden Sprachen die gleiche authentische Kraft haben soll. Nun will ich allerdings nicht läugnen, daß wenn beide Texte authentisch sein sollen, ohne daß eine Verbindung der beiden Texte bestimmt ist, gewisse Widersprüche stattfinden können.

Ich muß hier darauf zurückkommen, was im Anfange der Debatte vom Herrn Professor Herbst gesagt worden ist. Es kann sein, daß ein Widerspruch zwischen dem einen und den anderen Text eintritt. Aber ich glaube, es müssen hier unterschieden werden. — Kontradiktorische Widersprüche, solche, die sich durchaus nicht lösen lassen, — die glaube ich, werden in den seltensten Fällen bei einem Gesetze eintreten, welches von dem hohen Hause in erster, zweiter und dritter Lesung angenommen worden ist.

Der gewöhnliche Fall wird wohl der sein, daß die eine Fassung etwas weiter, die andere etwas enger ist, oder daß in dem Texte nach der einen Sprache mehrere Bedeutungen möglich sind, ebenso in dem Texte nach der anderen Sprache; daß sich aber aus diesen verschiedenen Bedeutungen nicht eine Bedeutung als in beiden Texten liegend finden ließe, wird in den seltensten Fällen eintreten. Es wurde von Seite eines Herrn Vorredners darauf hingewiesen, daß in der Gesetzesvorlage der Regierung in dem einen Texte der 15. in dem anderen Texte der 16. Tag für den Anfang der Gültigkeit des Landesgesetzes vorgeschlagen ist. Ich glaube das dürfte vielleicht nur ein Druckfehler sein. Beide Sprachen haben wohl einen genügenden Reichthum um, sowohl den 15. als den 16. Tag zum Ausdruck zu bringen, so daß derlei Widersprüche durch Veränderung bei der Berathung beseitigt werden können.

Es erübrigt mir nun noch auf die Anträge zurückzukommen, welche zur Abänderung der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung des §. 2 gestellt worden sind. Was den Antrag des Abgeordneten Grafen Rothkirch betrifft, es möge abgefordert abgestimmt werden über den ersten und zweiten Absatz, so habe ich allerdings nichts dagegen einzuwenden, glaube jedoch, daß es doch nothwendig sein wird, auch den ersten Absatz anzunehmen. Wir stehen hier vor einer Frage, die am Ende nach dem faktischen Zustande der Gesetzgebung entschieden werden muß. Es gibt wohl das kaiserliche Patent vom Jahre 1860, welches besagt; Reichsgesetze erscheinen nur in der deutschen Sprache, Verordnungen der Landesbehörden sind in beiden Sprachen zu publiciren, ohne daß über die Authenticität bei den letzteren etwas gesagt wäre, hierzu kam die

kaiserliche Verordnung vom Jahre 1863, welche bestimmt, daß die Landesgesetze ebenso wie die Verordnungen der Landesbehörden in den Gesetzblättern des Landes zu publiciren sind. Das ältere Gesetz wurde jedoch niemals bestimmt aufgehoben, daß der deutsche Text allein der authentische ist.

Ich glaube also, es ist durchaus nothwendig, daß diese Bestimmung ausdrücklich und nicht implicite nur im zweiten Theil des Paragraphes zum Ausdruck gelange.

Was den Antrag des Grafen Leo Thun betrifft, so befinde ich mich hier in einer gewissermaßen unangenehmen Lage. Ich habe in der Kommission selbst ursprünglich diese Ansicht verfochten, daß die Vergleichung beider Texte obligatorisch und nicht bloß zulässig sein soll. Nachdem aber in der Kommission beschlossen wurde, die bloße Zulässigkeit auszusprechen, so kann ich mich natürlich von Kommissionswegen dem Antrage des Grafen Thun nicht anschließen, muß aber bemerken, daß er meiner persönlichen Ansicht mehr entspricht, als die Fassung der Kommission. Der Grund, warum in der Kommission, diese Fassung beliebt wurde, war der Gedanke, daß, wenn eine Verhandlung nur in einer Sprache geführt wurde, nicht Anlaß gegeben werde zum Verlangen einer Restitution deswegen, weil sich bei Vergleichung mit dem anderen Texte vielleicht eine andere Auslegung nachweisen ließe, als sie stattgefunden in Folge dessen, daß nur der eine Text gebraucht wurde. Ich muß also bei dem Widerspruche, indem ich mich bezüglich meiner persönlichen Ansicht mit der Kommission befand und eigentlich noch befinde, es dem hohen Hause überlassen, eine oder die andere Fassung zu beschließen.

Oberstlandmarschall: Es ist nur ein Abänderungsantrag vorgekommen, und zwar zum zweiten Absatz des Paragraphen. Nachdem zum ersten Absätze ein Abänderungsantrag nicht vorgekommen ist, so werde ich zuerst über den ersten Absatz abstimmen lassen, dann über den Abänderungsantrag zum zweiten Absätze, und dann wenn dieser verworfen würde, über den zweiten Absatz in seiner ursprünglichen Fassung.

Ich bitte, den Abänderungsantrag zum zweiten Absatz vorzulesen.

Landtags-Sekretär Schmidt (liest): Der hohe Landtag wolle beschließen, der zweite Satz des §. 2 habe zu lauten. In zweifelhaften Fällen hat die Auslegung der Landesgesetze und der Verordnungen der Landesbehörden unter Vergleichung beider Texte nach ihrem Wortlaute und Sinne, stattzufinden.

V případěch pochybných stáň se vykládání zemských zákonů a nařízení úradů zemských porovnáním obou textů dle jejich znění a smyslu.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die den Antrag unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Er ist unterstützt. Ich werde nun .....

Statthalter: Ich bitte ums Wort zur Abstimmungsfrage. Ich weiß nicht, ob es zulässig

wäre, zuerst den zweiten Absatz zur Abstimmung zu bringen, und zwar nach dem Antrage Seiner Excellenz des Grafen Thun. Nach meiner Ueberzeugung würde ich, wenn der imperative Antrag des Grafen Thun angenommen würde, natürlich gegen die erste Alinea stimmen; würde aber die Fassung der Kommission beibehalten werden, welche es nur für zulässig erklärt, daß die Vergleichung stattfindet, dann müßte auch ich für die Beibehaltung des ersten Alinea stimmen.

Oberstlandmarschall: Herr Graf Thun hat seinen Antrag eingebracht, als einen Abänderungsantrag zum zweiten Absätze; ich muß also voraussetzen, daß Herr Graf Leo Thun selbst als Antragsteller für den ersten Absatz ist und nur den Antrag als Zusatzantrag eingebracht hat.

Graf Leo Thun: Ich bin von der Voraussetzung ausgegangen, daß der erste Absatz angenommen werde.

Oberstlandmarschall: Da muß ich auch den ersten Absatz zuerst zur Abstimmung bringen. Ich bitte diejenigen Herren, die für den ersten Absatz des §. 2 der Kommission sind, ich brauche ihn wohl nicht mehr vorzulesen, denn den Herren ist er bekannt, die für den ersten Absatz bis zum Punkt: nach authentisch sind, bitte ich die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Er ist angenommen. Nun werde ich zur Abstimmung bringen den Abänderungsantrag des Grafen Leo Thun der eben unterstützt worden ist.

Ich bitte diejenigen Herren, die für diese abgeänderte Fassung des zweiten Absatzes sind, wie sie Graf Leo Thun vorgeschlagen hat, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Ist angenommen.

Landtags-Sekretär Schmidt liest:

### §. 3.

Die in dem Landesgesetzblatte enthaltenen Gesetze und Verordnungen sind mit dem Tage als gesetzlich kundgemacht zu betrachten, an welchem sie in das Landesgesetzblatt eingerückt wurden, und ihre verbindende Kraft beginnt mit dem fünfzehnten Tage nach Ablauf des Tages, an welchem sie in dem Gesetzblatte erscheinen sind; falls nicht ein anderer Zeitpunkt ausdrücklich festgesetzt wurde.

Es ist deshalb auf jedem Stücke des Landesgesetzblattes der Tag der stattgefundenen Herausgabe desselben anzugeben.

### §. 3.

Zakonové a nařízení, jež zákonník zemský v sobě obsahuje, pokládají se za řádně vyhlášené toho dne, kdy byli vloženi do zákonníka zemského, a zavazující jejich moc počíná patnáctého dne po projití toho dne, kterého byli v zákonníku vydáni, ač nebyl-li v té příčině výslovně ustanoven některý den jiný.

Proto budíž na každé částce zákonníka zemského pojmenován den, kterého byla vydána.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? Ich bitte diejenigen Herren,

die mit diesem Absätze einverstanden sind die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Sněmovní sekretář Schmidt etc:

### §. 4.

Kdykoliv se vydá některá částka zákonníka zemského, oznámeno to buď novinami, do nichž se kladou vyhlásování úřední a vytknuto budíž krátce, co ta částka obsahuje.

### §. 4.

Die Ausgabe eines jeden Stückes des Landesgesetzblattes ist mit kurzer Inhaltsangabe in den zu amtlichen Kundmachungen bestimmten Zeitungen zu verlautbaren.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? Ich bitte also diejenigen Herren, die mit diesem Paragrafe einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Ist angenommen.

Etgs.-Sefr. Schmidt (liest): Mit der Durchführung dieses Gesetzes ist der Staatsminister beauftragt.

Wien, den . . . . .

Ministrovi státnímu se ukládá, aby zákon tento ve skutek uvedl.

Ve Vidni, dne . . . . .

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die damit einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Ist angenommen.

Bei der Dringlichkeit der Zeit schlage ich dem Hause vor, gleich die 3. Lesung des Gesetzes vorzunehmen, nachdem die unbedeutende Abänderung jetzt gleich in den Text eingetragen und der §. auch, wenn es das Haus so wünscht, vorgetragen werden kann. Wenn die Herren damit einverstanden sind, so bitte ich die Herren, die das ganze Gesetz, wie es jetzt mit dem Zusatz- und Abänderungsantrag des Grafen Leo Thun angenommen wurde, in 3. Lesung annehmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Ist angenommen. Ich bitte jetzt den Bericht über den Zusatzartikel zur Geschäftsordnung.

J. J. kníže Jiří Lobkovic: Návrh dra. Škardy, který byl podán stran změny §. 46. jednacího řádu, směřuje hlavně k tomu, aby byla zvláštní komise zařizena, která by mezi 2. a 3. čtením, čili jak se jednací rád vyslovuje, mezi hlasováním o jednotlivých částech a o celku, ještě jakési konečné upravení každého zákona činiti měla.

V poradě komise se ale uznalo, že zřízením takového výboru by mohlo nastati nebezpečí, že by se zjinačila uzavření sněmovní od výboru, jež by nebyl výrazem myšlének většiny sněmovní, a hlavně se poukázalo k tomu, že se v mnohých pádech většina jenom z té příčiny k nějakému návrhu sejde, poněvadž se stylisací tohoto návrhu anebo toho zlepšeného návrhu, který byl podán, souhlasí.

Při tom ale jsme sobě netajili, že dle spůsobu, jakým se zákony nyní pracují, někdy se může státi, že není docela dobré v obou řečích stylistické upravení, a že zvláště souhlas čili

srovnávání se mezi oběma texty není takové, jako by mělo býti.

Zdá se nám ale, že jest povinností každé komise, by s takovým návrhem před sněm předstoupila, aby, kdyby se bez změny přijal, za dobrý uznán býti musil.

Z této příčiny byli všickni údové komise toho mínění, že tu pouze potřeba ustavení, aby se oba textové v komisi nejen vypracovali, nýbrž i posoudili.

Dle zvyku stává se přecasto, že porada v komisi děje se jenom v jednom jazyku a že se textové vypracují od zpravodaje v jednom jazyku, pak se to podá nejvyššímu maršálkovi.

Dle jednacího řádu nejv. maršálek má o to péči míti, by všechny návrhy v obou jazycích přišly před sněm.

Dle našeho jednacího řádu záleží tedy překládání těchto zpráv komise více na sněmovní kanceláři. Nechci zapírat, že sněmovní kancelář tuto povinnost do dneška co nejsvědomitěji konala, však předce každý uzná, že to je veliký rozdíl, zdali jedna osoba nějaký zákon překládá, aneb zdali většina komise tu stylisací jak přijde před sněm, také za správnou uzná. Může se arci namítati, že jest to obtíž pro komisi, když má v obou řečích jednat aneb konečně na návrhu v obojí řeči se usnést.

Uvážíme-li ale, že §. 31 z. ř. dává komisi možnost se sesíli i jinými údy znalými; a uvážíme-li, že předce větší množství údů sněmu jest obou jazyků mocné, uznáme, že obtíže nejsou tak veliké, porovnáme-li důležitost celku, jakým zákon v obou řečích v úplný souhlas na den přišel.

Z této příčiny navrhuje komise změnu v 2. článku jednacího řádu a dovoluje si tedy tyto návrhy sl. sněmu odporučiti.

Dr. Škarda: Žádám za slovo.

Nejvyšší maršálek: Jch bitte!

Dr. Škarda: Když jsem návrh svůj odvodňoval, ukázal jsem k tomu, že není hlavním účelem návrhu, aby byla zřízena redakční komise, nýbrž že činím návrh za tím účelem, aby se odstranily vady, které se ukázaly, že v tomto zákonu oba texty předlohy, která vychází z komise, nesouhlasí někdy mezi sebou. Řekl jsem také zároveň, že nestojím na tom, že, co se týče formy vůbec, můj návrh by byl pravý, nýbrž poukázal jsem jen k tomu, aby se věc ta uvážila, a aby to, co za pravý prostředek k dosažení toho cíle se uzná, přijato bylo; protož milerád jsem se přidal k tomu náhledu, který po dlouhých rozpravách v komisi se přijal v tenspůsob, že vlastně každá komise povinna jest, by se stala o pořádný text předlohy v obou jazycích. Jednací řád posavadní povinnost tuto komisi neukládá; pakli by ale sl. sněm povinnost tuto komisi uložil, souhlasím s tím úplně, poněvadž doufám, že tím se docílí účel, o který mi tu šlo.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen? Wenn Niemand das Wort ergreift, werde ich die Anträge der Kommission zur Abstimmung bringen. Ich bitte, sie noch einmal vorzulesen.

Landtagssekretär Schmidt liest: Aenderung des §. 34 und 36 der G.D.

1. Am Schluß des §. 34 der G.D. ist beizufügen: „Jede Kommission hat dafür Sorge zu tragen, daß die beiden Texte ihrer Anträge übereinstimmen.“

Ku konci §. 34 jed. řád. má se přidati: Každá komise má péči míti, aby texty toho, co navrhuje, v obou jazycích souhlasily.

Oberstlandmarschall: Diejenigen Herren, die mit diesem Zusatz einverstanden sind, bitte ich die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Ich bitte die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Jetzt kommt der zweite §. Ich habe bereits die Frage gestellt, ob Jemand über die Anträge der Kommission das Wort verlangt.

Es hat sich Niemand gemeldet, folglich bin ich zur Abstimmung über den 1. Antrag geschritten; jetzt schreite ich daher zur Abstimmung über den 2. Zusatz.

Sněm. sek. Schmidt čte: Odstavec 2hý, §. 46 jed. řádu zniž takto: Toliko, kdyby jednotlivé části, nebo texty v obou jazycích, následkem změny uzavřené spolu nesouhlasily, může se navrhnouti potřebná oprava.

2. Das 2. Alinea des §. 46 der G.D. habe zu lauten: „Nur dann, wenn die einzelnen Theile oder die beiden Sprachtexte in Folge des Beschlusses einer Abänderung mit einander nicht im Einklange stehen sollten, ist der Antrag auf die erforderliche Berichtigung zulässig.“

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die mit diesem Zusatz einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte, ich werde die beiden Beschlüsse, die jetzt gefaßt sind, auch gleich in 3. Lesung der Genehmigung des Hauses vorlegen und bitte diejenigen Herren, welche beide Beschlüsse in 3. Lesung annehmen, aufzustehen. (Geschieht.) Angenommen.

Kniže Jiří Lobkovic: Konečně byla komise odkázána, sl. sněmu podaná žádost okr. výb. v Jilovém. stran vyhlásování zákonů zemských na základě §. zákona od 25. července 1864, aby výbor zemský se přimluvil u vys. c. k. místodržitelství nebo u vys. zem. sněmu, aby všem, nebo-li aspoň zdejšímu okr. zastupitelstvu jeden exemplář zemského zákoníka, ročníku 1864 začínajíc, co nejdříve bezplatně budoucně zároveň s dosilkou na vládní úřady dodán byl.

Komise vzala tuto žádost a v ní uvedené důvody v úvahu a činí návrh, aby se žádosti této vyhovělo.

Dovolují si poznamenati, že v českém textu třetího návrhu komisního nedopatřením při tisku se vytisklo: žádost zemskému výboru ze dne

26. února 1866, č. 37 slavné vlády odevzdati s přimlouvou, aby jí vyhověla, což však má zniti: „c. kr. místodržitelství odevzdati s přimlouvou, aby jí vyhovělo.“

Die Kommission stellt bezüglich des Gesuches des Bezirksausschusses in Gule den Antrag, der hohe Landtag wolle das Gesuch des Bezirksausschusses in Gule vom 26. Februar 1866 der k. k. Statthalterei empfehlend überantworten. Das Gesuch enthält die Bitte, es möge jeder Bezirksvertretung oder doch wenigstens der von Gule ein Exemplar des Landesgesetzblattes vom Jahre 1864 angefangen, unentgeltlich zugeschickt werden. Nachdem seit dem Jahre 1866 jeder Bezirksvertretung das Landesgesetzblatt unentgeltlich zugeschickt wird, handelt es sich nur um die 2 Jahrgänge 1864 und 1865, welche Jahrgänge vielleicht aus den Vorräthen der k. k. Statthalterei der Bezirksvertretung in Gule zugeschickt werden. Deshalb stellt die Kommission den Antrag, das Gesuch der k. k. Statthalterei empfehlend zu überantworten.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Antrage der Kommission einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht. Augenommen.) (Oberstlandmarschall = Stellvertreter Dr. Bělšký übernimmt den Vorsitz.)

Oberstlandmarschall = Stellvertreter: Wir kommen zum 3. Gegenstand der Tagesordnung. Kommissionsbericht über die Regierungsvorlage bezüglich Abänderung der §§. 13 und 15 der Landtagswahlordnung.

Berichterstatter Bibus (liest): Bericht der Landtagskommission über die Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung der §§. 13 und 15 der Landtagswahlordnung.

Hoher Landtag! Mit Beschluß vom gestrigen Tage wurde die Regierungsvorlage, betreffend die Abänderung der §§. 13 und 15 der Landtagswahlordnung einer Kommission zur gesetzlichen Vorberathung und wegen Dringlichkeit des Gegenstandes zur schleunigen Berichterstattung mit Umgehung der Drucklegung des Berichtes zugewiesen. Die Kommission hat sich sogleich dieser Aufgabe unterzogen und sich nach gepfogener Berathung im Allgemeinen der Regierungsvorlage angeschlossen, denn es ist nicht zu verkennen, daß nach Rechtskraft der neuen Gemeindeordnung vom 16. April 1864 in der Eintheilung der Gemeinewähler, d. i. in der Bildung der Wahlkörper entgegen dem Gemeindegesetze vom Jahre 1849 eine wesentliche Aenderung eingetreten ist. So werden nach §. 15 der gegenwärtigen Gemeinewahlordnung viele der in dem §. 1 ad 2 genannten Personen nun in die 3. Wählerklasse versetzt, inwiefern sie nicht jene Steuer zahlen, welche sie schon an und für sich in die erste oder zweite Wählerklasse erhebt. Demgemäß kann es geschehen, daß z. B. Doctoren, Lehrer, Civil- und Militärbeamte in den 3. Wahlkörper fallen und weil sie 10 fl. an direkten Steuern nicht entrichten, des Wahlrechtes in den Landtag verlustig sind. Durch

diese Bestimmung der neuen Gemeinewahlordnung würde in Verbindung mit den §§. 13 und 15 der L. W. D. nach der bisherigen Fassung das Wahlrecht nicht ausgedehnt, sondern wesentlich beschränkt, ja geradezu ein großer Theil der Intelligenz vom Landtagswahlrechte ausgeschlossen, welche Ausschließung nicht nur eine schwere Ehrenkränkung, sondern offenbar ungerecht wäre, weil eben die Landtagswahlordnung selbst den obgenannten, seit 1864 aber ausgeschlossenen Personen das Wahlrecht faktisch ertheilt hatte und dieses von demselben bis zum Jahre 1864 auch faktisch ausgeübt wurde, indem alle diese und andere Personen, die ihrer persönlichen Eigenschaft wegen, nach dem Gemeindegesetze vom Jahre 1849, auf welche sich die §§. 13 und 15 der Landtagswahlordnung beriefen als Wähler im ersten Wahlkörper auch Wähler für den Landtag waren.

Wollte man jedoch einwenden, es könne die neue Gemeindeordnung die Bestimmungen der Landtagswahlordnung nicht abändern, es könne eine Gemeindeordnung unmöglich das Wahlrecht, welches die Landtagswahlordnung Jemanden verliehen hat, beheben und wenn die Landtagswahlordnung das Wahlrecht allen jenen ertheilt hat, die nach dem Gemeindegesetze vom Jahre 1849 wahlberechtigt waren, so sei auch das Wahlrecht zum Landtage noch immer nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes vom Jahre 1849 zu beurtheilen, so muß doch dagegen bemerkt werden, daß dieser Anschauung der §. 26 der Landtagswahlordnung formell entgegensteht, welcher verordnet, daß bei Verfassung der Wählerlisten zum Landtage die bei den letzten Neuwahlen der Gemeindevertretung richtig gestellten Listen der Gemeinewähler als Basis zu dienen haben, somit haben bei einer eventuell künftigen Landtagswahl nur jene Gemeinewählerlisten zur Basis zu dienen, welche nach der neuen Gemeinewahlordnung verfaßt sind und so ist jeder Einfluß des älteren Gemeindegesetzes ausgeschlossen. Uebrigens ist auch die Berufung auf ein bereits aufgehobenes Gesetz zu beseitigen. Es ergibt sich daher die Nothwendigkeit, daß die beantragte Abänderung geschehe, weil die Regierungsvorlage im Grunde nur den früheren Umfang des Wahlrechters herstellt, ja sogar denselben erweitert, denn gegenwärtig erhalten z. B. der Kaplan wie der Unterlehrer und Andere das Landtagswahlrecht, welches ihnen auf Grund des Gemeindegesetzes vom Jahre 1849 nicht zustand. Die Kommission hat sich daher der Regierungsvorlage angeschlossen und bloß zur Alinea 5 des §. 13 einen Zusatz und in Folge dessen die Umänderung des Absatzes beantragt. Es ist nämlich der Kommission aufgefallen, wie nach die Ehrenbürger und Ehrenmitglieder selbst der kleinsten Gemeinden das Wahlrecht besitzen und sogar nach §. 15 G. W. D. dem 1. Wahlkörper angehören, während die Ehrenbürger der königl. Landeshauptstadt Prag hievon ausgeschlossen sind, nachdem die Ehrenbürger der Hauptstadt Prag dem

dritten für den Landtag nicht wahlberechtigten Wahlkörper (§. 13 a) G. W. O.) angehören. Diese Übung wird hier in der Landeshauptstadt eingehalten, da eine andere Bestimmung im Gemeindestatute der Landeshauptstadt Prag ausdrücklich nicht enthalten ist und weil eine Entscheidung der Statthalterei vom 11. Januar 1861 Z. 1756 ausdrücklich erklärt, daß die Ehrenbürger der Stadt Prag in die 3. Wählerklasse gehören. Diese Entscheidung der h. Statthalterei liegt in originali vor. Dem h. Landtage ist daher gegenwärtig Gelegenheit geboten, diese Anomalie zu beseitigen, und es hat demgemäß die Kommission erkannt, daß diese Alinea also zu beginnen und zu lauten habe:

Diesen sind die Ehrenbürger oder Ehrenmitglieder und in jenen Städten und Industrialorten, für welche die Gemeinde-Ordnung v. 16. April 1864 gilt, jenen Gemeindeangehörigen einzureihen, welche nach der Gemeindevahlordnung §. 1 sub 2 b) bis g) nach ihrer persönlichen Eigenschaft das aktive Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 15 wurde nach der Vorlage unverändert angenommen. Allein bei Vergleichung der gegenwärtigen §§. 13 und 15 mit den gleichartigen §§. der Landtagswahlordnung ergeben sich stilistische Aenderungen, welche der Berichterstatter bei der Spezialdebatte hervorheben wird.

Es hat sich jedoch bei dieser Vergleichung weiter gezeigt, daß in die §§. 13 und 15 der Regierungsvorlage u. z. in den beiden ersten Alinea's ein neuer Zusatz aufgenommen wurde, nämlich der Zusatz: „und nach §. 18 der Landtagswahlordnung nicht ausgeschlossenen“ Gemeindegliedern u. s. w. Diese Neuerung ist zwar nicht unbedingt nothwendig, aber der Deutlichkeit halber immerhin am Platze, weil die §§. 13 und 15 eine Art Definition der Wahlberechtigung enthalten, welche durch §. 18 der Landtagswahlordnung beschränkt wird, weshalb der obige Zusatz hier wesentlich ist als dessen Berufung im §. 26 der Landtagswahlordnung, welche letzterer Paragraph bloß die Art bestimmt, wie die Wählerlisten als vorbereitendes Material zur Wahl zu verfassen sind.

Wenn jedoch die Kommission diesen Zusatz und die Berufung auf §. 18 der Regierungsvorlage unbehelligt ließ, so hat sie nicht vergessen, daß der h. Landtag, ich glaube, in der 3. Session eine Aenderung des §. 18 der Landtagswahlordnung u. z. in dem Sinne beantragt hat, um die Ausschließungsgründe vom Wahlrechte einzuschränken. Obgleich jener Beschluß die allerh. Sanction nicht erhielt, so bleibt dem h. Landtage doch das Recht gewahrt, einen ähnlichen Antrag neuerdings vor das hohe Haus zu bringen, welches Recht die Kommission heute ausdrücklich betont wissen wollte. Die Kommission beantragt daher das Geseß in nachstehender Fassung anzunehmen:

„Geseß, wirksam für das Königreich Böhmen,

wodurch die §§. 13 und 15 der Landtagswahlordnung abgeändert werden.

Mit Zustimmung des Landtages Meines Königreiches Böhmen finde ich anzuordnen, wie folgt:

Die §. 13 und 15 der Landtagswahlordnung vom 26. Februar 1861 haben in ihrer gegenwärtigen Fassung außer Wirksamkeit zu treten und künftig zu lauten:

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Wünscht das h. Haus, daß die Regierungsvorlage noch einmal vorgelesen wird? Wenn das nicht der Fall ist, so werde ich die Generaldebatte eröffnen; wünscht Jemand in der Generaldebatte das Wort zu ergreifen?

Professor Zeithammer a Dr. Klaudy povstanou současně: Prosím o slovo.

Náměstek maršálkův: Pan profesor Zeithammer má slovo!

Prof. Zeithammer: Slavný sněme! Nikdo by věru nepomyslíl, že dnes a tady jedná se o záležitosti, která po 6 let již hne veskerou myslí obyvatelstva národa našeho. A ejhle! jedná se o opravu volebního řádu na základě vycházejícího ze strany slavné vlády, ze strany té samé, která vyslovila se zde, že ovšem neměla pokdy, aby vyhověla dlouholetým tužbám a přáním vysloveným tímto slavným shromážděním samým. Jedná se tedy o změnu volebního řádu; ovšem podívali jsme se na to, co nám podala za předlohu a to v poslední chvíli. Ani se netroufáme porovnávatí to k soustavě, která se posud pohledává.

My můžeme věru o této záležitosti říci: „Prosili jsme Vás za chleba a podali jste nám konečně kámen.“ (Výborně.) Já vlastně jsem si byl umšnil, že budu hlasovati proti přijetí toho návrhu, ne snad proto, že bych nemyslíl, že by se nezakládal na právu. Zakládá se na nutnosti, poněvadž zatím obecní zákon změněn byl, co vydány byly únorové patenty.

Avšak pravda, že se jedná o formálnou věc, o jakési nutné doplňky toho, co před námi leží.

Přistoupím-li k tomu, myslím, že nevyslovuji své vlastní mínění, ale mínění a právní přesvědčení i svých politických soudruhů.

Jest-li že jsem se vyslovil zde, že tím, když přistoupím k změně těch dvou §§. nynějšího dosavadního volebního řádu, že snad jsem změnil náhled svůj a právní přesvědčení o mravní a právní pochybnosti kompetence tohoto volebního řádu, který dosud platil. Myslím, že to nevyslovuji pouze svým jmenem.

Bohužel, že nám neposkytnuta byla příležitost, abychom se chopili konečně opravy volebního tohoto řádu, který ve svých základech oplývá tak velkými a značnými vadami. To nechť ať, než se rozejdou poslancové sněmu Českého, vyzívám slavnou vládu, uvážiti, že slavná vláda, mělo-li by toto zasedání poslední v této periodě býti, že značně se provinila na národu našem,

jest-li že k tomu radila, aby rozpuštěn byl sněm, totiž ukončen za doby, kde volební řád co velmi důležitá otázka před námi leží, která vyřízení posud nedošla. To jsem chtěl říci. (Výborně.)

Náměstek maršálkův: Žádá někdo si mluvit v generální debatě.

Die Generaldebatte ist auf diese Art, da sich Niemand zum Wort meldet, geschlossen.

Da der Herr Berichterstatter am Schluß der Generaldebatte nichts zu bemerken hat, können wir zur Spezialdebatte übergeben.

Berichterstatter Bibus:

Gesetz,

wirksam für das Königreich Böhmen, wodurch die §§. 13 und 15 der Landtagswahlordnung abgeändert werden.

Náměstek maršálkův: Zákon pro království České, kterým se činí změna v §. 13 a 15 řádu volení do sněmu zemského.

Preje si někdo slova stran názvu zákona?

Ich bitte abzustimmen über diesen Theil dieses Gesetzes. Ich bitte diejenigen Herrn, welche dem Theile des Gesetzes, wie er vorgetragen wurde, zustimmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht, angenommen.)

Berichterstatter Bibus: Mit Zustimmung des Landtages meines Königreichs Böhmen, finde ich anzuordnen, wie folgt:

S privolením sněmu Mého království Českého vidí se mi naříditi takto:

Oberstlandmarschall-Stellvertreter Dr. Bělský: Wünscht Jemand zu diesem Eingang etwas zu bemerken?

Da dies nicht der Fall ist, so bitte ich über diesen Eingang des Gesetzes abzustimmen.

Ich bitte diejenigen Herrn, die mit diesem Eingang einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Er ist angenommen.

Berichterstatter Bibus (liest): Die §§. 13 und 15 der Landtagswahlordnung vom 26. Febr. 1861 haben in ihrer gegenwärtigen Fassung außer Wirksamkeit zu treten und künftig zu lauten:

§§. 13. a 15. řádu volení do sněmu zemského, daného dne 26. února 1866 pozbývají v posavadním znění moci a platnosti a zníti budou takto:

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Wünscht Jemand das Wort?

Ich bitte also abzustimmen darüber?

Ich bitte diejenigen Herren, die für diesen Wortlaut des Einganges sind, die Hand zu erheben.

Ich bin eben aufmerksam gemacht worden, daß wir nicht beschlußfähig sind.

Ich ersuche den Herrn Dr. Rieger in die Restauration zu gehen, und die dort befindlichen Herren aufzufordern, hierher zu kommen. (Nach einer Pause:)

Wir sind beschlußfähig.

Ich werde §. 13, wie er von der Kommission beantragt ist, vorlesen lassen.

Da die Kommission nur zum 5. Absatz des §. 13 der Regierungsvorlage eine Abänderung beantragt hat, so werde ich die ersten 4 Absätze dieses §. nach dem Wortlaute der Vorlage zur Vorlesung bringen und darüber die Debatte und Abstimmung einleiten und erst dann über den letzten Absatz nach dem Antrage der Kommission abstimmen lassen; für den Fall, daß er nicht angenommen werden sollte, nach dem Antrage der Regierungsvorlage.

Bcht.-E. Bibus: Zu den ersten 4 Absätzen des §. 13 hat die Kommission nichts abzuändern befunden, als in der 3. Zeile statt des Ausdruckes der Regierungsvorlage „Gemeindegesez“ — „Gemeindeordnung,“ weil dies der legale Ausdruck ist.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Ich werde also die Regierungsvorlage in den ersten Absätzen mit dieser von der Kommission beantragten kleinen Abänderung vorlesen lassen.

V českém textu by to znělo místo „obecního zákona“ „obecního zřízení“.

Bcht.-E. Bibus (liest):

§. 13.

Die Abgeordneten der im §. 3 aufgeführten Städte und Industrialorte sind durch direkte Wahl aller jener nach dem besonderen Gemeindestatute oder der Gemeindeordnung vom 16. April 1864 zur Wahl der Gemeindevertretung der, einen Wahlbezirk bildenden Städte und Industrialorte berechnigten und nach §. 18 der Landtagswahlordnung vom Wahlrechte nicht ausgeschlossenen Gemeindeglieder zu wählen, welche:

- a) in der Landeshauptstadt Prag dem ersten und zweiten Wahlkörper angehören;
- b) in den anderen Städten und Industrialorten mit drei Wahlkörpern zum ersten und zweiten Wahlkörper gehören und im dritten Wahlkörper mindestens zehn Gulden an direkten Steuern entrichten;
- c) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an direkten Steuern gereichten Gemeindeglieder ausmachen.

Poslancové měst a průmyslových míst v §. 3. jmenovaných volení budtež přímo ode všech občanů, kteříž dle zvláštního statutu obecního nebo dle zákona obecního, vydaného dne 16. dubna 1864, mají právo voliti obecní zastupitelstvo měst a průmyslových míst, okres volící činících, a kteří dle §. 18. řádu volení do sněmu zemského nejsou z práva volícího vyloučeni:

- a) V hlavním městě Pražském od těch, kteří náležejí do prvního a druhého sboru volícího;
- b) v jiných městech a průmyslových místech, v nichž jsou tři sborové volící, od těch kteří náležejí do prvního a druhého sboru a od těch ze sboru třetího, kteří platí alespoň deset zlatých přímé daně;

c) v obcích, které mají méně než tři sbory voliců, od prvních dvou třetin všech voliců obecních, postavených po sobě dle velikosti daně přímé, již ročně platí.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter:  
Wünscht Jemand das Wort zu den ersten 4 Ab-  
fagen der Regierungsvorlage?

Náměstek maršalkův Dr. Bělský: Žádá si někdo mluvit?

Pan posl. Dr. Klaudy: Prosím za slovo.

Náměstek maršalkův Dr. Bělský: Pan Dr. Klaudy.

Dr. Klaudy: Chtěl jsem jen jako pan posl. dr. Zeithammer podotknouti, že pro krátkost času, an se právě dnes má zasedání ukončit, jest nemožno, abychom se pustili do opravy této vládní předlohy, která, jak byla komise sama seznala, není ani vlastně opravou volebního řádu, nýbrž jen, abych tak řekl, změna stylistická, která se stala potřebnou tím, že není více v platnosti obecné zřízení z roku 1849, nýbrž že nastoupil v platnost zákona obecního z roku 1864 a to právě jen proto, aby snad i citát nebyl protivný nynějšímu stavu věci, to se mi zdá pohnulo vládu, aby tuto předlohu nám podala. Kdyby byl čas postačil, abychom do opravy se pustili, a kdyby nebyla i v této slavné sněmovně činěna námitka, že komise, jakmile jest zvolena, musí se držeti toho rozkazu, který jí byl dán, a že nesmí před slavnou sněmovnu s novými návrhy předstoupit. Tu by se v komisi menšina obrátila k tomu, že by bylo záhodno, jestliže vůbec se má něco nového vysloviti, aby se vyslovily aspoň zejména i také změny čl. 18. volebního řádu, který nejen jest nespravedlivý, ale který ještě méně se shoduje s obecním zřízením, nyní stávajícím, než právě tyto navržené změny. To jsem chtěl si dovoliti podotknouti, že komise, nejen že by si vyhradila právo, aby se podal návrh o změně čl. 18. řádu volebního, jednohlasně uznala že §. ř. vol. jest v sobě nespravedlivý, že ale se také docela nesrovnává s poměry stávajících zákonů, zvláště ne s poměry, které jsou těmito zákony vysloveny ohledně volitelnosti do sboru obce i platiti mají i pro sbor zastupitelstva zemského.

Jestliže minorita nepodala zvláštního návrhu, že a jak se má změnití článek 18. volebního řádu, činila to jedině z té příčiny, poněvadž by se bylo nepochybně opět namítlo, že to nebylo úkolem komise a že jest to návrh samostatný, kterým by se pak bylo podle stavu věcí, v kterém se nyní nacházíme, dle jed. ř. našeho již se nemohlo nakládat.

Kdybychom byli chtěli přikročit k tomu, abychom jednoduše navrhli, by takové dovolání-se článku 18. v. ř. zemskému, v odstavci 1. této předlohy se vynechala, tu bychom byli přišli v odpor s ostatními nařízeními voleb. ř.; poněvadž, kdyby se bylo jedině v 1. odstavci čl. 13. vynechalo to dovolání se, které dle čl. 18. ř. v.

do sněmu zemského nejsou z práv volicích vyloučeny, byloby se to vztahovalo jedině k zastupitelstvu měst, ale zastupitelstva venkovských obcí a zastupitelstva velkých statků byly by zůstaly podrobeny nařízení čl. 18. Tedy by bylo bývalo nařízení o zastupcích velkých statků pro zastupce venkovských obcí jiné, a jiné nařízení pro zastupce měst.

Pro tuto příčinu, poněvadž by to bylo nepřiměřené, aby pro každou třídu bylo jiné nařízení ohledně práva volicího, minorita nežádala zvláštní votum.

Minorita ale nemůže tajiti sobě, že, jestli slavná vláda měla za to, že v tom aspoň částečná oprava nutná jest, že, když měla tolik času, aby podala návrh tento, byla by měla také tolik času, aby byla mohla podat návrh na změnu čl. 18., článku toho, jehož nespravedlivost uznána jest ode všech sněmů v mocnářství Rakouském, článku toho, na který rozsudek ode všech zastupitelstev již dávno vynešen byl.

Náměstek marš.: Žádá si ještě někdo mluvit?

Posl. V. Seidl: Chci podotknouti, že slavná vláda by byla mohla učiniti jiný, kratší návrh, a bylaby větším dílem uspokojila spravedlivé přání českého národu. (Výborně!) Návrh ten by byl v tom záležel, žeby byla slavná vláda vyslovila, že obchodní komory nemají práva, nikdy více voliti zástupce do sněmu, že se volební právo obchodních komor zrušuje.

To by bylo bývalo jako rukojemství, že ostatní opravy, které sněm vyžadoval, v nejbližší příštím zasedání budou od vlády sněmu předloženy a přijaty.

Poněvadž se to ale bylo nestalo, tedy myslím, že nemáme příčiny, abychom přistoupili k návrhu předloženému, který v žádném ohledu nečiní zadosť žádostem našeho národu.

Musím podotknout, že slavný sněm, když přijme tento návrh, přichází v značný odpor s sebou samým; neb dvakráte již slavný sněm usnesl se velmi důrazně, že volební řád od roku 1861 nevyhovuje našim poměrům, že není spravedlivý českému národu.

A předce máme posavadní vol. ř. přispůsobiti, aby podle nynějšího návrhu znova se volilo dle ř. vol. sněmem odsouzeného.

K tomu hlasu svého dáti nemohu, a proto pro změnu, kterou navrhuje vláda, s dobrým svědomím hlasovati nemohu. Hlasovati nebudu pro navržený zákon ještě z těchto důvodů:

Předně, poněvadž se nám vytíkalo, když se jednalo o státoprávních otázkách, že jsme přijali iny nynější volební řád; kdyby jsme hlasovali pro zákon předložený, byl by to skutek, který by se nám mohl vykládat za zlé v tomtéž směru.

My takový volební řád nepřijímáme, my před naše voliče nemůžeme předstoupiti, pakli přine-

seme zase opravu, aby volili dle posavadního nespravedlivého řádu volebního.

Konečně pak jest jediná možnost, pánové! aby vláda naše přání vyplnila, aby sněm před rozpuštěním ještě povolala „ad hoc,“ aby volební řád opravil, pakli nepodáme dnešním usnešením vládě možnost, aby sněm na základě nespravedlivého a od nás odsouzeného volebního řádu svolala, nýbrž aby ještě tomuto sněmu opravu vol. řádu předložila. Z těchto příčin nemohu žádným způsobem hlasovati pro návrh předložený. (Výborně!)

Náměstek marš.: Žádá si ještě někdo mluvit?

Wenn Niemand mehr das Wort wünscht, so gebe ich dem Hrn. Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterst. Bibus: Der Herr Abgeordnete Seidl hat gegen die Änderung der Wahlordnung eine principielle Verwahrung eingelegt, über welche ich als Berichterstatter mich auszusprechen heute kein Recht habe. Allein, was das gegenwärtige Gesetz betrifft, so beantragt dieses bloß eine Änderung des Status quo. Wie der Hr. Abgeordnete Seidl sagt und wie es sich im Hause oft darstellte, ist der Wunsch, die Wahlordnung zu ändern, besonders auf einer Seite des Hauses ein allgemeiner. Dieser Wunsch wurde bereits wiederholt ausgesprochen und es wird eine Sache der Zukunft sein, eine Änderung der Wahlordnung zu ermöglichen; allein bloß deshalb an der gegenwärtig zu Recht bestehenden Wahlordnung Nichts ändern zu wollen, das, glaube ich, wäre nicht billig, wäre nicht gerecht, es wäre nicht gerecht, sich selbst dem Guten zu verschließen, und zwar dem Guten, das mit diesem Gesetze erzielt werden will, das nämlich vielen intellectuellen Männern das Wahlrecht in den Landtag wiedergegeben werde, was ihnen durch die neue Gemeindeordnung genommen worden ist.

Weiter habe ich auf diese Erwiderung Nichts zu sagen.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Ich werde nun zur Abstimmung schreiten. Wir werden zur Abstimmung schreiten über die 4 Absätze der Regierungsvorlage des §. 13. mit der einzigen Abänderung in der dritten Zeile. Ich bitte die Herren, die den ersten 4 Absätzen der Regierungsvorlage.....

Abgeordn. Graf Leo Thun (unterbrechend): Ich würde mir erlauben, zu bemerken, daß der Ausdruck „Regierungsvorlage“ doch nicht richtig ist. Es ist ein Antrag der Kommission, wenn auch diese mit einer unbedeutenden Abänderung sich die Regierungsvorlage angeeignet hat. Ich glaube, es muß abgestimmt werden nach der Geschäftsordnung über den Antrag der Kommission, über die Textirung der Kommission.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Die Kommission hat aber gar keine besondere Textirung vorgelegt, die abweichen würde von der Regierungsvorlage; sie hat die Textirung der Regie-

rung in Vorschlag gebracht mit einziger Abänderung des Wortes in der 3. Zeile. Ich glaube, in der Sache ist es gleich.

Dr. Klaudy: Prosím za slovo!

Náměst. marš.: Debata jest skončena.

Dr. Klaudy: Co se týká hlasování o návrhu, jsem toho náhledu, že Jeho Excel. hr. Thun jest v právu, poněvadž komise, jakmile sobě přivlastní návrh vládní, třeba nepatrnou změnou, není to návrh vládní, nýbrž návrh komise; a dle jedn. ř. musí k hlasování připuštěn být co návrh komise. Žádal bych, aby, třeba komise zvláštní návrh nepodala, se hlasování činilo ne o návrhu vládním, nýbrž o návrhu komise.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Also wenn die Herren es wünschen, werde ich über den Kommissionsantrag, welcher gleichlautend ist mit dem Text der Regierungsvorlage mit der Abänderung in der 3. Zeile im ersten Absatz in Betreff des Wortes „Gemeindeordnung“ statt „Gemeindegesez.“ Ich bitte diejenigen Herren, die diesem Kommissionsberichte in den 4 ersten Absätzen des §. 13. zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zum 5. Absätze.

Berichterst. Bibus: Ich glaube, daß die Vorlesung nach der Regierungsvorlage nicht geboten ist. Ich werde mir daher erlauben, den 5. Absatz in jener Änderung vorzulesen, wie ihn die Kommission beschlossen hat. Dieser Absatz lautet:

Diesen sind die Ehrenbürger oder Ehrenmitglieder und in jenen Städten und Industrialorten, für welche die Gemeindeordnung vom 16. April 1864 gilt, jene Gemeindeangehörigen anzureihen, welche nach der Gemeindevahlordnung §. 1. sub 2 b) bis g) nach ihrer persönlichen Eigenschaft das aktive Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

Těmto přičtení budtež čestní měšťané aneb čestní občané, a v městech a průmyslných místech, ve kterých má platnost zřízení obecní, vydané 16. dubna 1864, takoví příslušníci obce, kteří dle §. 1. b—g řádu volení dle osobní své vlastnosti mají právo voličské v obci.

Hier erlaube ich mir noch die Bemerkung, daß das Citat in der Regierungsvorlage „§. 1 b) bis g)“ nicht ganz richtig ist, indem nach der Gemeindeordnung diese Citation b—g unter Punkt 2 folgt. Daher ist die Sache dahin corrigirt worden, daß es lauten solle: „§ 1 sub 2 b) bis g)“, was auch im böhmischen Texte richtig gestellt ist. Ich glaube, auch die h. Regierung wird dagegen nichts einzuwenden haben.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Wünscht Jemand das Wort über den 5. Absatz? Da dieß nicht der Fall ist, so werde ich darüber abstimmen lassen. Wünschen die Herren, daß er noch einmal vorgelesen werde? (Rufe: Nein!)

Ich bitte also die Herren, welche dem Wortlaute des Kommissionsantrages, wie er im 5. Ab-

sage lautet, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich bitte aufzustehen. Es ist die Majorität.

Berichterstatter (liest):

§. 15.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde sind durch jene nach dem Gemeindegesetze vom 16. April 1864 zur Wahl der Gemeindevertretung berechtigten und nach §. 18 der Landtagswahlordnung vom Wahlrechte nicht ausgeschlossenen Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlkörpern den ersten und zweiten Wahlkörper bilden;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an direkten Steuern gereihten Gemeindeglieder ausmachen.

Den Wählern zu a) und b) sind die Ehrenbürger und Ehrenmitglieder und jene Gemeindeangehörigen anzureihen, welche nach der Gemeindewahlordnung §. 1 sub 2 b) bis g) nach ihrer persönlichen Eigenschaft das aktive Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 15.

Volitelé každé obce voleni budtež od občanů, kteří dle zákona obecního, daného dne 16. dubna 1864 mají právo voliti zastupitelstvo obecní a kteří dle §. 18 řádu volení do sněmu zemského, z práva voličiho nejsou vyloučeni:

- a) jsou-li v obci tři sborové voliči od těch občanů, kteří činí sbor první a druhý, a
- b) jest-li v obci méně sborů voličích nežli tři, od dvou prvních třetin všech voličů obecních, postavených po sobě dle velikosti daně přímé, již ročně platí.

Po voličích v a) a b) jmenovaných přijdou čestní měšťané a čestní občané a z příslušníků obce ti, kteří podlé §. 1 b) až g) řádu volení v obcích mají podlé osobní své vlastnosti právo voliti v obci.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Wünscht Jemand das Wort über den Paragraph? (Niemand meldet sich.) Da dieß nicht der Fall ist, so werde ich über diesen Paragraphen, nach dem eben vorgelesenen Antrage der Kommission abstimmen lassen; diejenigen Herren, die dem Kommissionsantrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ist vorgenommen. Ich glaube, die Herren werden zustimmen, daß die 3. Lesung des Gesetzes heute angenommen werde. Diejenigen Herren, welche dafür sind, daß wir in die 3. Lesung eingehen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Es ist angenommen.

Es wird wohl nicht nöthig sein, den Wortlaut des angenommenen Gesetzes noch einmal vorzulesen. (Rufe: Nein!) Ich werde also abstimmen lassen über die Annahme in 3. Lesung; ich bitte diejenigen Herren, die dafür sind, daß das vorliegende Gesetz, wie es beschlossen worden ist, in 3. Lesung angenommen wird, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Er ist angenommen.

Im Einverständniß mit Sr. Exc. dem Herrn Oberstlandmarschall und nach dem ausgesprochenen Wunsche der betreffenden Berichterstatter, werde ich mir erlauben die Punkte 6 und 7 der heutigen Tagesordnung jetzt, früher als die übrigen vorzunehmen, u. z. 6. Punkt: Landesausschußbericht in Betreff der Hypothekenbank.

Herr Berichterstatter Ritter v. Peche.

Ritter v. Peche (liest):

Hoher Landtag!

Mit den Beschlüssen vom 23. März 1866 geruhte der hohe Landtag dem ergebenst gefertigten Landesausschuß den Auftrag zu erteilen:

- a) Den Ausweis über den Stand der Pfandbriefe und der erworbenen Hypotheken;
- b) den Bericht über die bezüglich des Entwurfes der Geschäftsordnung und des Verlosungsplanes obwaltenden differirenden Anschauungen, zwischen dem Landesausschuße und der Bankdirektion gleich bei Beginn der nächsten Session zur endgiltigen Berathung und Schlußfassung vorzulegen.

Die dießfalls von der Bankdirektion dem Landesausschuße vorgelegten, auf den Schluß des Monats Oktober 1866 gestellten Ausweise über den Stand der von der Landeshypothekenbank emittirten Pfandbriefe und der hiesfür erworbenen Hypotheken, welche mit Rücksicht auf die Dringlichkeit nicht mehr zum Druck gelangen konnten, liegen im Lesezimmer zur gefälligen Einsicht auf.

Hieran knüpft der Landesausschuß die ehrerbietige Bemerkung, daß die Darstellung der Geschäftsgebarung dem im Grunde des §. 54 St. zu erstattenden Jahresberichte vorbehalten wurde.

Wie aus dem sub 1. beiliegenden Ausweise hervorgeht, haben die bis zum 31. Oktober 1866 erworbenen Hypotheken eine Höhe von fl. 7,851.200 erreicht.

Jetzt folgt die detaillirte Nachweisung der ausgegebenen Hypothekenscheine und ihrer Vertheilung auf die verschiedenen Kreise Böhmens, deren Verlesung der h. Landtag mir gütigst erlassen wolle.

Aus dieser Darstellung geruhe der hohe Landtag hochgeneigt zu entnehmen, daß die warmen und allseitigen Sympathien, von welchen die Hypothekenbank des Königreiches Böhmen von ihrem Anbeginne an begleitet waren, selbst unter den tiefbelaugenswerthen Ereignissen, welche unser Vaterland in heurigem Jahre heimgesucht haben, nicht erkalteten, daß das große Vertrauen, welches dieses Institut bei der Bevölkerung genießt, selbst unter diesen ungünstigen Verhältnissen nicht erschüttert wurde, und daß somit das Bankinstitut dem Zwecke, welcher bei seiner Gründung vom hohen Landtage in's Auge gefaßt worden war, thatsächlich und erfolgreich entspreche.

Betreffend die bezüglich des Entwurfes der Geschäftsordnung und des Verlosungsplanes zwischen dem Landesausschuße und der Bankdirektion obwaltenden differirenden Anschauungen, so hat der

Landesausschuß in Anbetracht der Dringlichkeit der Feststellung eines Verlosungsplanes und mit Rücksicht darauf, daß die pünktliche Effektuirung der ersten Verlosung und der hiedurch bedingten Aufnahme der statutenmäßigen Tilgung der Pfandbriefeffekten eine vorteilhafte Rückwirkung sowohl auf den Kurs der Pfandbriefe als auch auf den Kredit des Institutes überhaupt üben wird, den vorerwähnten Entwurf einer gründlichen und sorgfältigen Revision mittelst eines aus Abgeordneten der Bankdirektion und des Landesausschusses bestehenden Comités unterzogen und auf Grund der von demselben gestellten Anträge den Verlosungsplan vereinbart, welcher auch bereits der am 9. Juli 1866 stattgefundenen ersten Verlosung zu Grunde gelegt worden ist.

Was die übrigen Punkte des Geschäftsordnungs-Entwurfes anbelangt, so sind dieselben zwar noch Gegenstand weiterer Enqueteverhandlungen, allein der Landesausschuß ist schon jetzt in der Lage, die begründete Hoffnung auszusprechen zu können, daß auch die noch diesfalls obwaltenden Differenzen, auf Grund der seither gewonnenen Geschäftserfahrung, durch ein aus einheitlichen Anschauungen der Bankdirektion und des Landesausschusses hervorgegangenes Operat zuversichtlich werden beseitigt werden.

Dem Landesausschuße erübrigt zum Schluß dieses Berichtes nur noch hervorzuheben, daß der hohe Landtag in seiner Sitzung vom 23. März l. J. anlässlich der Verhandlungen über die Angelegenheiten der Hypothekbank auch den Beschluß gefaßt hat, von der Wahl eines besoldeten Generaldirektors noch abzusehen, und das bisherige Verhältniß des Generaldirektors-Stellvertreters zur Bank bis zur nächsten Session aufrecht zu erhalten.

Nachdem jedoch die bei Verfügung dieses Provisoriums maßgebend gewesen und in dem Berichte des Landesausschusses vom 29. November 1865, Z. 17652 näher ausgeführten Verhältnisse der Landeshypothekbank auch dermalen noch bestehen, so erlaubt sich der Landesausschuß einverständlich mit der Bankdirektion die Ansicht auszusprechen, daß derzeit die Ernennung eines besoldeten General-Direktors weder durch den Umfang und die Beschaffenheit der bisherigen Bankgeschäfte, noch durch die dormalige Einrichtung der Bank oder durch den dem General-Direktor statutenmäßig zugewiesenen Wirkungskreis zur Nothwendigkeit erwachsen sei, und daß es im Interesse des Institutes liege, die weitere Entwicklung des Geschäftes abzuwarten und sodann erst auf Grund der ferneren Erfahrung die Frage über die Ernennung eines besoldeten General-Direktors in Erwägung zu ziehen.

Der Landesausschuß erlaubt sich demnach an die Vorlage dieses ergebensten Berichtes folgende Anträge zu knüpfen:

Der hohe Landtag geruhe:

1. die vorliegenden Ausweise über den Stand der Pfandbriefe und der erworbenen Hypotheken

nach hochgeneigter Würdigung derselben genehmigend zur Kenntniß nehmen;

2. die dem Landesausschuße mit den h. Beschlüssen von 23. März 1866 in Angelegenheit der Hypothekbank erteilten Aufträge als erledigt anzusehen, und

3. unter Beibehalt des hinsichtlich der Besorgung des Amtes eines General-Direktors bestehenden Provisoriums, den Stellvertreter des General-Direktors der Hypothekbank des Königreiches Böhmen hochgeneigt durch Wahl zu bestimmen; endlich

4. den gefertigten Landesausschuß zu beauftragen, für die nächste Session gemeinschaftlich mit der Bankdirektion die definitiven Anträge rücksichtlich der Anstellung eines besoldeten General-Direktors rechtzeitig vorzulegen.

Zemský výbor dovoluje si ke zprávě této připojiti ještě tyto návrhy:

Slavný sněm račiz

1. podané tuto výkazy o listech zástavních a získaných zástavách k vědomosti a k uvážení vzíti a je schváliti;

2. poručení zemskému výboru o záležitostech hypoteční banky usneseními ze dne 23. března 1866 daná, za vyřízena uznati a

3. zůstavuje při zatímném opatření, učiněném v příčině obstarávání k úřadu ředitele generalního zvoliti generalního ředitele hypoteční banky království Českého.

Konečně 4. račiz slavný sněm výboru zemskému uložit, aby v zasedání nejbližší příštím společně s ředitelstvem banky včasné podal konečné návrhy co se týče ustanovení placeného ředitele generalního.

Dovolují si chybu tisku zlepšiti, poněvadž v odstavec 3. zní: zvoliti generalního ředitele hypoteční banky a má býti zástupce generalního ředitele.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Die Generaldebatte ist eröffnet.

Žádá si někdo slovo?

Dr. Čížek: Prosim za slovo.

Nám. marš.: Pan Dr. Čížek.

Dr. Čížek: Lituji toho velice, že tak důležitá záležitost, jako jest záležitost hypoteční banky přichází teprv dnes v posledním dnu zasedání sl. sněmu na denní pořádek, (Centrum dobře) a to ještě způsobem takovým, že skutečně nám není možno, abychom o té věci důkladně pojednali. Dnes teprvé byla předloha zemského výboru rozdělena a dána nám tedy teprv dnes příležitost nahlídnouti v účty hypoteční banky. Lituji toho tím více, poněvadž loňského roku též teprve, když již sněm se chýlil ke konci předloha ohledně hypoteční banky rozdána byla. Komise k tomu cíli sestavena byla, ač v poslední době a ačkoliv pak téměř každodenně porady měla, nemohla pro krátkost času vyhověti úloze své. Avšak nechci viniti zemský výbor — to do-

cela ne — poněvadž z nás zajisté každý předpokládal, že zasedání sněmu déle potrvá, než tak krátký čas, a pak zajisté musím za to pánové míti, že zemský výbor teprv tenkráté záležitost kypoteční banky na denní pořádek dáti chtěl, až by byl mohl sl. sněmu předložiti ukončený roční výkaz, což by se bylo mohlo na začátku příštího měsíce státi.

Avšak k návrhu, který předkládá zemský výbor, nemohu přistoupiti.

V minulém zasedání, jak zpráva výboru zemského sama povídá, usnesl se sl. sněm na tom, že se ukládá zemskému výboru, aby hned na počátku příštího zasedání výkazy o listech zástavních a o získaných zástavách předložil.

Tomuto nařízení dostal zemský výbor sice v předloze dnešní, avšak pánové, kdo z nás je s to, aby dnes tento výkaz zkoušel, a aby řekl, že výkaz je dobrý a že ho schvaluje. To nemůže žádný z nás učiniti. K tomu jest zapotřebí komise, která by věc dobře a důkladně proskoumala a pak návrhy sl. sněmu učinila. Žádný z nás pánové nemůže říci, tento výkaz je spravedlivý a správný, proto také pánové dle mého náhledu nemůžeme přistoupiti k návrhu prvnímú, který nám předkládá zemský výbor, abychom totiž výkazy o listech zástavních a o získaných zástavách k vědomosti a v uvážení vzali a je schválili.

Dále bylo uloženo zemskému výboru v minulém zasedání, aby zprávu o rozličných náhledech ohledně jednacího řádu hned při počátku zasedání k poradě a k usnešení sněmu předložil. Když se zemský výbor s ředitelstvím hypoteční banky na jednacím řádu ještě usjednotiti nemohl, jak se k tomu sám přiznává, tak se do dneška také nevyhovělo usnešení sněmu, dle kterého měl zemský výbor hned na začátku zasedání tohoto návrh jednacího řádu pro banku sněmu předložiti.

Avšak opět nechci viniti z toho zemský výbor a mám opět za to, že snad zemský výbor nepředpokládal, že zasedání bude tak krátké. Avšak pánové, jisto jest, že zemský výbor nevyplnil co mu uloženo bylo. On sice losovací plány upravil tak, že dle losovacích plánů těch se již losovalo. Avšak druhý punkt návrhu stran jednacího řádu dosud vyřízen není a spor dosud panuje. Tedy pánové nemůžeme proto přistoupit k návrhu druhému, který předkládá zemský výbor, a konečně poručení zemskému výboru v záležitosti hypoteční banky usnešením dne 23. března 1866 daná za vyřízená uznati.

To se nemůže přece říci, že jest vyřízeno toto nařízení, poněvadž zemský výbor se sám priznal k tomu, že ještě spor ohledně jednacího řádu trvá.

Dovolují si tedy slavnému sněmu podati návrh:

### Slavný sněme!

Račiz na místě odstavce 1. a 2. návrhu zemského výboru ustanoviti

1. zemskému výboru se ukládá, aby hned na počátku nejbližšího příštího zasedání předložil

a) výkaz o zástavních listech a získaných zástavách;

b) správu o tom, pakli jednací řád v článku 39. návrhu o provedení statutu vyřízen jest.

Kdyby se však náhledy v příčině jednacího řádu různily, má zemský výbor předložiti sněmu návrh jednacího řádu k poradě a ku konečnému usnešení.

Ich erlaube mir zu beantragen: Anstatt des 1. und 2. Abjages im Antrage des Landesauschusses möge der hohe Landtag beschließen: Dem Landesauschuß werde aufgetragen, dem Landtage gleich bei Beginn der nächsten Session a) den Ausweis über den Stand der Pfandbriefe und der erhobenen Hypotheken, b) einen Bericht darüber, ob im Sinne des §. 39 der Durchführungsvorschrift zum Hypothekenbankstatute die Geschäftsordnung erledigt ist. Im Falle aber, es sollen in Bezug auf die Geschäftsordnung die Anschauungen noch differiren, den Entwurf der Geschäftsordnung zur Verathung und Beschlußfassung dem Landtage vorzulegen.

D.=L.=M.=Stellvertreter: Wünscht noch Jemand das Wort zur Generaldebatte? Da das nicht der Fall ist, betrachte ich die Generaldebatte als geschlossen. Der H. Berichterstatter hat das Wort.

Abg. Peche: Ich werde mir erlauben, mich hierüber ganz kurz zu fassen. Hohes Haus! Es ist allerdings wahr, daß dem Auftrage des h. Landtages in Bezug auf die Berichterstattung in der Angelegenheit der Hypothekenbank nicht zur Gänze vom Landesauschuß entsprochen worden ist, aber auch nicht entsprochen werden konnte.

Es ist nämlich nach §. 54 des Bankstatutes vorgeschrieben, alljährlich die Gebahrung der Bank vorzulegen, und das Ergebnis der ganzen Geschäftsgebahrung zu veröffentlichen. Ein Ausweis über einen Abschnitt eines Jahres ist so unzureichend, daß man nur im äußersten Fall der Nothwendigkeit sich bestimmt findet, denselben dem h. Hause vorzulegen oder überhaupt in die Oeffentlichkeit zu bringen, weil das nicht die ganze Uebersicht der Geschäftsgebahrung der Bank gestattet. Zu dieser Nothwendigkeit war bei Beginn der gegenwärtigen Session des h. Landtages keine direkte und gegründete Aussicht vorhanden, und deshalb hat, wie schon der Hr. Vorredner angeführt hat, auch der Landesauschuß wirklich die Absicht gehabt, sogleich nach Jahreschluß den ganzen Geschäftsstand oder die Geschäftsgebahrung der Hypothekenbank dem h. Hause zu unterbreiten. Was aber die Berichterstattung über die obgeschwebten Differenzen bezüglich des Verlosungsplanes und der Geschäftspunkte, welche sich vorzugsweise auf die Kassa-

kontrolle der Hypothekenbank beziehen betrifft, so habe ich schon die Ehre gehabt, im Berichte anzuführen, daß der eine Theil dieser Differenzen gänzlich entschwinden ist, indem eine Einigung in Beziehung des Verlesungsplanes seitens des Landesauschusses und der Bankdirektion in vollster, befriedigender Weise stattgefunden hat, und die Verlesungen danach faktisch vor sich gehen. Nur im 2. Theil ist die Einigung noch nicht erfolgt, ist aber eben nur noch nicht zu Ende gelangt, weil dazu durch die Ereignisse des laufenden Jahres wirklich es nur an der nöthigen Zeit gebrach, um diese Vereinigung, welche auch Einfluß hat selbst auf den hiernach zu erwerbenden oder completirenden Beamtenstatus der Bank zu ermöglichen. Wäre wirklich nicht die Sessionsdauer eine so kurze gewesen, so hätte es sich der Landesauschuß jedenfalls zur angenehmen Pflicht gemacht, die bereits getroffene Vereinbarung, zu welcher die vollen Anhaltspunkte vorhanden sind, dem hohen Hause zur Kenntniß zu bringen.

Nachdem also einerseits faktisch nur theilweise dem Auftrage eines hohen Landtages an den Landesauschuß entsprochen wurde, nachdem andererseits es jedenfalls eine Nothwendigkeit und eine Pflicht des Landesauschusses und der Hypothekenbank ist, den Stand der Hypotheken und die ganze Geschäftsgebarung dem Hause rechtzeitig vorzulegen; nachdem endlich in der nächsten Session des hohen Landtages jedenfalls die Jahresperiode bereits überschritten sein wird, erlaube ich mir im Namen des Landesauschusses meine Zustimmung zu den Anträgen des Herrn Abgeord. Dr. Elzeß zu erklären.

D. = L. = M. = Stellvertreter: Wir sollten nun zur Spezialdebatte schreiten, wegen des Umstandes jedoch, daß der Hr. Berichterstatter sich mit dem Abänderungsantrage des Dr. Elzeß einverstanden erklärt hat, bleibt nichts anderes übrig, als statt der 2. Absätze, welche der Landesauschuß in seinem Berichte angetragen, nunmehr den Antrag des Dr. Elzeß zur Abstimmung zu bringen. Ich bitte ihn noch einmal vorzulesen.

Berichterstatter Dr. Ritter von Beche liest: Anstatt des ersten und zweiten Absatzes im Antrage des Landesauschusses wolle der hohe Landtag beschließen: 1. Dem Landesauschuß wird aufgetragen, dem Landtage gleich bei Beginn der nächsten Session: a) den Ausweis über den Stand der Pfandbriefe und erworbenen Hypotheken, b) den Bericht darüber, ob im Sinne des §. 39 der Durchführungsvorschrift des Hypothekenbankstatutes die Geschäftsordnung erledigt ist und im Falle, daß die Anschauungen noch differiren sollten, den Entwurf der Geschäftsordnung zur Berathung und Beschlußfassung vorzulesen.

Sněmovní sekretář Schmidt čte:

Na místě 1. a 2. odstavce návrhu zemského výboru má státi:

1. Zemskému výboru se ukládá, aby hned na počátku nejbližšího příštího zasedání předložil:

a) Výkaz o zástavních listech a zjištěných zástavách.

b) Zprávu o tom, zdali v smyslu §. 39. zákona o provedení statutu hypoteční banky jednací řád jest vyřízen; kdyby se však ještě náhledy v příčině jednacího řádu různily, má je zemský výbor předložiti k poradě a usnešení.

D. = L. = M. = Stellvertreter: Ich werde diesen Antrag des Dr. Elzeß, mit welchem der Herr Berichterstatter sich einverstanden erklärt hat, welcher eben vorgelesen wurde, zur Abstimmung bringen. Ich bitte die Herren, die dies annehmen statt des ersten und zweiten Absatzes des Landesauschusses die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen. Wir schreiten zum 3. Absatz.

Berichterstatter Dr. Ritter von Beche liest: 3. Unter Beibehalt des hinsichtlich der Besorgung des Amtes eines Generaldirektors bestehenden Provisoriums den Stellvertreter des Generaldirektors der Hypothekenbank des Königreichs Böhmen hochgeneigt durch Wahl zu bestimmen.

Sněmovní sekretář Schmidt čte:

Slavný sněm račiž zůstati při zatímních opatřeních, učiněných v příčině obstarávání úřadu náměstka generálního ředitele hypoteční banky.

Náměstek maršálkův dr. Bělský: Žádá si někdo mluvíti stran tohoto 3. odstavce návrhu zemského výboru?

Ich bitte also abzustimmen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche dem 3ten Absätze des Antrages des Landesauschusses, wie er eben vorgelesen wurde, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Berichterstatter Dr. Ritter von Beche: 4ten, h. Landtag geruhe den Landesauschuß zu beauftragen, für die nächste Session gemeinschaftlich mit der Bankdirektion die definitiven Anträge rücksichtlich der Anstellung eines besoldeten Generaldirektors rechtzeitig vorzulegen.

Slavný sněm račiž výboru zemskému uložit, aby v zasedání nejbližšího příštím společně s ředitelstvem banky včasné podal konečné návrhy co se týče ustanovení placeného ředitele jeneralního.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Wünscht Jemand das Wort? Herr Dr. Grünwald.

Pan posl. dr. Grünwald: Die správy není zapotřebi, aby se ustanovil placený jeneralní ředitel, a já myslím, že za ten krátký čas, který asi projde až k budoucímu zasedání, že nebude větší, než se ukazuje posud.

Já tedy jsem toho mínění, abychom tento návrh padnouti nechali.

Bude-li jeneralního ředitele zapotřebi, může se takový návrh učiniti v příštím zasedání. Nyní abychom to přání vyslovili, abychom o takovém řediteli vedli poradě a podávali návrhy, to myslím, že jest předčasné.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Wünscht Jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich bitte den Hrn. Berichterstatter.

Berichterstatter Ritter v. Beche: Ich muß den 4. Absatz der Landesausschußanträge aufrechterhalten. Ich wäre zwar persönlich der Ansicht des h. Antragstellers umsomehr, nachdem es im Falle der Nothwendigkeit immerhin unbenommen bleibt, einen darauf abzielenden Antrag entweder durch den Landesausschuß, oder in anderer Weise vor das h. Haus zu bringen. Allein es handelt sich hier darum, daß die Wahl oder Ernennung eines gezahlten General-Direktors ausdrücklich im Bankstatute normirt wird, und deshalb hat der Landesausschuß es für seine Pflicht gehalten; bezüglich der Unterlassung der im Bankstatute normirten, daher an sich zur Pflicht gemachten Ernennung eines bezahlten Generaldirektors dem h. Landtage Erwähnung zu thun, und das Provisorium, welches nach den gegenwärtigen Verhältnissen bestehen kann, anzupfehlen.

Oberstlandmarschall = Stellvertreter: Ich werde also abstimmen lassen über den 4. Absatz. Dr. Grünwald beantragt, derselbe solle fallen gelassen werden; dies ist ein negativer Antrag, den ich nicht zur Abstimmung bringen kann. Ich werde also den Antrag des Landesausschusses, wie er vorgelesen worden ist, zur Abstimmung bringen. Ich bitte die Herren, die zustimmen, aufzustehen, (geschieht); er ist in Minorität.

Es sind also zwei Anträge zum Beschlusse erhoben worden. Nach dem Wortlaut der Geschäftsordnung muß ein solcher Beschluß auch in 3. Lesung angenommen werden.

Ich glaube, die Herren werden einverstanden sein, daß beide Beschlüsse heute auch in 3. Lesung angenommen werden wegen der Dringlichkeit der Zeit. Ich bitte diejenigen Herren, welche die beiden, so eben gefaßten Beschlüsse in 3. Lesung annehmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Die Vorlage ist also erledigt.

Ich werde das h. Haus bitten, zur Vornahme der Wahl eines Generaldirektors-Stellvertreters zu schreiten. Er ist zu wählen vom ganzen Landtage; ich ersuche die Stimmzettel zu schreiben und nachdem die Namen werden aufgerufen werden, in die Wahlurne einzulegen.

Ich habe noch zu bemerken, meine Herren, daß die passive Wahl aus den 6 unbesoldeten Bankdirektoren zu geschehen habe und ich werde, damit die Herren sich orientieren, die Namen der Bankdirektoren vorlesen lassen. Die Hrn. Verifikatoren, welche heute in Funktion sind, ersuche ich, die Stimmzettel zu übernehmen, sich in ein Nebenlokale zu verfügen, das Skrutinium vorzunehmen und mir kann das Resultat mitzuthellen, damit ich es verkünden kann.

Die 6 Bankdirektoren, welche bestehen, sind: für den Großgrundbesitz Hr. Wenzl Ritter v. Eissenstein und Dr. Johann Ritter v. Limbeck; für die Städte, Industrialorte und Handelskammer Herr Dohauer und Hr. Dr. Volkelt; für die Landgemeinden Hr. Urbanek und Hr. Dr. Klauby. Aus diesen 6 unbesoldeten Bankdirektoren muß der Generaldirektors-Stellvertreter gewählt werden. Das

active Wahlrecht steht dem ganzen Lande zu. Ich bitte, wenn die Namen der Abg. aufgerufen werden, die Stimmzettel in die Urne abzugeben.

Die Herren Skrutatoren, bitte ich, in Funktion zu treten.

Ladt.-Sek. Schmidt ruft die Abgeordneten in alphabetischer Ordnung zur Abgabe der Stimmzettel auf.

Oberstlandmarschall = Stellvertreter: Ich ersuche die in Funktion stehenden Verifikatoren: den Grafen Rudolf Chotek, Dr. Reichert und Dr. Pickert mit der Urne sich in ein Nebenzimmer zu begeben, dort das Skrutinium vorzunehmen, ein kurzes Protokoll über das Resultat aufzunehmen und dieses Protokoll dem Präsidium zu übergeben.

Ich ersuche den Hrn. Grafen Rudolf Chotek bei diesem Skrutinium den Vorsitz zu führen. (Läutet.)

7. Gegenstand der Tagesordnung: Landesausschußbericht, betreffend die Aktivirung der höheren landwirthschaftlichen und landwirthschaftlich-industriellen Landeslehranstalten in Teischen = Liebwerd und in Tabor.

Ritter v. Beche:

Hoher Landtag!

Mit den, in der Sitzung des hohen Landtags am 13. April 1864 in dritter Lesung angenommenen Beschlüssen in Betreff der Regelung des landwirthschaftlichen Unterrichts in Böhmen wurde im Absätze C, 1, b) dem Landesausschuße der Auftrag und die Ermächtigung ertheilt, behufs Sicherstellung des Bestandes zweier höheren landwirthschaftlichen oder landwirthschaftlich-industriellen Lehranstalten, welche den sprachlichen Bedürfnissen beider Nationalitäten Rechnung zu tragen hätten, und deren organische Einrichtung unter Einem gründlich festgestellt ward, die geeigneten Verhandlungen zu pflegen und die zu diesem Ende zu gewährenden Subventionen bei der Budgetkommission zu beantragen. Auf Grund dieser hohen Ermächtigung erwirkte der Landesausschuß nach abgeführten Verhandlungen, welche mit dem Berichte vom 22. Dezember 1865, 3. 187 Vdg. dem h. Landtage ehrerbietigst zur genehmigenden Kenntniß gebracht worden waren, für die zu Landeslehranstalten erklärten höheren landwirthschaftlichen und landwirthschaftlich-industriellen Bildungsinstitute in Teischen-Liebwerd und Tabor eine Jahresdotations von je 10.000 fl., welche bei Erledigung des Landesbudgets auf das Jahr 1866 mit hohem Beschlusse vom 5. März 1866 auf die Dauer des direktionsmäßigen Bestandes der erwähnten beiden Lehranstalten als Landeslehranstalten hochgeneigt bewilligt ward. Der Landesausschuß hat hierauf die zur Sicherstellung aller maßgebenden Interessen mit den Begründern dieser beiden Anstalten geführten Verhandlungen zum Abschlusse gebracht und hiebei sein Augenmerk pflichtgemäß namentlich darauf gerichtet, daß die richtige Verwendung der vom hohen Landtage votirten namhaften Dotationsbeträge gesichert und

daß insbesondere dem Landesauschusse als Vollzugsorgane des hohen Landtages die entsprechende Einflußnahme hierauf, so wie auf die Haltung und Entwicklung der Anstalt gewahrt werde und bleibe.

Der Landesauschuß hatte dießfalls schon in seinem vorerwähnten Berichte vom 22. Dezember 1865 Z. 187 Btg., auf Grund dessen von der Budget-Kommission die Verwilligung der Dotationen beantragt worden ist, nicht nur bindliche Zusicherungen ehrerbietig abgegeben, sondern auch den Weg bezeichnet, der zur Wahrung der Rechte der Landesvertretung und des ihr gebührenden Einflusses bei Überwachung der beiden genannten Landeslehranstalten eingeschlagen werden sollte.

Ausgehend nämlich von jener Bestimmung der h. Landtagsbeschlüsse vom 13. April 1864, welche im Absätze A, 3 ausdrücklich statuiert: „Die Aufsicht der Landesvertretung über die vom Lande subventionirten Fachschulen wird unbeschadet des Obergewaltrechtes der Regierung vom Landesauschusse durch hiezu bestellte Fachorgane „geführt,“ hat der Landesauschuß mit Beachtung erprobter Einrichtungen anderer Staaten für jede der beiden Anstalten ein Kuratorium niedergesetzt, welches je aus dem, mit dem Referate der Landeskultur-Angelegenheiten betrauten Landesauschuß-Mitgliedern aus einem Repräsentanten des Begründers der Anstalt, und aus einem Vertreter der k. k. patriotisch-ökonomischen Gesellschaft, als des höchsten landwirtschaftlichen Fachorgans des Landes gebildet worden ist. In das Kuratorium für die Lehranstalt in Tetschen-Liebwerd ist überdies der Oberdirektor der Anstalt Herr Wirthschaftsath N. G. Komers mit Rücksicht auf seine eminenten Verdienste bei Gründung und Entwicklung derselben berufen worden. Durch diese Zusammensetzung erscheint das Kuratorium eben so befähigt als berechtigt, die Aufsicht über die Anstalt in vollem Umfange und mit voller Sicherheit zu üben, indem alle an der gewissenhaften Handhabung und an der Durchführung derselben theilhaftigen Faktoren hiebei ebenmäßige Berücksichtigung finden.

Es ist durch diese Verfügung endlich auch die thunlichste Vereinfachung der Geschäftsbehandlung ermöglicht worden, weil durch die Vereinigung der Repräsentanten aller bei der Verhandlung der einschlägigen administrativen und fachlichen Fragen kompetenten Interessentkreise und Korporationen weitwendige Verhandlungen zwischen diesen selbst in der Regel gänzlich entfallen.

In der That hat sich auch bereits, seit dem Bestande dieser Einrichtung, deren praktischer Werth wiederholt bewährt.

Durch die Vermittlung der Kuratorien sind die, den hohen Landtagsbeschlüssen vom 13. April 1864 angepaßten Organisationsbestimmungen der beiden Lehranstalten festgestellt worden und werden sammt dem für die Kuratorien selbst nach deren Antrage hinausgegebenen Bestimmungen über den Wir-

kungskreis derselben dem hohen Landtage in der Anlage ehrerbietig zur hochgeneigten Kenntniß gebracht.

Nach diesen statutarischen Bestimmungen sind beide Lehr-Anstalten als Landes-Anstalten bereits aktivirt und es steht von der Loyalität und Opferwilligkeit der Gründer der Anstalten, so wie von dem regen Pflichtgeföhle der Kuratorien mit vollem Grunde zu erwarten, daß bei einträchtigem, die Erreichung desselben gemeinsamen Zieles anstrebenden Zusammenwirken der von dem hohen Landtage durch Botirung so bedeutender Dotationen angestrebte Zweck zur Ehre und zum Nutzen des Landes thätigliche Verwirklichung finden wird.

Nur ein Anstand ergab sich bisher bei Handhabung des, den Kuratorien vorgezeichneten Wirkungsbereiches. Derselbe wurde von der Stadtgemeinde Tabor als Gründerin der dortigen landwirthschaftlichen Landeslehranstalt gegen das dem Kuratorium vorbehaltene Recht, die Lehrer an der Anstalt zu ernennen, erhoben (§. 3 des Wirkungsbereiches).

Die Stadtgemeinde will in dieser Bestimmung eine Verkümmerng ihrer Autonomie erblicken und berief sich in ihrer, dießfalls an den Landesauschuß eingebrachten Vorstellung de dato 4. Juni 1866, Zahl 1573 insbesondere auf den Absatz A, 1 der hohen Landtagsbeschlüsse vom 13. April 1864, welcher im Allgemeinen als Grundsatz ausspricht: „Die Errichtung und Erhaltung der landwirthschaftlichen Lehranstalten wird der Thätigkeit der Interessentkreise (Privaten, Gemeinden, Bezirken und Vereinen) einheimestellt.“ Hieraus folgerte die Stadtgemeinde, daß, da zur Gründung einer Anstalt auch die Bestellung der Lehrer gehöre, ihr als Gründerin der Anstalt in Tabor auch die Bestellung der Lehrer zustehen müsse.

Die Stadtgemeinde übersah bei dieser Argumentation den Umstand, daß sie selbst nicht auf Grund dieses Artikels A, 1 der h. Landtagsbeschlüsse, allein Gründerin der Anstalt geworden ist, in welchem Falle übrigens nach dem Wortlaute dieses Artikels auch die Erhaltung der Anstalt ihrer Thätigkeit überlassen, d. h. dieselbe ihr allein würde obliegen; sie übersah, daß die Lehranstalt in Tabor mit böhmischer Unterrichtsprache vielmehr auf Grund des Eingangs dieses Berichtes zitiirten Absatzes C, 1, b der h. Landtagsbeschlüsse über Initiative der h. Landesvertretung auf Grund spezieller Verhandlungen errichtet worden ist, welche die Erhaltung der Anstalt zum überwiegenden Theile, nämlich mit nahezu zwei Dritttheilen des jährlichen Aufwandes dem Landesfonde auferlegen.

Aus diesen Motiven erachtete der Landesauschuß pflichtgemäß und den Intentionen des hohen Landtags entsprechend vorzugehen, wenn er mit Beschuß de dato 13. Juni 1866, Z. 7897 die Vorstellung der Stadtgemeinde zurückwies und auf der angefochtenen Bestimmung des dem Kuratorium für Tabor vorgezeichneten Wirkungsbereiches umsonst be-

harrte, als der Landesvertretung am zweckmäßigsten hiedurch ein zu der Größe ihrer Beitragsleistung im richtigen Verhältnisse stehender Einfluß, gleichberechtigt mit jenem der Stadtgemeinde, die im Kuratorium ebenso wie der Landes-Ausschuß mit je einer Stimme vertreten ist, gewahrt bleibt; denn der Lehrkörper und der in demselben waltende Geist ist es, der eine gedeihliche Entwicklung der Anstalt hauptsächlich bestimmt und der Einfluß auf dessen, den h. Landtagsbeschlüssen wirklich entsprechende Zusammensetzung durch befähigte, erprobte Männer ist somit im ganzen Organismus der Anstalt entscheidend.

Die Stadtgemeinde Tabor hat sich in der That laut des vom Stadtrathe mit Eingabe ddo. 22. Juli 1866, Zahl 2116 dem Landes-Ausschuße zur Kenntniß gebrachten Beschlusses des Gemeindeauschusses vom 20. Juli 1866 der Entscheidung des Landesauschusses gefügt, wenn auch darin hervor gehoben wurde, daß eine rechtsbindende Auslegung der in Rede stehenden hohen Landtagsbeschlüsse, welche die Stadtgemeinde, wie bemerkt, im anderen Sinne aufgefaßt wissen wollte, nur vom hohen Landtage allein erfolgen könnte.

Der Landesauschuß erlaubt sich vorliegende Bericht mit der Bitte zu schließen: der hohe Landtag geruhe den vom Landesauschuße bei Mitwirkung der höheren landwirthschaftlichen und landwirthschaftlich-industriellen Landesanstalten in Teischen-Plehwert und Tabor beobachteten Vorgang, insbesondere auch rücksichtlich des den Kuratorien zustehenden Rechtes zur Ernennung der Lehrer hochgeneigtest genehmigend zur Kenntniß zu nehmen.

Zemský výbor dovoluje si skončiti správu tuto prosbou:

Slavný sněm račiž způsob, jak sobě výbor zemský při zřízení vyšších hospodářských a hospodářsko-průmyslových ústavů zemských Děčínsko-Libverdského a Tábořského, obzvláště také co se týče příslušícího kuratorii práva jmenovati učitele, počínal, láskavě u uvědomost vzíti a schváliti.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Wünscht Jemand das Wort?

Fürst Schwarzenberg: Ich bitte um das Wort.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Se. Durchlaucht Fürst Schwarzenberg!

Fürst Schwarzenberg: Wie in dem Bericht des Landesauschusses, den ich soeben gehört habe, bemerkt wird, so hat die Stadtgemeinde Tabor am 20. Juni 1866 sich der Entscheidung des Landesauschusses bezüglich der Ernennung der Lehrer gefügt, zugleich jedoch den Protest angemeldet, indem sie bekannt gibt, daß sie jedenfalls die Entscheidungsfrage dem h. Landtage anheimzustellen glaube. Das ist auch geschehen, wie der Einlauf vom 19. Dezb. der Petitionsantrag Nr. 100 beweist.

Ich erlaube mir nun, nachdem die Petitionscommission wohl kaum in der Lage gewesen sein

dürfte, dieses Gesuch noch einer Berathung zu unterziehen, und ich das Gesuch unterbreitet habe, dieses Gesuch der Stadtgemeinde Tabor in folgender Art zu befürworten. Der h. Landtag hat, wie die Grundzüge für die Regelung des landwirthschaftlichen Unterrichtes in Böhmen besagen, unter §. 1. a) oder puncto 1. a) dieser Grundzüge die Errichtung und die Erhaltung der landwirthschaftlichen Lehranstalten der Thätigkeit der Interessenten-Kreise den Privaten, Gemeinden, Bezirken oder Vereinen anheimgestellt, und laut a) 3 noch die Aufsicht über diese Schule der Landes-Vertretung vorbehalten. — Ich glaube, meine Herren, den Sinn dieser beiden Alineen nicht anders mir vorstellen zu können, als, daß der hohe Landtag die Errichtung und Erhaltung der Schulen der autonomen Wirksamkeit der Gemeinden anheimgestellt wissen wolle, sich dagegen wie natürlich, das Aufsichtrecht darüber vorbehält, ob diese Gemeinden, Privaten oder Interessenten-Kreise, wie es heißt, auch die Bedingungen erfüllen, welche im nachstehenden §. festgesetzt sind; §. 11 unter anderem besagt, welche Eigenschaften der Lehrer haben müsse. Das Aufsichtrecht nun allerdings vindicirt sich dem Landesauschuß, respektive dem von ihm gestellten Fachorgan, dem Kuratorium das Recht, sich zu überzeugen, ob die angestellten Lehrer die Bedingungen erfüllen, welche in dem §. 11 in den Grundzügen gestellt sind. Daß aber der Landesauschuß gleich und vom h. Landtage nun die Rechtfertigung dieses Schrittes anspricht, die Lehrer selbst durch das Fachorgan, welches er bestellt, ernennen zu lassen, entspricht, glaube ich nicht den Bestimmungen dieser Grundzüge, welche vom hohen Landtag adoptirt worden sind. (Centrum: Výborně!) Ich erlaube mir daher, in dieser Beziehung das Gesuch, welches von der Stadtgemeinde Tabor in dieser Beziehung gestellt wurde, zu befürworten und folgenden Antrag zu stellen: Der h. Landtag wolle unter Behebung der II. Alinea des §. 15 des Statutes der landwirthschaftlichen Schule in Tabor den Grundsatz anerkennen, daß die Ernennung der Lehrer an dieser Schule der Gemeinde-Vertretung von Tabor zukomme.

Slavný sněm račiž zrušiti 15. §. základních pravidel, jimiž se vede zpráva hospodářská a hospodářsko-průmyslové školy v Táboře a uzavřiti, že volba učitelů na hospodářské škole v Táboře přináležejí zastupitelstvu obecnímu.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Wünscht Jemand noch das Wort?

Posl. prof. Staněk: Prosim, jak zní ten návrh?

Nám. marsálekův: Já ho ještě jednou přečtu.

Seine Durchlaucht Fürst Schwarzenberg beantragt: Der h. Landtag wolle unter Behebung des 2. Alinea des §. 15 des Statutes der landwirthschaftlichen Schule in Tabor den Grundsatz anerkennen, daß die Ernennung der Lehrer an dieser

Schule der Gemeinde-Repräsentanz von Tabor zu-  
fomme.

Slavný sněme račič při usnešení článku 15. základních pravidel atd. usneší se, že ustanovování učitelů na hospodářské škole v Táboře přináležejí obecnímu zastupitelstvu.

Poslanec Havelka: Prosím za slovo.

Náměstek maršalkův: p. rada Havelka.

Poslanec Havelka: Já jsem taktéž chtěl autonomie obecní a zajisté každé vlastenecké srdce nad tím cítilo radost, když obec, jako je Tábořská, pochopila úlohu svou a povinnost a jala si zřizovati školu tak důležitou.

Nyní ale co se přednáší proti statutů kuratoria, dle něhož nemá ustanovování učitelů úplně a pouze býti zůstaveno obci Tábořské, zdá se mi, že se jde tuze daleko. Autonomie proti autonomii.

Pánové! zemská obec platí 10.000 ročně na takovou školu a připojuje k tomu jisté výminky. Za 10 let je to 100.000, což jsou také výlohy a veliké výlohy na onu školu. Nejedná se tu o 10.000 jednou za vždy, nejedná se tu také o 10.000 na dvě leta, ale jedná se tu o 10 tisíc ročně na pořád. Když ale naskytne se otázka, má-li se vzít obci Tábořské u věci této docela autonomie, nebo odejmout se jí docela autonomický vliv na školu a ustanovení učitelů? Já k tomu mohu odpověditi slovy kuratoria: „Nikoliv!“ Obec Tábořská obdrží v kuratoriu, zastoupení takové, jako obec zemská a kuratorium podlé stanov jest sestaveno ze 3 členů. Jeden člen toho kuratoria jest z obce zemské, totiž stálý referent zemského výboru a jeden člen jest vyslán od obce Tábořské.

Tedy ona jest v tom náležitě zastoupena a nemůže se ani říci, že by obec ta byla majoritovaná ve svém autonomickém vlivu v tomto kuratoriu.

Ona má jen jednoho zástupce a celá obec zemská má také jen jediného zástupce. Nyní nastane otázka, kdo je třetím členem? Třetí člen pánové, toho kuratoria jest věda, třetí zástupce jest zástupcem vědy, on je zvláště vyslaný od hospodářské společnosti a společnost ta není nikterak svými zájmy majetku interessována, nýbrž jediné vedena ohledy vědeckého vzdělání, ohledy školního prospěchu. Podlé mého náhledu jest takové kuratorium na velmi moudrých základech ustanoveno, a zdá se mi, že velmi dobře odpovídá všem těm zásadám, které slav. sněm již dříve v hlavních rysech v takových hospodářských školách byl přijal.

Ostatně shoduje se zřízení toho kuratoria při škole Tábořské s oním zřízením, jež zavedeno jest při podobné zemské vyšší škole hospodářské Liebverdské.

Jest to škole prospěšné, jest to autonomickým zájmům země tak jako obci Tábořské přiměřené a já skutečně lituji, že Jeho Jas. tak velikou

váhu na to klade, aby se obci Tábořské ustanovení učitelstva zůstavilo výhradně v její moci. Dejme tomu, že by obec Tábořská, která nyní velmi slavnými muži zastoupena, aspoň velmi výborného poslance do kuratoria zvolila, nebyla vždy při takových náhledech školám prospěšných a že by se jí po několika ktrátkých letech nedostalo zásadám od slavného sněmu v základních rysech přijatým, co by bylo za následek? Že by se jí muselo těch 10.000 odejmouti, a pánové, další kensequence takové nehody pro školu, nechci dále dovozovati. Přimlouvám se tedy, aby přijat byl statut tak, jak byl navržen (nepokoj. Nám, marš. zvoní.)

Náměstek maršal. dr. Bělský: Pan profesor Tonner.

Prof. Tonner: Já, ačkoliv jsem rozhodný přítel autonomie, musím odporovati tomu, co od pana rady Hevelky bylo praveno. Tábor v nynějším čase pro zvelebení školství činí tolik, že v tom ohledu zasluhuje uznání celé země. To jest pravda. Za to ale dostalo se jí dostatečného vyznamenání, že přišla ta škola do Tábora a že pak autonomii také dostatečně se vyhovuje, vysvítá z toho, že jak zastupitelové země, též obec má jeden hlas. —

Mně se zdá, že kdyby návrh Jeho Jas. knížete Karla Schwarzenberka prošel, stala by se z té školy pouze škola obecní (předseda zvoní. hluk) a pak by Praha také mohla, když by řízena byla nějaká škola, která subvenciována byla ze zemských prostředků, jako vyšší škola hospodářská v Táboře, zastupitelstvem obecním říci, nemíchejte se do toho a ponechte nám ustanovení učitelů jak sami chceme.

Já tedy proto rozhodně podporuji návrh Jeho Jas. knížete Schwarzenberka.

Náměstek marš. dr. Bělský: Pan poslanec Kratochvíle.

Kratochvíle: Jest mi velice líto, že musím slavné shromáždění prositi ještě o trpělivost, abych směl ve věci této pronésti několik slov, jimiž se přidávám k návrhu Jeho Jas. knížete Karla Schwarzenberka, kterýžto návrh zajisté z důležitých příčin učiněn jest.

Pánové! jsem z té krajiny, kde tato škola jest, žiji v této krajině téměř od narození svého; zajisté tedy uznáte, pánové, a nebude mi toho upírati nikdo, že krajinu tu a její potřeby poněkud znám. — Pánové! Zemský sněm má první povinnost aby hájil potřeby země, to zahrnuje v sobě povinnost, aby hájil potřeby každé části, aby hájil tedy i potřeby každého kraje.

Kraj Tábořský má školy hospodářské nevyhnutelně zapotřebi co nejhlavnější podmínky života hospodářského a existence jeho. V Tábořsku není průmyslu, tam jest jediné hospodářství rolnické.

Kdyby to mělo zůstatí při návrhu, jak nám ho pan referent zemského výboru předkládá, my-

slím, že by se tábořské hospodářské škole valně nedařilo. Pánové mezi slovem autonomie a skutkem autonomie jest velký a podstatný rozdíl. Při skutku autonomie přijde hlavně na to, kdo jest prvním faktorem jejím a táži se v tomto nám předloženém pádu, kdo jest a tedy zůstati má tím faktorem prvním, je-li to zem celá, aneb je-li to tábořská obec?

Pánové, myslím, že jest to tábořská obec; ona založila a zřídila tu školu, a zem jí jen podporuje.

V kuratoriu, jak složeno jest, není té autonomie v té míře, která obci města Tábořa náleží, neboť v něm nejsou rozhodující hlasy tak rozděleny, jak se nám od pana Havelky povědělo; ba jest vždycky možné, že ten důležitý faktor, který jest zakládající obec, může zůstati v menšině, kdyby ostatní faktorové někdy třeba nepoznaly dobře zájmy obce. — Pánové! proč by ta obec na to tak nálehala, aby měla právo voliti učitelstvo, kdydy to neuznávala za podmínku, snad i jsoucnosti ústavu celého? Vždyť pak má kuratorium dosti velkých prostředků, aby vždycky mohlo obci Tábořské přijíti buď vstříc aneb se jí postaviti na odpor, podlé toho, jak by obec tato chtěla podlé autonomie své něco provésti, co by se týkalo celého ústavu do budoucnosti, a tím bude vždy tomu vyhověno, co se prospěchu země dotýká; kuratorium má totiž právo dohlídky, právo to zajisté velké: kde se jedná o potřeby ostatní, tu pánové je povinnost, abychom to zůstavili Tábořské obci, která školu založila.

Neukazujete pánové na ústav v Libverdě; jest tu podstatný rozdíl: ústav v Libverdě se vzdal veškerého toho účastenství, které máti chce obec Tábořská, a jest-li že si ho nepřejí, zajisté že jest poměr v jeho kuratoriu z cela jiný.

Pánové, projevují své plné přesvědčení myslím a řeknu-li, že by se dobré věci uškodilo, kdyby se přijal návrh, jak jej podal pan referent výboru zemského a hlasují proto pro návrh Jeho Jas. knížete Schwarzenberka.

Ruše: Schluß!

D. L. M.: Stellvertreter: Ich werde über Schluß der Debatte abstimmen lassen. Diejenigen Herren, welche für Schluß der Debatte sind, bitte ich die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Ist angenommen. (Ruše: Generalredner!) Es sind noch vorgemerkt 4 Herren Redner: Se. Exc. Graf Leo Thun, pan Staněk, pan dr. Rieger und Se. Durchl. Fürst Schwarzenberg. Ich bitte diese Herren, daß sie zusammentreten, um sich zu besprechen, ob sie für oder gegen den Antrag sind, um darnach Generalredner aus sich zu wählen, so daß von diesen 4 Herren nur 2 sprechen. (Pause, Präf. läutet.)

Die vorgemerkten 4 Redner haben sich geeinigt. Die Redner gegen den Antrag des Landesauschusses haben sich geeinigt, daß Se. Durchl. Fürst Schwarzenberg das Wort nimmt und die Redner für den Landesauschussantrag: Dr. Rieger

und Se. Exc. Graf Leo Thun haben sich geeinigt, daß Se. Exc. Graf Leo Thun das Wort ergreift.

Se. Durchl. Fürst Schwarzenberg als gegen den Antrag hat das Wort.

Fürst Karl Schwarzenberg: Es wurde von einigen der frühern Redner hingewiesen, daß es im Interesse der Schulen gelegen sei, daß dem Curatorium das Befetzungsrecht der Lehrer gewahrt werde.

Auf diesen Punkt einzugehen, bin ich nicht in der Lage, das weiß ich nicht, ob es im Interesse der Schule gelegen ist, daß das Curatorium oder die Gemeinde Tabor darüber entscheide. Um diese Frage handelt es sich auch nicht. Es handelt sich nur um die Entscheidung der Frage, hat die Gemeinde Tabor den Bedingungen entsprochen, die vom Landtage in der Session von 1864 aufgestellt worden sind? Hat die Gemeinde Tabor dem entsprochen, was der Landtag in der vorigen Session auf den Bericht des Landesauschusses vom 22. Dezember 1865 beschloffen hat? Dieser Bericht wurde vom Landtage gut geheißen. Dort heißt es: „Demgemäß ist der Stadtgemeinde Tabor mit Beschluß des Landesauschusses vom 20. September 1865 behufs Erhaltung der zu errichtenden höhern landwirthschaftlichen Lehranstalten mit böhmischer Unterrichtssprache eine jährliche Subvention aus Landesmitteln unter der Bedingung in Aussicht gestellt worden, daß die Stadtgemeinde die vollständige Erfüllung der von dem h. Landtage festgestellten Organisations-Grundsätze nachweise, die richtige Erhaltung der Schule in direktivmäßigem Zustande auch für die Zukunft in geeigneter Weise und zwar mittelst eines ob dem Besizstande der Gemeinde landtäglich zu verbuchenden Reverses sicherstelle und den I. Jahrgang auch wirklich längstens bis zum Oktober 1866 zu eröffnen.“

Diesen Bedingungen wurde von der Gemeinde Tabor entsprochen; folglich hat man nicht das Recht zu sagen: Ja sie nimmt 10.000 fl., folglich muß sie dem Landesauschuss das Recht gewähren, die Lehrer zu ernennen. N. H., sie bekommt die 10.000 fl., weil sie den Bedingungen entsprochen hat, welche in den Organisations-Grundsätzen enthalten sind, welche der Landtag gutgeheißen hat. (Bravo! im Centrum.)

In diesen Grundgesetzen heißt es im §. 11: „Zur Ertheilung des Unterrichtes in den in §. 9 bezeichneten Gegenständen der Fachbildung müssen an jeder solchen Lehranstalt für die Hauptfächer wenigstens 4 ordentliche Lehrer bestellt sein, von denen einer zugleich Direktor der Anstalt ist; ein zweiter zugleich Bewirthschafter des Gutes ist. Für die übrigen Lehrgegenstände ist durch Bestellung von Adjunkten und Hilfslehrern zu sorgen. Zum Lehrämte in allen Hauptfächern ist dieselbe Vorbildung erforderlich, wie für das Lehramt an Obergymnasien und Oberrealschulen.“ Der h. Landtag bestimmt also, welche Eigenschaften diese Lehrer haben müssen; haben die Lehrer diese Eigenschaften, so hat die

Gemeinde Tabor das Recht, eine Subvention zu verlangen, weil die Gemeinde Tabor die Bedingungen erfüllt hat. Zu sagen aber: Nein, nicht die Gemeinde hat das Recht, die Lehrer zu ernennen, sondern ich, Landesauschuß, ernenne durch das von mir bestellte Fachorgan diese Lehrer, das, meine Herren, finden wir in den Grundzügen nirgend ausgesprochen. Die Grundzüge sagen ausdrücklich: „Erhaltung und Errichtung.“ Erhaltung und Errichtung ist ja doch die Leitung, die Direktion der Anstalt, während §. 3 sagt, das Aufsichtsrecht. Im Aufsichtsrechte m. H. ist doch nicht das Ernennungsrecht der Lehrer, sondern im Direktionsrechte ist das Recht der Lehrervernennung enthalten. Wenn nun die Gemeinde Tabor Lehrer ernennt, die den Bedingungen des §. 11 nicht entsprechen, dann tritt das Aufsichtsrecht des Landesauschusses resp. des Curatoriums ein und das Curatorium hat die Pflicht zu sagen: Gemeinde Tabor! du hast Lehrer ernannt, die den Bedingungen nicht entsprechen; wir zahlen dir die Subvention nicht oder du mußt diese Lehrer wieder entheben. Das m. H. ist, glaube ich, in den Rechten der Gemeinde Tabor gelegen, welche sie sich erhalten hat, indem sie dagegen vom Landtage eine Subvention von 10.000 fl. erhalten hat. M. H., wir stehen einer Frage der Autonomie entgegen. Entweder wollen wir die Autonomie ganz oder wir wollen sie gar nicht; entweder ist die Gemeinde Tabor verpflichtet, der Schule gegenüber, die Bedingungen zu erfüllen oder nicht. Dann kann aber auch nicht die Gemeinde die Schule errichten, sondern es muß der Landtag selbst sie errichten. Ich glaube, m. H., bei meinem frühern Antrage beharren zu sollen und empfehle ihn ihrer Annahme.

Oberstlandmarschall: Se. Exc. Graf Leo Thun!

D. A. M. Stellvertreter: Se. Excellenz!

Graf Leo Thun: Ich ehre die Autonomie so hoch wie mein Hr. Vorredner, dem ungeachtet muß ich gestehen, daß ich in dieser Angelegenheit mit seinem Antrage nicht einverstanden bin.

Das Wichtigste, von dem das Leben einer Schule abhängt, ist die Persönlichkeit der Lehrer u. z. kommt es hierbei nicht bloß an auf Bedingungen, welche sich in Normalen und Gesetzen feststellen lassen, sondern auf die spezielle Würdigung der Persönlichkeiten in jedem einzelnen Falle. Das wird von Niemand in Abrede gestellt werden, auch nicht von meinem Hrn. Vorredner.

Die Frage ist nur die, wie sich in Beziehung auf die Bestellung der Lehrer im vorliegenden Falle zu benehmen sei. Der Hr. Vorredner geht von dem Gedanken aus, in den Weisungen, welche in früheren Jahren der Landtag beschlossen hat, bei dem Landesauschusse lediglich das Aufsichtsrecht eingeräumt worden sei und er sagt: Wenn die Gemeinde Lehrer nimmt, welche den Bedingungen, welchen sie entsprechen sollen, nicht entsprechen, so steht es dem Landesauschusse zu, zu erklären, es werde die Sub-

vention nicht gezahlt, wenn nicht die Lehrer wieder entfernt werden.

Meine Herren! Ich gebe zu, daß ein solcher Weg ein möglicher ist, aber der Sache wird er nicht dienen.

Es wird mir von Mitgliedern dieses h. Hauses, welche die thatsächlichen Verhältnisse der Laborer Schule kennen, versichert, es habe bereits die Stadtgemeinde einen Direktor bestellt, welcher nicht einmal die Eignung eines Lehrers besitzt. Es fragt sich: Was soll nun in einem solchen Falle geschehen? Das Mittel, welches der Herr Vorredner angegeben hat, ist allerdings ein wirksames, aber es stellt die Existenz der Schule in Frage. Wenn man den Weg einschlägt, den der Hr. Vorredner eingeschlagen haben will, so bleibt in der That dem Landesauschusse nichts anderes übrig, als in dem Augenblicke, in dem Lehrer eingesetzt werden, welche nicht entsprechen, sofort die Subvention einzustellen; denn bloß zu sagen: Wir werden die Subvention einstellen, wenn nicht die berufenen, ungenügenden Lehrer entfernt und andere angestellt werden, halte ich für überaus gefährlich. Entfernt kann ein Lehrer werden, ob aber ein besserer an seine Stelle gesetzt wird, ist eine Frage der Zukunft, und im Wege der Verhandlung darüber kann 1 Jahr und mehrere vergehen und während dieser Zeit der Geist, die Existenz, die Haltung der Schule gründlich ruiniert werden, was zu gestatten meines Erachtens unverantwortlich wäre. (Bravo! Vyhorně!)

Die Autonomie ist eine kostbare Sache, aber sie enthält nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Volle Autonomie kann nur da bestehen, wo man auch alle die Mittel, welche erforderlich sind, selbst besitzt. Wenn eine Gemeinde die Schule vollkommen aus eigenen Mitteln erhält, kann ich mir eine solche auf das Wort „Aufsicht,“ auf's engste beschränkte Überwachung des Landesauschusses denken. Wenn die Gemeinde weiß, daß die Existenz der Schule abhängig ist davon, daß sie im guten Stande erhalten werde, so liegen in diesem Bewußtsein auch die Gründe, welche alle diejenigen, die auf die Bestellung der Lehrer und auf alle Maßregeln Einfluß haben nöthigen, mit größter Vorsicht vorzugehen. Wenn die Verhältnisse aber nicht so sind, wenn die Körperschaft weiß, was immer sie thun mag, die Subvention des Landes wird die Schule doch erhalten; dann liegen in diesem Verhältnisse, große Gefahren, und ich muß gestehen, daß ich meine Stimme niemals dafür geben könnte, daß der Landesauschuß eine Schule mit 10.000 fl. subventionire, welche von der Gemeinde nur einen geringen Betrag jährlich bezieht, wenn die Bestellung der Lehrer lediglich so geregelt werden sollte, wie vom Antragsteller vorgeschlagen wird.

Ich gebe zu, in den Bestimmungen, welche der Landtag in der früheren Session getroffen hat, liegt ein absoluter Rechtfertigungsgrund nicht für die Einrichtung, welche der Landesauschuß laut seines Berichtes getroffen hat. Aber ebenso wenig liegt die

absolute Nothwendigkeit vor, der Schule eine so große Subvention zuzuführen. Wenn man eine Schule in dem Maße subventioniren will, so scheint mir der richtige Weg, der daß nicht nur auf Grundlage jenes Beschlusses des Landtages, sondern im Wege der Verhandlung Bedingungen festgestellt werden, welche einen erproblichen Erfolg so weit sichern, als er überhaupt gesichert werden kann.

Mir scheint, darin, daß der landwirthschaftlichen Schule vom Lande eine weit größere Subvention gewährt wird, als der jährliche Betrag ist, welchen die Gemeinde selbst bestreitet, liegt ein vollkommen genügender Grund vor, um mit der Gemeinde in Verhandlung zu treten und im Wege des Uebereinkommens eine zweckmäßige Einrichtung zu treffen, und mir scheint, daß die Einrichtung des Kuratorium unter diesen Umständen die zweckmäßigste ist.

Es ist eine Einrichtung, welche nach keiner Seite hin einen nöthigenden Einfluß übt. In einem solchen Kuratorium wird über die Frage der Bestellung der Lehrer immer im Wege der Verständigung entschieden werden. Mit der bloßen Majorisirung wird es in einem solchen Kuratorium nicht abgehen; durch das Zusammenwirken eines Vertreters des Landesausschusses, eines Vertreters der Gemeinde und einer Dritten von ihnen unabhängigen Person werden vor der Anstellung eines Lehrers, alle Umstände reiflich erwogen, und am besten sicher gestellt werden. Man muß freilich zugeben, daß auch das Kuratorium Mißgriffe machen kann; das liegt in der menschlichen Natur. Allein mir scheint unter den bestehenden Verhältnissen ist diese Einrichtung diejenige, welche die meiste Garantie dafür bietet, daß die Lehrer wirklich auf zweckmäßige Weise gewählt werden. Nachdem die Frage hier so liegt, daß der Landtag billigen soll, daß die Taborer landwirthschaftliche Anstalt die Subvention in dem hohen Betrage, wie sie bereits gegenwärtig ausbezahlt wird, zugewendet wird, so spreche ich meine Überzeugung dahin aus, daß ich dazu nur stimmen kann, wenn eben nicht die Ernennung der Lehrer ausschließlich der Gemeinde überlassen wird, sondern durch eine solche Mittelinstanz im Wege der Verständigung zwischen den beteiligten Personen ein Uebereinkommen stattfindet. (Bravo! výborně! Beifall auf allen Seite.)

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Es haben sich 2 Herren noch gemeldet, faktische Bemerkungen machen zu dürfen. Nach der Uebung des h. Hauses sind diese faktischen Bemerkungen immer zulässig gewesen. Nämlich H. Abg. Kratochvíle und Se. Durchlaucht der Fürst Schwarzenberg.

Poslanec Kratochvíle: Jeho excel. pan hrabě Lev Thun pronesl slova, že obec Tábořská učinila počátek autonomie své tím, že chtěla ustanoviti za ředitele hospodářské školy člověka, který se nemohl vykázati způsobylostí svou a slavně shromáždění bylo tím velice polekáno. Musím říci jak věc ta se měla. Obec Tábořská zvolila tehdaž za ředitele muže takového, který u císař. král.

hospodářsko-vlastenecké společnosti zde byl co výtečník, v oboru hospodářství akreditován.

Neměl sice formálních zkoušek a poněvadž se proti tomu činily námítky tedy se vyslovila obec Tábořská, že ustanoven má býti jen za provisorního učitele na jeden rok a neučiní-li za rok zkoušky formální, že se bude muset vzdáti místa svého.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Se. Durchlaucht der Fürst Schwarzenberg hat das Wort zur faktischen Bemerkung.

Schwarzenberg: Ich muß dem vom Grafen Thun Bemerkten eine faktische Berichtigung entgegenstellen. Se. Exc. der Graf Thun hat bemerkt, daß die 10.000 fl., welche der Landtag der Gemeinde Tabor bewilligt hat, die größere Hälfte der Kosten der Schule betragen, dem muß ich doch auf positive Daten hin entgegen treten. Es (links; ja wohl!) verhält sich gerade entgegengesetzt. Die Schule hat nach den verschiedenen Posten, welche mir vorliegen der Stadt Tabor gekostet: Einmal 51.562 fl. 48 kr. für den Ankauf eines bedeutenden Grundstückes und Waierhofes u. s. w. 2. Für die Einrichtung der Schule 28.000 fl. macht zusammen gegen 90.000 fl. Ferner hat die Gemeinde Tabor zur Schule ein Areal von 712 Morgen, welches der Stadtgemeinde gehört, gewidmet. Den Werth dieses Areals von 712 Morgen, in der Nähe der Stadt Tabor zu berechnen, überlasse ich den geehrten Herren. Das macht zusammen eine Summe, die den Betrag von 100.000 fl. weit überschreitet. Nebstdem beträgt nach dem Bericht des Landesausschusses, der vorliegt vom vorigen Jahre, die jährliche Erhaltung 18.145 fl. Ich bitte, die Interessen des Anlagecapitals von 8000 und so viel fl. dazu zu summiren, so wird es sich zeigen, auf welcher Seite der größere Aufwand ist, ob auf Seite der Stadt Tabor oder auf Seite des Landtages. (links Rufe: Nutzen!)

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Da nun die Debatte geschlossen ist, werde ich den Antrag, welche Se. Durchlaucht der Fürst Schwarzenberg stellt, zur Unterstützungsfrage bringen.

Graf Leo Thun: Ich bitte auch um das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Ich bin weit davon entfernt, die größeren Opfer in Abrede zu stellen, und verkennen zu wollen, welche die Stadt Tabor für die Entstehung dieser Schule gebracht hat. Ich habe nur gesprochen von den laufenden Kosten, von den jährlichen Kosten. (Bravo! bravo!)

Fürst Schwarzenberg: Aber Excellenz, eben dazu gehören die Interessen von 8000 fl. Das sind laufende. (Rufe: Schluss! Schluss!)

Oberstlandmarschall-Stellvertreter: Se. Durchlaucht Fürst Schwarzenberg stellt folgenden Antrag: Der hohe Landtag wolle unter Behebung der 2. Ulinea des §. 15 des Statutes der landwirthschaftlichen Schule in Tabor den Grundsatz anerkennen, daß die Ernennung der Lehrer an

dieser Schule der Gemeinderepräsentanz von Tabor zusteht.

Slavný sněm račí k zrušení čl. 15. základních pravidel hospodářské školy v Táboře uzavřítí, že ustanovování učitelův na této škole přináleží obecnímu zastupitelstvu.

Ich bitte diejenigen Herren, welche diesen Antrag unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Ich bitte aufzustehen (geschicht), er ist unterstützt: Ehe ich dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort gebe, erlaube ich mir noch das Resultat der Wahl des Oberdirektorstellvertreter der Hypothekbank zu verkündigen. Es sind abgegeben worden nach dem mir vorliegenden Protokolle 172 Stimmzettel. Die absolute Majorität ist 87; es erhielt Wenzel Ritter von Eisenstein 97, Herr Dr. Johann Ritter von Limbek 74 und Dr. Klaudy eine Stimme. Es erscheint somit Herr Wenzel Ritter von Eisenstein zum Oberdirektorstellvertreter der Hypothekbank gewählt. Der Hr. Berichterst. hat das Schlusswort.

Berichterstatter Dr. Ritter von Pech: Um allfälligen Beirungen vorzubeugen, erlaube ich mir vor allem zu betonen, daß es dem Landesauschuß nie eingefallen ist, selbst einen direkten Einfluß auf die Lehrerbestellung einer der höheren landwirthschaftlichen Landesanstalten zu üben, sondern daß der Landesauschuß in Handhabung des ihm übertragenen Aufsichtsrechtes der Landesvertretungscuratorien für jede der bestehenden landwirthschaftlichen Landesanstalten eingesezt, und dieses Ernennungsrecht den Curaturien vindiciren zu müssen geglaubt hat. Wie die Curatorien zusammengestellt sind, ist im Bericht enthalten und ich erlaube mir zu recapituliren, daß speziell für Tabor das Curatorium aus dem Vertreter des Landesauschusses dem jeweiligen Referenten für Landeskulturangelegenheiten aus dem Vertreter der k. k. patriotischen ökonomischen Gesellschaft und aus dem Vertreter der Stadtgemeinde baselbst zusammengesezt ist. Es ist nach meiner unvorgreiflichen Ansicht dieß ein glücklicher Wurf zu nennen, den der Landesauschuß gethan hat, indem er das Aufsichtsrecht unmittelbar durch ein so zusammengestelltes Fachorgan pflegen läßt. Was aber den Antrag Sr. Durchlaucht des Fürsten Schwarzenberg betrifft, erlaube ich mir zu bemerken, daß ich schon aus formellen Ursachen für denselben nicht stimmen zu dürfen glaube, auch wenn es mir persönlich vorbehalten wäre, überhaupt für diesen Antrag zu stimmen. Er lautet: der h. Landtag wolle unter Behebung der 2. Alinea des §. 15 des Statutes der landwirthschaftlichen Schule für Tabor den Grundsatz anerkennen.

Es ist das Organisationsstatut für Tabor, auf welches sich seine Durchlaucht bezieht. Dieses Organisationsstatut für Tabor liegt dem h. Landtage weder zur Genehmigung, noch überhaupt zur Schlussfassung vor, und ist ein Werk der eigenen Geschäftsbabingung des Curatoriums, mit Gutheißung des Landesauschusses.

Es wurde davon Erwähnung gemacht, im

Berichte des Landesauschusses, lediglich den hohen Landtag zu informiren; und es wurde der Vorgang des Landesauschusses in Betreff der Lehrerbestellung dem hohen Landtage zur Genehmigung vorgelegt, welcher allenfalls auch die Nichtgenehmigung aussprechen kann.

Im 2. Falle würde der Landesauschuß sich jedenfalls nach Ausspruch des Landtages richten, und dann von seiner dargelegten Ansicht abgehen.

Auf die Sache ein wenig näher eingehend, muß ich mir erlauben zu erwähnen, daß, wie bereits im Berichte dargelegt wurde, die Stadtgemeinde Tabor nicht lediglich auf Grundlage des h. Landtagsbeschlusses vom 13. April 1864 a, 1, sondern in Folge spezieller Verhandlungen mit dem Landesauschuße die Gründerin der Anstalt geworden ist. Diese spezielle Verhandlung hat im Gefolge gehabt, daß der Landesauschuß der Stadtgemeinde Tabor nebst den, jedenfalls zu beobachtenden, vom h. Landtage sanctionirten Grundzügen auch andere Bedingungen gestellt hat, welche der Landesauschuß für unabweislich nothwendig zur Sicherung des Bestandes der Anstalt hielt; beispielsweise will ich nur das hervorheben. Nirgends kommt vor, in den Grundzügen die Bedingung, daß die Stadtgemeinde Tabor sich den vom Curatorium entworfenen und vom Landesauschuße genehmigten Organisationsstatute zu fügen hat.

Das war eine Bedingung, welche der Stadtgemeinde Tabor vom Landesauschuße nothwendig gestellt werden mußte. Der Landesauschuß erhielt vom h. Landtage den Auftrag zur Sicherung des Bestandes der höhern landwirthschaftlichen Anstalt. Nun glaubte der Landesauschuß, daß die Sicherung des Bestandes nicht damit erzielt werde, auszusprechen, Tabor wird für den Ort, den Siz der höhern Lehranstalt erklärt; hier sind Geldmittel, allenfalls wollen wir das Vinculum des Wirthschaftsobjectes als höhere Lehranstalt intabuliren lassen, sie ist nun gesichert. Der Landesauschuß dachte zur Sicherung des Bestandes der höhern Lehranstalt für nothwendig, die Garantie zu erzielen, nach welcher die Lehranstalt ihrem Zwecke wirklich entspricht und unter diese Garantie für die Erreichung des Zweckes gehören doch - jedenfalls zuvorderst und zuerst gute Lehrkräfte, die Bestellung und Sicherung der dem Zwecke entsprechenden Lehrer.

Ein indirekter Einfluß auf diese Bestellung müßte vom Landesauschuße durch das Curatorium geübt werden, denn wie hätte sonst der Landesauschuß sich seiner Pflicht, des Aufsichtsrechtes entledigen können, hätte erst abgewartet werden müssen, bis es sich, wie auch hier erwähnt wurde, im Laufe der Zeit ergeben haben würde, daß unzulängliche und ungeeignete Lehrkräfte vorhanden sind, und erst die Post, die Abstellung dieser Schäden allenfalls mittelst Androhung der Einstellung der Subvention oder der gänzlichen Entziehung angestrebt werden, das glaube ich, gehört nicht zur Sicherung

der Anstalten; denn da wäre der Boden und die ganze Basis der Anstalten bereits entrückt und sowohl die Landesvertretung als alle Faktoren, welche Hoffnungen an diese Anstalten knüpfen, wären darum gebracht. (Rufe: Schluss!)

Es ist schließlich in das Auge zu fassen, daß die Anstalt die Firma Landesanstalt trägt, und mir ist wirklich kein Landesamt, keine Landesanstalt bekannt, wo die Landesvertretung oder der Landesausschuß bezüglich der Bestellung der Kräfte, welche an dieser Anstalt oder dem Amte wirken sollen, keinen Einfluß üben sollte.

Ich glaube, die Natur der Anstalt als Landesanstalt bringt dieß nothwendig mit sich; denn sonst möchte ja die Anstalt, ich bitte mir den Ausdruck zu Gute zu halten, anstatt Landesanstalt besser vielleicht heißen: landesbefugte Lehranstalt. Nach dieser Motivirung muß ich mir die Bitte erlauben, der h. Landtag geruhe den im Berichte dargelegten Vorgang des Landesausschusses bei Aktivirung der beiden höheren landwirthschaftlichen und landwirthschaftlich-industriellen Lehranstalten zu Tetschen Lieberw. und Lador genehmigen zu wollen.

Oberstlandmarschall-Stellvertreter:  
Ich werde zur Abstimmung schreiten.

Es kommt zuerst zur Abstimmung der Antrag Sr. Durchl. Fürst Schwarzenberg, weil er dem Antrage des Landesausschusses präjudicirt.

Ich glaube, ihn nicht noch einmal vorlesen zu müssen. (Rufe: nein!)

Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage Sr. Durchl. zustimmen, aufzustehen. (Geschlecht.) Es ist die Minorität.

Wir werden nun abstimmen über den Antrag des Landesausschusses. Wünschen die Herren, daß ich ihn noch einmal vorlese. (Rufe: nein!)

Ich bitte diejenigen Herren, die dem Antrage zustimmen, die Hand aufzuheben. (Geschlecht.) Er ist angenommen.)

(Oberstlandmarschall übernimmt den Vorsitz.)

Oberstlandmarschall: Meine Herren: Wir haben noch auf der Tagesordnung den Bericht des Landesausschusses wegen des Rekurses der Bezirksvertretungen, der einfach zur Kenntniß zu nehmen ist, weil der Ausweis über diesen Recurs schon seit zwei Tagen im Lesezimmer zur Einsicht aufgelegt ist. Ferner ist auf der Tagesordnung die Trennung von Gemeinden, und endlich ist noch auf der Tagesordnung der Bericht des Landesausschusses über mehrere Anträge der Schulcommission, der aber auch keinen anderen Schluß hat, und nichts anderes enthält, als daß der Landesausschuß nachweist, daß er dasjenige gethan hat, zu was er den Auftrag bekommen hat. Da in dieser Richtung noch keine Antworten von der Regierung eingelangt sind, so wird dieser Sachverhalt einfach zur Kenntniß zu nehmen sein. (Rufe: einige Umlagen!)

Ja, es sind noch 3 Umlagen. Ich werde also, wenn die Herren wünschen, keine Abend Sitzung zu

haben, und wenn wir den Bericht des Landesausschusses, der ohnehin anliegt, von der Tagesordnung streichen, dann die Rekurse der Bezirksvertretungen, von denen ohnehin vielleicht nur eine oder 2 genommen werden könnten, die große Masse aber zurückgewiesen werden muß in den Landesausschuß, so können wir in einer oder  $\frac{3}{4}$  Stunden fertig werden. (Rufe: sehr gut!)

Dann setzen wir fort. Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Landesausschußbericht, mit dem Ausweise über die Entscheidungen der Bezirksvertretungen und Bezirksausschüsse. Diese Entscheidungen sind bereits vorgelegen. Nimmt der Landtag sie zur genehmigenden Kenntniß?

Ich bitte die Hand aufzuheben. (Geschlecht, angenommen.)

Zprávodaj Dr. Brauner: Slavný sněme!

Za příčinou stavby hlavní školy a dláždění hlavní ulice učinila Kladenská obec s přivolením okresního zastupitelstva půjčku na 5000 zl. na uhrazení nákladu, kterážto půjčka platiti se měla z řádných příjmů obce. Vyšlo na jevo, že řádné příjmy obce Kladenské nestačí na splacení dluhů, poněvadž se ukázalo, že v letech 1864 a 1865 stal se schodek asi ročních 700 zl. Aby se částka tato uhradila, uzavřelo obecní zastupitelstvo jednohlasně, že si zavedl mýto z dlažby z cizích povozů a to 2 kr. z každého kusu tažného dobytka po tu dobu, až půjčku splatí totiž as na 5 let.

Poněvadž okresní výbor na základě usnešení obecního zastupitelstva vřele přimlouval se za vyplnění žádosti té a poněvadž sl. c. k. finanční správa zemská ničehož proti tomu nenamítá, tedy na základě §. 98. zřízení obecního činí zemský výbor návrh:

Slavný sněme račiz usnísti se o zákon zemský toho obsahu, že obci městu Kladnu povoluje se po dobu 5 let vybirání mýta z dlažby z cizích povozů a to 2 kr. z každého kusu tažného dobytka.

Der Landesausschuß stellt den Antrag: der h. Landtag wolle ein Landesgesetz nachstehenden Inhaltes beschließen, der Stadtgemeinde Kladno werde die Einhebung einer Pfastermauth vom fremden Fuhrwerke u. z. von je 2 kr. für jedes Stück Zugvieh für die Dauer von 5 Jahren bewilligt.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche diesem Antrage beistimmen, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Angenommen.

Dr. Brauner: Druhý předmět týká se přírážky k přímým daním okresů Maršovského a pak okresu Ledčského k uhrazení potřeb vykázaných. Žádá okresní zastupitelstvo Maršovské na rok 1866 za povolení přírážky 12ti perc. a okresní zastupitelstvo Ledčské za povolení k vybirání přírážky okresní 13ti procentové. Činí se návrh aby se k tomu zákonem zemským svolilo.

Der Landesausschuß stellt den Antrag: Der h. Landtag wolle nachstehendes Gesetz beschließen: Es werde der Bezirksvertretung Marschendorf Schatz-

lat zur Bestreitung der Bezirksauslagen für das Jahr 1866 eine 12%ige Umlage der direkten Steuern in 18 Gemeinden des Marschendorfer Bezirkes bewilliget, und ebenso der Bezirksvertretung in Ledetsch eine Umlage von 13% auf die direkten Steuern.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche diesem Antrage beistimmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Zpravodaj Dr. Brauner: Třetí předmět týká se povolení tax z práva domovského neb práva měšťanského a sice v obci Benešovské (Bensen) a v městě Ústí (Auscha.)

Dieser Gegenstand betrifft 2 deutsche Gemeinden und ich werde also die Ehre haben, ihn deutsch vorzutragen.

Die Gemeinde Bensen hat mit Zustimmung der Bezirksvertretung beschlossen, für Aufnahme in den Gemeindeverband nach §. 9 des Gesetzes vom 3. Dezember 1863 eine Taxe in 2 Abstufungen u. z. von 100—300 fl. und von 5—100 einzuführen, wovon 10% dem Hauptschulsonde, ebensoviel dem Spitalsonde, dann 5% dem Spital- und auch dem Stadtbeleuchtungs- und Verschönerungs-sonde, endlich den Gemeinderenten, die übrigen 70% zufallen sollen. Zweitens hat die Gemeindevertretung beschlossen, für die Ertheilung des Bürgerrechtes im Grunde des §. 8 der G. D. eine Taxe in 3 Abstufungen und zwar von 50—100, von 20—50 und von 5—20 fl. einzuführen, wovon ebenfalls 10% dem Hauptschulsonde, dem Spitalsonde und dem Armensonde, die übrigen den Gemeinderenten zufallen sollen.

Die Höhe der Taxen wurde für 3 Jahre 1866—1868 bestimmt. Dieser Beschluß wurde gehört und gemacht und es erfolgte keine Einwendung. Das Einschreiten des Gemeindevorstandes um Erlassung des bezüglichen Gesetzes wurde von der Bezirksvertretung befürwortet und dabei bemerkt, daß der Bezug der Taxen im Hinblick auf die der Gemeindeangehörigen dem Gemeinde-Bürgerchaftsverband entsprechenden Vortheile keineswegs zu hoch gegriffen ist.

Der Landesausschuß erlaubt sich, diese Angelegenheit dem h. Landtage mit dem Antrage eines Gesetzes zur Bewilligung der eben vorgetragenen Gemeindeumlagen zu unterbreiten.

Činí se návrh, aby slavný sněm uzavřel, aby obci Benešovské okresu Německo-Benešovského bylo povoleno vybírat za přijmutí do svazku obecního taxu s dvojím rozdílem. Od 100 zl. až do 300 zl., od 5 zl. až k 100 zl., z něhož dle procent mají částkou 70% účastni býti důchody obce a ostatní důchody lokální. Druhá taxa za propůjčení práva občanského na základě 8. čl. řádu obecního. První třída od 50 až do 100, druhá od 20 až do 50, a třetí od 5 až do 20 zl. Činí se návrh, aby se zákonem zemským uzavřelo povolení.

Oberstlandmarschall: Wir sind auf eine Art beschlußfähig, daß ich nicht fortsetzen kann.

Wenn die Herren wünschen, daß wir noch fertig werden, so müssen sie hereinkommen, sonst kann ich nicht fortfahren. (Ruf: Läuten!)

Ich habe geläutet.

Nach einer Pause: Ich bitte die Herren, die mit dem eben vorgelesenen Antrage einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Berichterst. Dr. Brauner: Der 2. Gegenstand ist ein ähnlicher Antrag auf Bewilligung der Stadtgemeinde Auscha zur Einhebung einer Taxe von 25 fl. für die Aufnahme in den Gemeindeverband.

Návrh ten samý na povolení obci Ústské, aby vybírala za propůjčení práva domovského taxu 25 zl.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen.

Nun kommen wir zum letzten Gegenstand der Tagesordnung: L.-A.-Bericht um die Bewilligung der angeführten Trennung früher vereinter Gemeinden.

Dr. Brauner: Die správy, která se nachází v rukou členů tohoto slavného shromáždění rozpadají se žádosti, co se týká rozdělení obcí doposavade sloučených na tři části.

Sedesát takových žádostí je ze všech stran podporováno a žádná námítka z nějaké strany nebyla učiněna.

Autonomické orgány všechny i také vládní orgány, totiž finanční zpráva zemská, kde toho potřeba byla i místodržitelství, jsou stran těchto žádostí srozuměny. Druhá část obsahuje 22 žádostí, v těch byly rozličné návrhy. Ve větší části jich bylo ponavrženo od místodržitelství i od autonomických orgánů, aby se jim nepovolilo a to z příčin, poněvadž obce, které se rozloučiti mají, nebyly by s to, zastati svou přirozenou i také přenesenou působnost.

Třetí část, ta se týká jen 4 obcí. Tam byla sice ze všech stran uznána žádoucnost rozdělení, avšak různilo se o tom místodržitelství s okr. úřadem s jedné strany a okresní zastupitelstvo s obecním zastupitelstvem s druhé strany. To se týká obcí, které jsou spojeny s městem Kynžvartem.

Město Kynžvart a 5 k této obci přidělených jiných míst, zadaly všechny za rozdělení a však bylo uznáno ode všech orgánů, které se o tom pronesly, že sluší, aby město Kynžvart, jakožto město lázeňské a jakožto město stálo o sobě a druhé obce co sním byly spojeny, aby se jinak grupovaly a jinak sloučily, než jak to samy žádaly.

Stran těch všech se činí návrh, aby byly žádosti jejich navrženy, aby se hledělo usnísti na jednom nebo druhém způsobu nového sloučení

totiž rozpadnutím nynější větší obce a zústaním pohromadě v částkách menších.

Der Antrag umfaßt 3 Partien von Gemeinden. Bei 60 Gesuchen, die den ersten Theil ausmachen, sind sämtliche Organe mit den einschreitenden Gemeinden einverstanden, daß die Trennung bewerkstelligt werde. Der 2. Theil enthält 22 Gemeinden, bei denen auch die Ansicht vorkommt und ausgesprochen ist, daß diese Gemeinden nicht zu trennen sind; theilweise aber aus verschiedenen Gründen. Und endlich die 3. Partie umfaßt unter einer Nummer 4 Gemeinden, welche bis jetzt mit der Stadtgemeinde Königswart in eine Gemeinde vereinigt waren. Alle darüber einvernommenen Organe, politische und Finanzlandesbehörden, Bezirksvertretungen sind darüber einig, daß die Stadtgemeinde Königswart als ein Kurort, als Stadt überhaupt aus dem Gemeindeverbande mit den Dörfern solle ausgeschieden werden.

Doch die darum zugleich einschreitenden Ortschaften sollen sich anders gruppieren, nämlich anders, als sie selbst einschreiten. Darin kommen Disparitäten vor zwischen der Bezirksvertretung und der Gemeindevertretung einerseits und zwischen dem Bezirksamte resp. der Statthalterei andererseits. Weil man es nun nicht so gewähren kann, wie diese Gemeinden es beanspruchen, und weil man ihnen andererseits auch nicht eine Vereinigung oktroyiren kann, die sie nicht beanspruchen, so wird beantragt: Dieses Einschreiten dahin zu erlabigen, daß zwar die Stadt Königswart aus dem Verbande mit diesen Gemeinden ausgeschieden werde, daß jedoch diese Gemeinden sich zuerst zu überlegen hätten, ob sie sich nicht für die eine oder andere Art des Beisammenseins mehrerer Ortschaften aussprechen wollen und dieses sei ihrem künftigen Einschreiten vorzubehalten. Ich erlaube mir nun den Antrag, obwohl der Gegenstand immerhin ein wichtiger ist mit Rücksicht auf die nur sehr kurze Dauer der heutigen Sitzung zu beantragen. Jenen 60 Gesuchen um Trennung, welche von allen Organen einstimmig theils beschloffen, theils befürwortet sind, statt zugeben, beziehungsweise en bloc anzunehmen, es sei ein Landesgesetz zu beantragen; daß sich diese in den Absätzen 1 bis 60 genannten Ortschaften aus dem bisherigen Verbande mit den anderen Gemeinden trennen und als selbstständige Ganze konstituiren können. Sollte dieser Antrag angenommen werden, werde ich mir erlauben bezüglich der anderen Partien anderweitige Anträge zu stellen.

Oberstlandmarschall: Der Hr. Referent schlägt vor, daß der Landtag, nachdem es beinahe nicht denkbar ist, daß von diesen 81 Gesuchen jedes einzeln vorgetragen werde, bei denjenigen Gesuchen, wo sowohl die Regierungsbehörde als auch die autonomen Organe einstimmig und übereinstimmend für die Bewilligung oder Nichtbewilligung sind (Dr. Brauner wirft ein: vor der Hand nur für die Bewilligung) nach diesen beiden Kategorien en bloc abzustimmen und nur rücksichtlich derjenigen, wo die

getheilten Meinungen vorhanden sein, sich in die Verhandlung über die einzelnen Fälle einzulassen. Ist die Versammlung mit diesem Vorgange einverstanden? (Rufe: Ja, Ja!) also bitte ich den ersten Beschluß vorzulesen.

Berichterstatter Dr. Brauner: Der Beschluß lautet: Der h. Landtag wolle nachstehendes Gesetz beschließen. Gesetz, wirksam für das Königreich Böhmen, durch welches mehreren mit einander vereinigten Gemeinden die Trennung und Konstituierung als selbstständige Gemeinden gewährt wird. Ueber Antrag des Landtags meines Königreiches Böhmen finde ich zu bewilligen:

Soll ich die Gemeinden vorlesen? (Rufe: Nein, Nein!)

Oberstlandmarschall: Ich bitte sie vorzulesen.

Berichterstatter Dr. Brauner: Die Herren wünschen es nicht (Rufe: Nein, Nein!) also, wie sie vorkommen von Zahl Eins bis Zahl 60, wären sie in die Form des Landesgesetzes einzubeziehen, und das Ende würde sein:

Mému ministru státnímu ukládá se, aby tento zákon uvedl ve skutek.

Mein Staatsminister ist mit der Durchführung dieses Gesetzes beauftragt.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, welche diesem Antrage, wie er jetzt gestellt worden ist und mit der Erlassung des Gesetzes, die sich auf diejenigen Ortschaften beziehen, über welche alle Behörden und alle autonomen Organe einverstanden waren zustimmen, die Hand zu erheben (geschieht) angenommen.

Berichterstatter Dr. Brauner: Der 2. Antrag lautet: Der hohe Landtag wolle beschließen: Die Gesuche der Ortschaften . . . Jetzt folgen die Namen der Ortschaften, bei denen ich mir erlauben werde auf die einzelnen zurückzukommen; die sub 1—22 angeführte Gesuchen um Ausscheidung aus dem bisherigen Gemeindeverbande und Konstituierung zu selbstständigen Gemeinden werde wegen Abgangs der Mittel zur Erfüllung der ihnen aus dem übertragenen Wirkungsbereiche im Falle der Trennung erwachsenden Verpflichtungen nicht statt gegeben und die bezüglichlichen Vorlagen werden dem Landesausschusse rückgestellt.

Slavný sněm! Račiz uzavřiti takto: Žádosti následujících osad od 1 až 22 aby povoleno bylo vyloučení z dosavadního svazku obecního, a aby ustaveny byly co obce samostatné, se zamítají za tou příčinou, poněvadž osady nemají takových prostředků, aby vyplnily povinnosti, které by pro ně vyplývaly, kdyby se jejich žádosti za dost učinilo. Výboru zemskému tedy vracejí se předlohy, jichž se týče, zpět.

Dr. Brauner: Dovolují si jednotlivé obce jmenovitě přednésti a sice české obce po česku a německé po německu, a prosím J. Exc. pana maršálka, aby dal o tom hlasovati. Kdekoliv by

byly pochybnosti nějaké, jsem hotov z té tabele a z aktu podrobnější zprávy podati.

Ich erlaube mir bei diesem zweiten beantragten Landtagsbeschlusse die deutschen Gemeinden deutsch, die böhmischen böhmisch einzelnweise vorzutragen. Bei welchen irgend ein Zweifel oder eine Anfrage vorkommen sollte, bin ich dann in der Lage, die nöthigen Aufschlüsse zu geben über die Gründe.

Gemeinde Sedochitz und Bedruschitz (Bezirk Saaz) auf Zurückweisung der gebotenen Ausscheidung aus dem Grunde, weil diese Gemeinden nicht in der Lage wären, nach den vorgelegten Ausweisen dem übertragenen Wirkungsbereiche zu genügen.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die dem Antrag beistimmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht, angenommen.)

Zpravodaj: Černík, okresu Česko-Brodského.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die beistimmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht, wird angenommen.)

Berichterstatter: Gemeinde Wottawa, Bez. Ronsperg.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die beistimmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht, wird angenommen.)

Zpravodaj: Obec Libeř, okr. Jilovského.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die zustimmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht, wird angenommen.)

Zpravodaj: Obec Orlov, okresu Příbramského.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht, wird angenommen.)

Zpravodaj: Obec Tolín, Selibov a Malečice, okresu Vodňanského.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht, wird angenommen.) Ich glaube aber, daß es einfacher wäre, wenn der Herr Berichterstatter sämtliche Namen vorlesen würde, und wir am Schlusse darüber abstimmen würden, denn so würde es die Herren ermüden, beständig die Hand aufzuheben. (Rufe: Ja!)

Zpravodaj Dr. Brauner:

Obce: Kotouň, okresu Hovažďovického.

Zvětovice, okr. Haberského.

Krásnice, okr. Časlavského.

Kdýčina, okr. Berounského.

Střeleč, okr. Soboteckého.

Spí a Chlístov, okr. Nového Města nad Metují.

Slivno Malé a Dolejší, okr. Benátského.

Karolínthal, Bezirk Friedland

Černoves, okr. Nepomuckého.

Schilligtan, Bezirk Ronsperg.

Lešetice, okr. Příbramského.

Králov Dvůr a Popovice, okr. Berounského.

Groß-Fürbitz und Poschau (Bez. Luditz).

Franzensdorf und Rosenthal (Bez. Reichenberg) und

endlich Rudolfsthal und Ruppertsdorf (gleichfalls Bez. Reichenberg). Rückfichtlich dieser Gemeinden wird beantragt, ihrem Gesuche nicht statt zu geben, weil sie nach den vorgelegten Ausweisen nicht in der Lage wären, dem übertragenen Wirkungsbereiche aus eigenen Mitteln zu genügen. Dabei muß ich bemerken, daß es durch einen solchen Landtagsbeschluss keineswegs noch für alle Zukunft unmöglich gemacht wird, den Gemeinden, wenn sie in der Lage sind, sich die Mittel beizuschaffen oder bessere Belege dafür beizubringen, ihnen das Einschreiten immerhin neuerdings noch freisteht.

Abg. Reumann: Obwohl ich kein Freund von Siftirung bin, so muß ich doch den hohen Landtag ersuchen, bei der Entscheidung über Ruppertsdorf und Rudolfsthal die Entscheidung zu sftiren, indem die ganze Sache noch nicht spruchreif erscheint. Am 18. Dezember ist vom Landesauschusse an den Bezirksauschuss in Reichenberg erst die Anfrage gestellt worden, es möge mit thunlicher Beschleunigung angezeigt werden, ob und welches bewegliche Gemeindevermögen die Ortschaft Rudolfsthal besitze. Dies ist von Reichenberg noch nicht eingelangt und ich habe dahin telegraphirt, wo mir die telegraphische Antwort zurückgekommen: Die Ausscheidung Rudolfsthals von Ruppertsdorf betreffend, ist am 30. Dezember 1865 an den hohen Landesauschuss eingesendet, bisher ein Ausweis von hier nicht abverlangt worden. In Folge dessen würde ich mir erlauben, den Antrag zu stellen: Der hohe Landtag wolle beschließen, es sei die Entscheidung über die Trennung der Gemeinden Rudolfsthal-Ruppertsdorf so lange zu sftiren, bis der vom Landesauschusse von dem Reichenberger Bezirksauschusse in dieser Angelegenheit abverlangte Ausweis bezüglich der Vermögensverhältnisse der Ortschaft Rudolfsthal geliefert ist.

Berichterstatter Dr. Brauner: Ich erlaube mir dießfalls zu bemerken, daß zwar unter Zehntem dieses Monats noch ein Ersuchen an den Bezirksauschuss in Reichenberg ergangen ist, um bezüglich der Ortschaft Rudolfsthal einen Ausweis über das unbewegliche dortige Gemeindevermögen zu geben, dennoch bis jetzt keine Antwort darüber erfolgte. Nichts desto weniger wurde aber nach der Mittheilung der Finanzlandesdirektion und der hohen Statthaltereie kein Anstand genommen, dieses Gesuch unter jene aufzunehmen, welche nach dem Antrage des Landesauschusses aus dem Grunde der geringen Mittel, um dem übertragenen Wirkungsbereiche zu genügen, vorläufig zurückzuweisen sind. Bei der Gemeinde Rudolfsthal, welche mit Ruppertsdorf vereinigt ist, wurde geltend gemacht, daß sie nicht einmal 200 Joch der Gesamtareabesitze, daher abgesehen von ihrer Geringfügigkeit, denn sie zählt nur 51 Häuser als selbstständige Katastralgemeinde nicht existiren könnte. Im Ubrigen aber nehme ich gar keinen Anstand, mich mit dem Herrn Antragsteller zu konformiren und vor der Hand also diese Gemeinde in die 3. Gruppe derjenigen Gemeinden auf-

zunehmen, deren Gesuche meritorisch noch nicht erledigt werden.

Oberstlandmarschall: Wir müssen über die einzelnen Gemeinden abstimmen. Ich bitte über die Gemeinde Ruppertsdorf hat sich der Herr Bezirksrath mit dem Herrn Antragsteller konformirt und ich bitte das Haus über diese Gemeinde abzustimmen, ob es einverstanden ist, daß vorläufig dieses Gesuch bis zum Einlangen der weiteren geforderten Ausweise als unerledigt zurückgestellt werde. Ich bitte die Herren, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Graf Kolowrat hat das Wort!

Graf Kolowrat: Ich wollte den Herrn Bezirksrath nur fragen, warum die sub Nr. 14 um Ausschcheidung und Trennung aus dem bisherigen Gemeindeverbande ansuchenden Gemeinden Unter- und Klein-Slivno im Benateker Bezirke abzuweisen beantragt wurde.

Ich kenne die Verhältnisse dieser Gemeinden Unter- und Klein-Slivno und ich weiß, daß sie vollkommen im Stande sind, jede einzeln ihre Verpflichtungen zu erfüllen, welche das Gemeindegesetz einer einzelnen Gemeinde auferlegt.

Dr. Brauner: Bezirk Benatek. Gesuch der Gemeinde Klein-Slivno und Unter-Slivno um Trennung und selbstständige Konstituierung. Als Gründe werden geltend gemacht:

Die frühere Selbstständigkeit und die Wohlhabenheit der Insassen; Klein-Slivno hat 19 Häuser und zahlt direkte Steuern 853 Gulden, hat 15 Joch Gemeindegrundstücke, hievon über 14 Joch unproduktiven Boden ein Paarvermögen von 2270 fl. Die Bezirksvertretung ist für Trennung, weil es der Wunsch der Insassen beider Ortschaften ist. Das Bezirksamt und die Statthalterei ist aber gegen die Trennung, weil beide Orte mit den Gebäuden aneinander anschließen und die Gemeindeverwaltung daher nicht beschwerlich ist, in den vereinigten Gemeinden und weil, abgesehen von den geringen Gemeindemitteln von Klein-Slivno nur 20 wahlberechtigte Gemeindeglieder dort sind. Der Landesauschuß hat diese Gründe anerkannt und sich auf Abweisung des Gesuches geeinigt.

Graf Kolowrat: Ich denke, daß doch der Wunsch der Gemeinden berücksichtigt werden soll.

Dr. Brauner: V tom ohledu řídí se výbor zemský vždy tím ohledem, že kde i vladní organy i organy autonomní k tomu radí, tam že se bře vždy za pravidlo prárí obcí, které se rozloučiti chtějí. Kde jsou o tom různé náhledy a důvody i pro jedno i pro druhé, tam ovšem se kloní zemský výbor o jeho náhledech k tomu, aby obce do nejmenších drobtů se nerozloučily, nýbrž aby zůstaly pohromadě a zvláště ale tam, kde jsou zvláštní obtíže ve fisickém spojení a nebo kde obce k sobě jsou tak blízké, že jako obec jedna se dobře spravovati dají. Proto se kloní výbor zemský ve většině náhledů svých k tomu,

aby obce raději zůstaly větší, aby se tak nerozdrobily.

Hrabě Kolovrat: Ale okresní zastupitelstvo, bylo proto, a ja myslím že přece by se mělo vzíti na to největší ohled, neboť okresní zastupitelstva mají jistotně lepší vědomost o poměrech obce, nežli okresní úřady.

Oberstlandmarschall: Ich bitte nur den Antrag zu formuliren.

Graf Kolowrat: Ich würde den Antrag stellen, daß das Gesuch der Gemeinden Unter-Slivno und Klein-Slivno bewilligt werde und daß beide selbstständige Gemeinden werden dürfen.

Oberstlandmarschall: Ich bitte, es nur aufzuschreiben, weil ich es schriftlich haben muß.

Náměstek maršálka: Pan hrabě Kolovrat ponavrhuje, aby žádosti obce Malého a Dolejšího Slivna vyhověno bylo, a aby tyto obce činily každá pro sebe obec samostatnou.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die diesen Antrag unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Er ist unterstützt. (Pause.)

Statthalter: Darf ich ums Wort bitten? Ich werde diese Pause benützen, um mich gegen den Antrag des Herrn Grafen Kolowrat auszusprechen. Ich glaube, der richtige Standpunkt ist durchaus nicht der Seineige, und es ist nicht wünschenswerth, daß die Gemeinden gar so klein seien.

Beide Gemeinden sind nicht groß; sie liegen unmittelbar beisammen, sind im geographischen und physischen Zusammenhange, und ich glaube, daß hier die Gründe, die dagegen geltend gemacht wurden, sehr gewichtig sind. Es darf nicht unbemerkt gelassen werden, daß bei kleinen Gemeinden manchmal eine gewisse Eifersucht — Eitelkeit möchte ich sagen — besteht, sich selbstständig zu konstituiren, ohne daran zu denken, ob sie auch die Mittel und Kräfte haben, den ihnen vom Gesetz übertragenen Wirkungskreis zu erfüllen.

Ich glaube, es sollte nicht so leicht darauf eingegangen werden, wo wirklich Verhältnisse vorhanden sind, welche dem nicht das Wort reden. (Rufe: Ganz richtig! Bravo!)

Graf Clam: Ich bitte ums Wort!

Oberstlandmarschall: Ich bitte.

Graf Clam: Ich möchte mir nur eine Bemerkung erlauben. Eine Gemeinde läßt sich eben nicht machen, eine Gemeinde ist immer von Natur gegeben, und die Verbindung von zwei und mehreren Gemeinden hat sich, das kann ich aus Erfahrung, aus meiner Erfahrung im Leben der Bezirksvertretung bestätigen, noch nie zu einem wirklichen Gemeindeverband gestaltet.

In solchen Gemeinden bleiben die Verhältnisse getrennt, ja selbst die Zugehörigkeit bleibt getrennt, die Theilnahme am Gemeindevermögen, die Leitung der Gemeindeangelegenheiten bleibt faktisch getrennt. Allein nominell besteht die Verbindung, höchstens dem Bezirksamte gegenüber ist der Ge-

meinevorsteher der einzige offizielle Vertreter der Gemeinden, die sonst ganz getrennt sind.

Dort, wo die absolute Unmöglichkeit vorliegt, daß die Gemeinde wirklich als Gemeinde auftritt, da muß natürlich dem Gesetze Genüge geleistet und es müssen die Gemeinden verbunden werden. Wo aber die Unmöglichkeit nicht vorliegt, sehe ich gar keinen Grund, aus Administrativ-Rücksichten die Verbindung aufrecht zu erhalten, die nie zu einer Verschmelzung führt und führen wird, und nur eine äußerliche Verbindung bleibt. Ich glaube, wo solche Verhältnisse zu Tage treten; sollen wir dem Wunsche der Gemeinde, der lebendig wird, wenn nicht absolute Hindernisse vorliegen, Folge leisten. Ich werde für den Antrag des Grafen Kolowrat stimmen.

Dr. Brauner: Zemský výbor řídil se tím, že pro rozloučení těchto obcí nebyl žádný jiný důvod uveden, nežli od okresního zastupitelstva to, že si to tak přejí (Veselost), kdežto s druhé strany důvody se strany okresního úřadu zdály se být tak důležité v jiném směru, že výbor zemský učinil návrh na zamítnutí žádosti, od kteréhož ustoupiti mně není možno, poněvadž o důvodu protějším přesvědčen nejsem.

Oberstlandmarschall: Ich werde den Antrag zur Abstimmung bringen.

Správodaj Dr. Brauner: Návrh p. hraběte z Kolovratů zní:

Slavný sněme, račiz uzavřiti, aby žádosti obce Dolního a Maléhe Slivna, aby se mohly odloučiti a státi se samostatnými, bylo dáno místa.

Der hohe Landtag wolle beschließen, daß dem Gesuche der Gemeinden Unter- und Klein-Slivno um selbstständige Konstituierung, daher um Trennung, Folge gegeben werde, daß sie also werden aus der zweiten Abtheilung ausgeschieden, und in das Landesgesetz, das heißt, in die erste Abtheilung aufgenommen werden.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche für diesen Antrag stimmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Ich bitte aufzustehen. (Geschieht.) Es ist die Mehrheit. Also bitte ich jetzt über die römische Zahl II. der sämtlichen übrigen Orte, wo keine Bemerkungen gemacht worden sind, im allgemeinen abzustimmen.

Berichterstatter Dr. Brauner: Ich erlaube mir zu bemerken, daß also die Post 14 und die Post 81 wegfielen, die Post 14 käme mit in den ersten Theil, die Post 81 käme in den dritten später vorkommenden Theil.

Oberstlandmarschall: Die Herren, welche mit der Auslassung dieser zwei Posten, im Uebrigen mit der Annahme der II. einverstanden sind, bitte ich die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Berichterstatter Dr. Brauner: Der dritte Antrag, den Dtschaften Schönficht, Groß- und Klein-Schbichfür mit Klemensdorf, Schanz, Perlsberg und Rockendorf (Bezirk Königswart) werden

die Gesuche um Ausscheidung mit dem Besatze zurückgestellt, daß die Ausscheidung in der demal von ihnen angestrebten Weise nicht bewilligt werden könne, daß dieselben vielmehr auf die, einerseits vom k. k. Bezirksamte, andererseits von der Bezirksvertretung, von jeder verschieden, vorgeschlagenen Gruppierung der einzelnen Dtschaften zu selbstständigen Gemeinden aufmerksam gemacht werden und daß es ihnen frei stehe, in erneuerten Gesuchen sich für die eine oder andere Gruppierung auszusprechen.

2. Osadám Schöfichtu, Dolejšimu a Malému Hledsebe s Klemensdorfem, Šancím, Perlsbergu a Rockendorfu (okr. Kinskvartského) vracejí se žádosti za vyloučení z posavadního svazku obecního s doložením, že se nemůže svoliti k vyloučení v tom způsobu, jak si ho nyní přejí, že spíše ukazuje se jim na skupeniny osad, s jedné strany čís. král. okresním úřadem, s druhé strany okresním zastupitelstvem k ustanovení samostatných obcí navržené a že jim volno jest, v obnovených žádostech pro to neb ono skupení se vysloviti.

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Berichterst. Dr. Brauner: Endlich kommt noch der Antrag des Hrn. Abgeordn. für.....

Graf Clam-Martinič: Ich bitte um's Wort!

Oberstlandmarschall: Zu diesem Antrage, den der Hr. Abg. gestellt hat?

Graf Clam-Martinič: Zu einem anderen Punkte, der hier nicht enthalten ist.

Jeho Excelenci hrabě Klam-Martinič: Dovoluji si učiniti dotaz k p. zpravodaji, že jsem nenalezl ani v 1., ani v 2., ani v 3. třídě jméno obcí, které již roku 1865 zadaly o rozloučení.

O těch obcích jsem se zmínil v minulém zasedání zemského sněmu; jsou to obce: Dvorec a Malá a Velká Dobrá, které posud sloučeny jsou. Tato žádost podána byla roku 1865.

Od toho času, zdá se mi, že cestovala sem a tam a odpočívala tu i tam (veselost). Já bych si žádal odpověď, z jakých příčin dosud vyřizena nebyla a zdaž se nemůže žádosti vyhověti?

Zprávodaj Dr. Brauner: Tato žádost byla dána čís. kr. náměstnictví notou ze dne 18. října. Přišla sem 19. srpna a 18. října byla dána indorsatní nota: „Dodává se veleslavnému c. k. náměstnictví,“ aby laskavě sdělilo, zdali odloučení obce vnitř jmenované obce Doksů od Malé a Velké Dobré za příčinou veřejné správy ničeho nemá na závadu. To odešlo 24. října k c. kr. náměstnictví, až posud ale ta žádost není vyřizena, pročž také do návrhu vzíti se nemohla.

Der Antrag des Hrn. Abg. Neumann paßt eigentlich nicht gerade in diese Gruppe; es wurde nämlich bei Rudolphsthal und Ruppertsdorf vom Landesauschuße beantragt.....

Oberstlandmarschall (unterbrechend): Aber der Antrag ist ja angenommen, als ein ganz besonderer Antrag. Ich habe ja darüber abstimmen lassen, nachdem der Herr Referent sich mit dem Antrage konformiert habe, hat das Haus beschlossen, der Akt sei zurückzulegen.

Berichterst. Dr. Brauner: Excellenz! ich will nur meine frühere Äußerung berichtigen, daß es zu diesem Absatz nicht hineingehört.

Oberstlandmarschall: Ich habe nun es dahin zu bringen, daß wir ohne Abendfüzung fertig werden, die Erstattung des Berichtes (sich unterbrechend). Wir müssen jetzt die gefassten Beschlüsse in dritter Lesung annehmen, nachdem der erste Beschluß ein Landesgesetz enthält.

Insofern das Haus Nichts dagegen hat, werde ich die Annahme in dritter Lesung dem Hause proponiren. Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche den eben gefassten Beschluß in dritter Lesung annehmen, aufzustehen. (Geschlecht.) Angenommen. Es handelt sich jetzt darum, ob der Landtag den Punkt, den ich von der Tagesordnung abgesetzt habe, nämlich den Bericht des Landesausschusses in Betreff der ihn zugewiesenen Kommissionsanträge der Schulkommission vom vorigen Jahre wegen der Volksschullehrergehalte, ob die Versammlung wünscht, daß der Bericht auf der Tagesordnung bleibe.

Abgeordn. Dr. Trojan: Ich bin sehr dafür, daß wir, meine Herren, wenigstens die letzten Augenblicke unseres Beisammenseins am Ende der 6jährigen Sitzungsperiode einem Gegenstande widmen, welcher sich seit Jahren durch die Kommissionen hindurchzieht, und welcher ein dringendes Bedürfnis unseres Vaterlandes berührt. Es ist die Volksschule (Bravo!).....

Oberstlandmarschall (unterbrechend) Aber: der Gegenstand ist noch nicht auf der Tagesordnung.

Abgeordn. Dr. Trojan: Ich bitte eben darum, daß er darauf bleibe, ich habe vor, einen Antrag zu stellen, daß, sowie es Se. Excell. gestern bei einem andern Anliegen uns an's Herz legte, daß der Landtag auch daselbst eintrete und zwar für eine Angelegenheit, die bereits durch den Landesausschuß bei der Regierung motivirt wurde, jedoch erfolglos, nicht einmal eine Antwort erzielt; der hohe Landtag wird sich die Gelegenheit nicht nehmen lassen, sich, wenn auch in letzter Stunde, dafür auszusprechen, die vorgelegten Anträge mit seinem ganzen Gewichte zu unterstützen und den Landesausschuß zu autorisiren, daß er sie in unserem Namen bei der Regierung wiederhole und urgire. Ich werde dann meinen Antrag stellen.

Oberstl. m.: Ich bitte den Hrn Referenten Havelka!

Dr. Havelka: Já si dovolim, slavnému sněmu na místě přečtené zprávy, která se ve všech rukou pánů nalezá, krátce o obsahu jejím něco pověditi.

Jak povědomo, školní komise učinila při posledním zasedání dvě zprávy. Známo ale, že

zprávy tyto nepřišly více do plné porady. Jedna zpráva činila návrh, aby se o návrhu zákona stran upravení učitelských platů na školách obecních, jak jej byl výbor zemský na základě dřívějšího uzavření předložil, přešlo k dennímu pořádku, což ve zprávě poněkud jest motivováno. K tomu připojila komise školní dodatek, aby slavná vláda byla požádána, aby v některém z nejbližších zasedání sněmu podala návrh úplného zákona o školství vůbec a vesměs.

Za 2) vidělo se komisi navrhnouti, aby k tomu vybidnutí cis. kr. vlády přidáno bylo ještě snažné přání, cis. kr. vláda račiž prozatím po dobrém k tomu působil, aby platy učitelů na školách obecních v Čechách dle možnosti se zlepšily a neprístojnosti se odstranily, zvláště pak aby učitelům na školách obecních dostalo se skutečně příjmů, jež jim přísluší.

Vzhledem na petice, kteréž slavný sněm komisi přikázal, má komise za to, navrhnouti, aby petice takové, které se vztahují k upravení platů učitelů na školách obecních a k upravení obecního školství vůbec.

Kromě toho podala se druhá zpráva od školní komise, v které se opět vyslovila o návrhu zemského výboru strany ústavů ku vzdělávání učitelů. Tam školní komise tytéž punkty, ač jinak formulované, vytkla, které byl zemský výbor na základě uradení komise znalců předložil, o kterých se domníval, že slavný sněm po plné poradě slavné vládě je předložiti k povšimnutí, a tím vyhověno bude vyslovenému přání.

Kromě těch přání učinila komise školní dodatek další následujícího obsahu:

Slavný sněm račiž uzavříti takto:

Zemskému výboru se ukládá, učiniti příhodných krokův, aby český normalní fond nebyl jakož takový u správy státní spravován, ale jakožto fond zemský aby přešel ve správu zastupitelstva zemského.

Tyto dvě zprávy školní komise nepřišly do plné porady, jakby dle jed. ř. státi se mělo, nýbrž v posledních dobách sněmovního trvání usnesl se sl. sněm takto:

Der Landesausschuß wird angewiesen, den nicht erledigten Kommissionsbericht über Regierungsvorlagen, insofern sie beantragen, Wünsche oder Verlangen nach eingehenden Erhebungen an die h. Regierung zu stellen, denselben zur Kenntniß zu bringen. Bezüglich jener unerledigten Kommissionsberichte über Anträge, die aus der Initiative der Landesvertretung hervorgegangen sind, namentlich bezüglich des Berichtes der ständigen Schulkommission:

a) Landtagszahl — über einige, die Lehrerbildungsanstalten in Böhmen betreffenden Wünsche an die hohe Regierung.

b) Über die Regulirung der Volksschullehrergehalte u. s. w. wird der Landesausschuß angewiesen, mit Rücksicht auf die gestellten Anträge die weiteren Verhandlungen zu pflegen und nach Maßgabe

des Resultates dieser Erörterungen die demselben geeignet scheinenden Anträge hierüber in der nächsten Session an den Landtag zu erstatten.

Dle toho se domnívá zemský výbor, že se zachoval. On totiž nevěděl žádné příčiny, jak by námitky mohl činiti proti přáním, vyslyším ze školní komise, nemaje proti tomu námitky žádné, a to tím méně, poněvadž tato přání byla již dřívějším zemským výborem složena, ku komisi vyslovena, a tedy zachoval se dle toho usnešení a oznámil všechny tyto přání a návrhy nyní zmíněné slavné vládě, ovšem maje za to, že tím se zapřádá vyjednávání mezi zemským výborem a slavnou vládou, a že, jak přivede se věc k dalšímu cíli, (podle toho usnešení právě přečteného) o tom vhodné návrhy slavnému sněmu předloží. Posud však vyjednávání ke konci nepřišlo, tedy má zemský výbor za to, že vyhověl povinností svým úplně, když předkládá věc tu slavnému sněmu, aby jí přijal k vědomosti. Musím doložit, že ve zprávě zemského výboru, v které se stav této věci předkládá k vědomosti, není ničeho obsaženo, čím by se mohla výtka činiti orgánům slavné vlády, že věc se posud nepřivedla ke konci, poněvadž dopisy tam přišly dílem v září, dílem v pozdějším čase, jelikož po čas válečný nebyla doba k tomu taková, aby mohla být věc tato vyřízena. Já tedy ve jménu zemského výboru učiním návrh, aby se tato zpráva výboru zemskému přijala k laskavé vědomosti.

Oberstlandmarschall: Ich erlaube mir das Haus darauf aufmerksam zu machen, daß wir knapp beschlußfähig sind, wenn noch 2 oder 3 Herren weggehen, können wir Nichts beschließen.

Dr. Trojan. Prosím za slovo!

Oberstlandmarschall: Ich bitte, Sie haben das Wort!

Dr. Trojan. Já lituji sice, že tento předmět zůstal až na poslední chvíli; a však, pánové! má to též svou dobrou stránku: tuším, že takto dokážem a již dokazuje sněm náš český, že ještě v poslední chvíli má na paměti a péči záležitost všeobecné důležitosti a pilnosti, to jest národní školství, tento základ budoucího blahobytu, mravního vychovávání a lepší osvěty všeobecné.

Skoro po celé trvání nynějšího sněmu naléhali mnozí přátelé mládeže a osvěty na všeliké opravy ve školství vůbec; zvláště ale učitelé klepaly na dveře této vysoké sněmovny, volající o pomoc; a však po mnohých poradách zemského výboru i komise od něho k tomu zvláště sestavená ze znalcův uznala — lonská komise tohoto sněmu, — že nelze větších obětí uvalovati na obce, zvláště při všeobecné nynější nouzi vlastní naší, pokud se nepodá obcím také prospěch a právo větší ohledně škol obecných.

Za tou příčinou byly v záležitosti této sestaveny všeliké návrhy, které se vztahují k lepšímu vzdělání a připravení učitelů, pak k lepšímu jejich postavení, zejména také ku podpoře mladí-

kův, čekatelův učitelských, zároveň ale také žádost o přehlednutí revisí celého dosavadního školního zřízení a navržení oprav nutných v každém ohledu.

Dosavadní školní zřízení, tak nazvaná „politische Schulverfassung,“ jest ve své podstatě ještě z minulého století. Pánové! Netřeba tuším vykládati, jaký rozdíl jest v poměrech a potřebách minulého století a nynější doby.

Jest nutno zajisté, aby se to přehlédlo a vše přiměřeně upravilo, jmenovitě v duchu autonomie země a těch, jichž se nejvíce škola týká, na jejichž outraty jest zřízena i vydržována a pro jejichž děti jest ustanovena.

To vyžaduje mnohé podstatné změny v celém vnitřním zřízení vedení a dohledu škol národních.

Že zemský výbor již některé z těch návrhův komise předloží vládě, na tom nemůžeme přestat.

Zemský výbor nemohl jinak říci, než jak to bylo, a on, předpokládáme, že kdyby sněm Český byl měl dosti času o tom pojednat, že by vše to byl schválil, jak — co komise sněmovní — a sice skoro naskrze souhlasně navrhovala.

Avšak vláda na to ani neodpověděla. Tu jest zapotřebí, abychom podporovali zemský výbor, abychom výslovně potvrdili, že skutečně schvalujeme nejen kroky zemského výboru, ale i všechny návrhy v té věci učiněné, které loňského roku se staly. Já tedy navrhuji:

Slavný sněme! račiž uzavřít: „Správa zemského výboru č. 227. běže se k vědomosti a kroky jeho tuto oznámené se schvalují. Sněm království Českého přijímá celkem návrhy tyto po mnohých přípravných poradách konečně stálou komisí pro záležitosti školní za loňského zasedání sněmu podané a teď zemským výborem opět předložené o nutných zákonných opravách v celém zřízení národních škol vůbec, pak o přiměřenějším vzdělání a postavení učitelů zvláště, jakož také o vymožení fondu normálního, a ukládá výboru zemskému, aby požadavky ty ihned zase sdělil c. kr. vládě a jí spolu oznámil, že sněm český považuje splnění jich za důležitou a pilnou potřebu vlasti.“

Der hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Landesauschusses Nr. 227 und die unter Einem angezeigte Verfügung desselben, werde genehmigend zur Kenntniß genommen. Zugleich nimmt der böhmische Landtag diesen nach vielfachen Vorberatungen endlich von der ständigen Schulkommission in der vorjährigen Landtagssession vorgelegten, jezt vom Landesauschusse reproduzirten Anträge Behufs durchgreifender gesetzlicher Reformen im ganzen Volksschulwesen, dann in Absicht auf eine zweckmäßigere Ausbildung und Stellung der Lehrer insbesondere, wie auch in Betreff des böhm. Normalschulfondes en bloc an, und beauftragt den Landesauschuß der k. k. Regierung diese Anforderungen mit dem

ersuchsweisen Verfügungen zu eröffnen, daß der böhmische Landtag die Erfüllung derselben für ein wichtiges und dringendes Bedürfnis des Landes erachtet."

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort? Der Antrag des Abg. Trojan ist, wenn ich ihn recht verstanden habe, eigentlich ein Zusatzantrag. Der erste Theil ist, was der Landesausschuß gethan hat, genehmigend zur Kenntniß zu bringen, dann kommt ein Zusatzantrag.

Dr. Trojan: Ja wohl, der Landesausschuß bringt uns seinen Bericht einfach zur Kenntniß; an uns ist es, was wir darüber beschließen wollen.

Oberstlandmarschall: Ich meine nur, daß es ein Zusatzantrag ist, daß ich ihn also in 2 Abtheilungen zur Abstimmung bringen werde. Der 1. Theil, der Landesausschußantrag, der 2. Theil, der Zusatzantrag.

Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen? Wenn nicht, so werde ich dem Hrn. Berichterstatter das Schlußwort erteilen.

Mist. rada Havelka: Já, slavný sněme, bych pro svou osobu v celku proti takovému návrhu ničeho nenamítal, kdyby se tomu chtělo, aby slavný sněm dodal své autority, své vahy k tomu, co byl zemský výbor sl. vláde sdělil. Ale v tom návrhu p. Dr. Trojan stojí výraz: „Man möchte in Betreff dessen die Anträge en bloc annehmen.“ To se mi zdá přece, že jest věc povážlivá; teď v poslední době a u věci takové důležitosti, věci, o které se radily dvě velké komise ze znalců sestávající, které ale ne úplně souhlasily mezi sebou, jejichž návrhy se poněkud od sebe liší, jejichž návrhy ani nebyly jednohlasné, kdež při jednom návrhu výslovně stojí, že jen většinou 6 hlasů byl přijat, kdežto menšina si vyhradila právo, až ta věc do plné porady přijde, pr. ti tomu své přesvědčení přednášet, teď takové návrhy šmahem přijmouti, zdá se mi nebýti radno. Já bych žádal, aby to slavný sněm vzal toliko jednoduše k své vědomosti, a kdyby pan navrhovatel chtěl návrh svůj změnit v ten smysl, až vyjednávání s vysokou vládou ke konci se přivede, aby ho výbor slavnému sněmu předložil, tu mám za to, že by se prospěchu celé věci vyhovělo, jak to leží v usnesení slavného sněmu předešlého zasedání, a že tak dobře jako v předešlém zasedání slavný sněm se neodhodlal k tomu, aby v posledním sezení šmahem ty všechny návrhy přijal, že by snad nebylo moudré, abychom letos tak učinili, letos tím méně, an se teprv před kratičkým časem zpráva předložila. Já bych souhlasil s 1. dílem návrhu p. Dr. Trojan, a myslím, že budu jednat ve smyslu a dle mínění slavného výboru zemského, doložím-li přídavek, aby zemskému výboru se uložilo, by na základě toho započatého vyjednávání s vysokou vládou časem svým o těchto věcech vhodné návrhy slavnému sněmu předložil.

Ich würde mir den Antrag erlauben in Vor-

ausicht, daß ich mich nicht gegen die Ansicht des h. Landesausschusses versündige, den 1. Theil des Antrages des Abg. Trojan, welcher von der Genehmigung dieses vorgetragenen Berichtes von der Annahme zur Wissenschaft handelt, daß wir diesen Theil dieses Antrages annehmen und mit dem weiteren Zusage: „Dem Landesausschusse wird aufgetragen, auf Grund der soeben mit der h. Regierung in Ansehung des Schulgegenstandes eingeleiteten Verhandlungen seiner Zeit die geeigneten Anträge dem Landtage vorzulegen.“

Oberstlandmarschall: Ich bitte den Hrn. Antragsteller sich zu äußern, ob er sich mit diesem Antrage konformirt oder bei seinem Antrage bleibt.

Abg. Dr. Trojan: Excellenz, ich theile nicht die Ansicht des Hrn. Berichterstatters; im Gegentheil muß ich mir eine faktische Berichtigung erbitten. Ich war Mitglied der ständigen Kommission und kann den Hrn. Berichterstatter versichern, daß in allen den wichtigen Punkten Stimmeneinhelligkeit herrschte, nur betreffs des Normalerschulfonds war eine Minorität, jedoch eine unwesentliche Meinungsverschiedenheit in ganz anderer Richtung als der Herr Berichterstatter sich vorzustellen scheint. Es waren nämlich bloß zwei Herren des Hauses, welche sich dem Hrn. Schulrath Marsch anschlossen, der jetzt nicht mehr hier ist, die meinten, daß eine gemeinsame Verwaltung des Fonds vielleicht möglich wäre. Die Rechtsfrage war auch dabei nicht in Zweifel gezogen. Ich glaube übrigens versichern zu können, daß die schon im vorigen Jahre oder wenigstens in der vorigen Landtagsession dem hohen Hause vorgelegten Anträge der ständigen Schulkommission allen Mitgliedern des h. Hauses wohl bekannt waren, und da sie gestern reproducirt wurden nun in unserem Gedächtniß wohl aufgefrischt sind, wenn sie es jedoch nicht durchgehends in der hohen Versammlung wären, gewiß diejenigen gewünscht hätten dagegen Einsprache zu erheben, welche irgend eine nähere Aufklärung für nothwendig erachten würden. Ich bitte Se. Exc. nur getrost darüber abstimmen zu lassen; ich glaube, daß wir Alle vollständig instruirte sind.

Oberstlandmarschall: Der Herr Antragsteller hält seinen Antrag aufrecht. (Dr. Trojan ruft: ja!) Ich werde nach den beiden Absätzen, die Unterstüzungsfrage stellen, dann zur Abstimmung schreiten. Zuerst aber den 1. Absatz.

Havelka etc: Slavný sněm račiz uzavřiti: Zpráva zemského výboru č. 227 bere se k vědomosti a kroky jeho tulo oznámené schvalují se.

Der hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Landesausschusses Nr. 227 und die unter Einem angezeigten Verfügungen desselben werden genehmigend zur Kenntniß genommen.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche den Antrag unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Ist unterstützt. Ich werde gleich über denselben abstimmen lassen. Ich bitte

die Herren, welche diesem Antrag beistimmen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Angenommen. Nun kommt der Zusatzantrag.

Havelka čte: Sněm království Českého přijímá celkem návrhy tyto po mnohých přípravných poradách konečně stalou komisí pro záležitosti školní za lonského zasedání sněmu podané a teď zemskému sněmu opět předložené o nutných zákonních opravách v celém zřízení národních škol vůbec, pak o přiměřenějším vzdělání a postavení učitelů zvláště, jakož také o vymožení fondu normálního, a ukládá výboru zemskému, aby požadavky ty hned zase sdělil c. k. vládě a jí spolu oznámil, že sněm český považuje splnění jich za důležitou a pilnou potřebu v asti.

Zugleich nimmt der böhmische Landtag diese, nach vielfachen Vorberathungen endlich von der ständigen Schulkommission in der vorigen Landtags-session vorgelegten und jetzt vom Landesauschusse reproducirten Anträge behufs durchgreifender gesetzlicher Reformen im ganzen Volksschulwesen, dann in Absicht auf zweckmäßigere Ausbildung und Stellung der Lehrer, insbesondere, wie auch in Betreff des böhmischen Normal-Schulfondes en bloc an, und beauftragt den Landesauschuss: Der k. k. Regierung diese Anforderungen mit dem ersuchsweißen Beifügen zu eröffnen, daß der böhmische Landtag die Erfüllung derselben für ein wichtiges und dringendes Bedürfnis des Landes erachte.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die den Antrag unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Unterstützt. Ich werde zur Abstimmung schreiten. Ich bitte die Herren, welche dem Zusatzantrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich bitte aufzustehen. Es ist die Mehrheit. Jetzt kommen wir zum letzten Programmpunkte, nämlich die Anträge des Landtags-Präsidium über die Behandlung der in der 5ten Session des böhmischen Landtages unerledigt gebliebenen Geschäftsstücke. Ich bitte die Antragspunkte vorzulesen.

Landtagssekretär Schmidt liest: Antrag Nr. 1. Der Landesauschuss werde beauftragt, die nicht zur Vorlage an den Landtag gebrachten Kommissions- oder Landesauschussberichte, insofern sie beantragen Wünsche oder das Belangen um eingehendere Erhebungen an die hohe Regierung zu stellen, derselben zur Kenntniß zu bringen, sonst aber in der nächsten Sitzung rechtzeitig dem Landtage wieder vorzulegen.

### I.

Zemskému výboru se ukládá, aby ty zprávy komisí a zemského výboru, které nebyly sněmu předloženy, pokud se v nich navrhuje, projevití sl. vládě nějaká přání neb požádání za důkladnější něčeho vyšetření, přivedl sl. vládě u vědomost, ostatně ale aby zprávy takové včasné podal opět sněmu v zasedání nejprve příštím.

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen zu diesem Antrage?

Abg. Steffens: Ich dürfte bitten Er. Ercelesenz! Es sollte nicht heißen: „in der nächsten Sitzung,“ sondern in der nächsten Session.

Oberstlandmarschall: Ja das ist ein Irrthum, es ist ein Druckfehler, der von mir vielmehr übersehen wurde. Session sollte es heißen.

Abg. Steffens: Dann hätte ich gegen das Wort rechtzeitig etwas einzuwenden. Es könnte auch möglich sein, daß derlei Vorlagen am letzten Tage der nächsten Session vorgelegt würden. Es ist das heute mit der Vorlage der Hypothekbank ebenso geschehen. Ich würde mir erlauben, den letzten Theil des Tages so zu formuliren: „Sonst aber dem Landtage gleich bei Beginn der nächsten Session wieder vorzulegen.“

Wünscht noch Jemand das Wort zu ergreifen? sonst werde ich die Abstimmung einleiten. Ich werde die Abstimmung in der Art einleiten, daß ich zuerst den ganzen Absatz zur Abstimmung bringe; dann werde ich zur Abstimmung bringen das, was der Herr Abgeordnete Steffens wünscht, statt „rechtzeitig“ zu sagen im Beginne.

Ich bitte diejenigen Herren die den jetzt vorgelesenen Antrag unterstützen die Hand aufzuheben, (geschicht.) Er ist unterstützt. Ich bitte diejenigen Herren, die dem Antrag beistimmen, die Hand zu erheben, (geschicht.) Angenommen.

Nun kommt der Zusatzantrag.

Landtagssekretär Schmidt: Es soll heißen statt rechtzeitig „sogleich bei Beginn der Session dem Landtage wieder vorzulegen.“

Oberstlandmarschall: Ich bitte die Herren, die den jetzt vorgelesenen Zusatz-Antrag des Abg. Steffens unterstützen, die Hand aufzuheben, (geschicht.) Er ist unterstützt.

Ich bitte diejenigen Herren, welche dem Antrage beistimmen, die Hand aufzuheben (geschicht.) Er ist angenommen.

Abfsatz 2.

Landtagssekretär Schmidt liest:

Bezüglich der von den Kommissionen noch nicht erledigten Gegenstände hat der Landesauschuss mit Rücksicht auf die aus den Kommissionsverhandlungen hervorgehenden Momente die weiteren Verhandlungen zu pflegen und nach Maßgabe des Resultats die geeigneten Anträge in nächster Session an den Landtag zu stellen.

### II.

Co se tkne záležitosti, v komisich ještě nevyřizených, ukládá se výboru zemskému, aby vzhledem na momenty v poradách komisí k řeči přišlé dále o nich pojednával i dle toho, jak pojednávání to vypadne, aby v zasedání nejprve příštím učinil sněmu příhodné návrhy.

Oberstlandmarschall: Wünscht Jemand das Wort zu ergreifen? Ich bitte diejenigen Herren, die den Antrag unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschicht.) Er ist unterstützt.

Ich bringe ihn zur Abstimmung. Ich bitte die

Herren, die diesem Antrag beistimmen, die Hand aufzuheben (geschieht). Er ist angenommen.

Landtagssekretär Schmidt liest:

Der Landesausschuß wird angewiesen, sämtliche nicht erledigten Petitionen nach vorgenommener Berathung zu erledigen und hiebei den allenfalls vorliegenden Anträgen der Petitions- oder anderer Landtags-Kommissionen die gebührende Rechnung zu tragen.

### III.

Zemskému výboru se poroučí, aby všechny nevyřízené petice po předsevzatých o nich poradách vyřídil a při tom náležitý zřetel vzal k návrhům komise petiční nebo jiných komisí sněmovních — bude-li jich stávat.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, welche den Antrag unterstützen, die Hand aufzuheben (geschieht). Er ist unterstützt.

Ich werde jetzt darüber abstimmen lassen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche diesen Antrag annehmen, die Hand aufzuheben (geschieht). Er ist angenommen.

Landtagssekretär Schmidt liest:

Sämmtliche nicht erledigte Rekursangelegenheiten werden dem Landesausschuß zur Amtshandlung nach Maßgabe des §. 77 des Ges. vom 25. Juli 1864 zugewiesen und sind bei deren Erledigung die von der Rekurs-Kommission allenfalls bereits gestellten Anträge zu berücksichtigen.

### IV.

Všecky nevyřízené rekursy prikazují se výboru zemskému k úřednímu řízení dle §. 77. zákona, daného dne 25. července 1864, při čemž bráli se má zřetel k návrhům, které snad komise rekursní již učinila.

Oberstlandmarschall: Ich bitte diejenigen Herren, die den Antrag unterstützen, die Hand aufzuheben; (geschieht). Er ist unterstützt. Ich werde jetzt über ihn abstimmen lassen; diejenigen Herren, die dem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Er ist angenommen. Ich bitte weiter.

Landtagssekretär Schmidt (liest:): Der Landesausschuß wird ausnahmsweise ermächtigt, die kurz am Schluß der Session eingelangte Gesuche der Kreisfaffirs-Waisen Louise und Marie Anna von Enkersberg um Erhöhung ihrer Gnadengabe und der Kreisfaffirs-Wittwe Preisler um eine Gnadengabe, welche von der Budgetkommission nicht mehr behandelt werden konnten, zu erledigen.

Výboru zemskému dává se úplné moci, vyříditi tyto dvě před uzavřením zasedání sněmovního podané petice, jež komise budgetní nemohla více vyříditi, totiž žádost Luisy a Marie Anny z Enkersberku, sirotků po krajském kasírovi, za zvýšení jejich daru z milosti, a vdovy po krajském kasíru Preislerovi o udělení daru z milosti.

Oberstlandmarschall: Herr Dr. Rieger.

Dr. Rieger: Já myslím, že podobným způsobem jako zde navrženo v článku V. by se

mohla vyříditi také záležitost okresního zastupitelstva Železnobrodského, které z ohledu na to, že loňským usnešením slavného sněmu cítí se náramně stíženo, a se vyslovilo, že aspoň dle jeho domněni jemu velká část nákladu na silnici Brodsko-Tannvaldskou a Brodsko-Jablonskou připadá, žádá za mimořádní subvenci. Tento okres skutečně nad míru jest obtížen, poněvadž dle výkazů, podaných skrze okresní úřad zemskému výboru, vysvítá, že tento okres, kdyby měl vyhověti povinnostem stran udržování všech silnic, jichž udržování mu náleží a stran zapravení dluhu p. Lannovi a Kleinovi, musel by uložiti 100percentové přírážky k daním běžným. Tu jest patrné, že jest to věc nemožná a z té příčiny žádá okresní výbor za zvláštní podporu.

Zemský výbor také předložil slavnému sněmu v těchto dnech referát s podobným návrhem. Poněvadž ale záležitost tato pro krátkost zasedání sněmovního nemohla býti vyřízena, tedy bych žádal, aby slavný sněm podobným způsobem jako zde v této záležitosti hodlal učiniti, aby dovolil zemskému výboru vyříditi žádost zastupitelstva okresu Železnobrodského, aby aspoň, pokud prostředky na snadě jsoucí tomu dovolí, jemu nějaká podpora sa mohla dáti.

Die Petition des Bezirkes Eisenbrod, welcher wenn er die sämmtlichen, ihm zur Erhaltung obliegenden Straffen erhalten und seine aus dem Straffenbau resultirende Schuld an die Bauunternehmer Klein und Lanna bezahlen sollte, in der traurigen Lage wäre, in dem heurigen Jahre volle 100 pCt. auf die Steuer umlegen zu müssen, hat sich um eine besondere Subvention an den Landtag gemeldet. Der Landesausschuß hat eine Subvention von 12.000 fl. beantragt in dem Berichte, welcher dem h. H. gedruckt seit 2 bis 3 Tagen vorliegt. Nachdem das h. H. auf diese Angelegenheit nicht mehr eingugehen in der Lage ist, so glaube ich es angemessen, den Landesausschuß in dieser Beziehung zu ermächtigen, nach Zulass der Mittel des Landesfondes diese Petition zu berücksichtigen.

Oberstlandmarschall: Ich bitte den Antrag nur zu formuliren.

Hofrath Tafschel: Ich bitte, es liegen zwei Gegenstände vor: der Antrag, den Se. Exc. im Namen des Landesausschusses zusammenfaßte und zur Behandlung brachte; es sind die Gesuche um Gnadengaben.

Da würde ich mir nur einen Zusatz erlauben, um einerseits dem Landtage sein Recht, solche Gnadengaben zu verleißen, vorzubehalten, auf der anderen Seite aber die allfällige Noth der Wittfeller zu berücksichtigen. Ich würde den Beisatz beantragen: »für den Fall der Bewilligung aber solche einstweilen nur auf ein Jahr zu ertheilen.« Sollte sich dann der Landesausschuß bemüßigt fühlen, diesen 3 Waisen und der Wittwe eine Gnadengabe zu geben, so wird dadurch, daß sie auf ein Jahr ertheilt wird, ihren Bedürfnissen abgeholfen und dem

Landtage wird es freistehen, in der nächsten Session zu beschließen, ob sie für immerwährende Zeit bewilligt werde. Was aber den Antrag des Hrn. Dr. Rieger anbelangt, so muß ich aus formellen und materiellen Gründen gegen denselben protestiren. Derselbe ist erst heute aufgelegt worden.

So bedeutende Auslagen mit Umgehung der Budgetkommission im letzten Augenblicke dem h. Landtage zur Bewilligung vorzulegen, kann in Bezug auf die Gebahrung mit den Landes-Geldern zu Folgen führen, die ich nicht näher bezeichnen will. (Rufs: sehr wahr!)

Es sagt der Antragsteller: Der Landesauschuß habe bereits beschlossen, 12.000 fl. zu beantragen, wenn wir die Ermächtigung ertheilen, so wird er die 12.000 fl. vertheilen. Ich weise aber auf einen anderen Beschluß, den wir vorgestern bei der Erledigung des Budgets gefaßt haben. Es ist beschlossen worden: auf Straßenbauten wird die Summe von 100.000 fl. bewilligt, jedoch mit dem Beisatze, daß unter keinem Vorwande und auf keinen Fall die Summe überschritten werden dürfe. Ueber die Verwendung dieser 100.000 fl. hat der Landtag gar keinen Einfluß genommen und sie ist dem Ermessen des Landesauschusses vorbehalten. Glaubt der Hr. Antragsteller, daß durch diese Subvention das Kapital für Nothstandsstraßen vermehrt werden solle, so müßte ich auch dagegen protestiren.

Es ist einmal beschlossen worden, das Kapital für Nothstandsstraßen, welches gegen 300.000 fl. beträgt, ist dem Landesauschusse zur Disposition in der Art gestellt, daß es seine Sache ist, die Vorschüsse hereinzubringen und andern bedürftigen Bezirken und Gemeinden davon Vorschüsse ohne Ueberschreitung dieses Betrags zu ertheilen. Es ist aber damals festgestellt worden, unter keinerlei Vorwand in eine Vermehrung dieser an sich schon bedeutenden Summe einzugehen.

Ich würde den Landtag deshalb bitten, auf den Antrag des Dr. Rieger nicht einzugehen. (Rufs: sehr gut!)

Vtg.s-Sekr. Schmidt (liest); Hofrath Taschek beantragt, daß die Bewilligung im Absatze 5 nur auf ein Jahr zu ertheilen sei, nämlich für den Fall einer Bewilligung eine solche Gnadengabe einzuweilen nur auf ein Jahr zu ertheilen.

K Návrhu 5. čini p. Dr. Taschek návrh, aby se přidalo: „Ze pro ten připad, kdyby se dar z milosti povolil, byl jen povolen na 1 rok.“

Oberstlandmarschall: Also da müßte im Kontexte angegeben sein, der Landesauschuß wird ausnahmsweise ermächtigt, diese Gesuche zu erledigen, eine allfällige Bewilligung aber nur auf die Dauer eines Jahres zu ertheilen. Ich bitte diejenigen Herren, die den Zusatzantrag des Abg. Taschek unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Ist unterstützt.

Nun ist der Antrag des Dr. Rieger.

Landtagssekretär Schmidt liest: Dr. Rieger beantragt, der Landesauschuß wird ermächtigt, dem

Bezirk Eisenbrod für Erhaltung der Bezirksstraße eine Subvention nach Zulaß der disponiblen Landesmittel zu gewähren.

Výboru zemskému uděluje se moc povoliti dle dostačitelnosti fondu zemského mimořádnou subvenci k udržování silnice okresní v okresu Železnobrodském.

Oberstlandmarschall: Ich werde das als selbständigen Absatz behandeln und erst diesen Absatz mit dem Zusatzantrage zur Abstimmung bringen, dann den Antrag, der, wenn er angenommen wird, einen ganz andern Absatz bilden würde für sich.

Ich bitte jene Herren, die dem Hauptantrage sub V. zustimmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Jetzt bitte ich die Herren, die den Zusatzantrag zu jenem Antrag nach dem Antrage des Hofraths Taschek annehmen, die Hand aufzuheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun bitte ich jene Herren, die den vorgelesenen Antrag des Dr. Rieger unterstützen, die Hand

Dr. Rieger: Ich bitte nur eine kurze faktische Bemerkung. Ich bemerke nur, daß der Bezirk Eisenbrod in so außerordentlicher Weise überbelastet ist aus 2 Gründen, die zum Theil in den Beschlüssen des h. Hauses selbst ihre Quelle haben. Der eine Grund ist, daß dormalen bei dem Beschlusse des Nothstandsstraßenbaues aus Rücksicht auf die Industrie des Tannwalder Bezirkes der Bau einer Straße von Eisenbrod nach Tannwald beschlossen worden ist, als Nothstandsban, und daß sie außerordentlich breit gebaut worden ist, weil damals die Absicht vorhanden war, Schienen in dieselbe einzulegen. Man ist davon später abgegangen, aber die Erhaltung dieser Straße liegt nun dem Bezirk ob. Das ist ein Grund; der 2. Grund ist der, daß das h. Haus im v. J. in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt hat in der Vertheilung der Kosten dieser Straße, über welchen Beschluß sich der Eisenbroder Bezirk beschweren zu müssen glaubte. Die Frage hier zu entscheiden würde zu weit führen. Jedoch sind diese 2 Beschlüsse des h. Hauses der Grund, daß gegenwärtig der Bezirk Eisenbrod in so außerordentlicher Weise überlastet ist, und daß er, abgesehen von dem, was er zahlen muß an den Bauunternehmer, was er schuldig ist, und was er rückzahlen muß an den Landesauschuß es heuer 53% umlegen müßte, blos um die Straße zu erhalten, daß wollte ich dem h. Hause zur Erwägung geben, daß das doch wohl einer Berücksichtigung werth ist, daß in einer so gedrückten Lage sich kein Bezirk befindet. Nebenbei ist der Bezirk noch ein Armer, der sich vorzugsweise von Weberei ernährt.

Abg. Wolfrum: Ich bitte um's Wort.

Ich will die Darstellung des Dr. Rieger hinsichtlich des Gedrückseins des Eisenbroder Bezirkes nicht näher beleuchten. Jedoch nur so viel muß ich bemerken, daß im v. J. bei der Vertheilung der Kosten, nach meiner innigen Ueberzeugung nicht der

Eisenbroder Bezirk derjenige gewesen ist, der überbürdet wurde. In formeller Beziehung muß ich mich ganz dem anschließen, was Hofrath Taschet gesagt hat, daß eine so bedeutende Subvention, die im letzten Augenblicke ohne Vorberathung durch irgend einen Kommission, von der Budgetkommission ganz zu schweigen, eine solche bedeutende Summe zu bewilligen, nach meiner Ansicht nur ein Präcedenz schaffen würde, welches die Landesfinanzen, die in einem keineswegs erfreulichen Zustande sind (Heiterkeit) nur noch mehr zu verwirren geeignet wäre. Freilich, wenn ich den Antrag des Dr. Rieger faktisch nehme, der sagt: „nach Zulass der Landesmittel,“ so könnte ich ohne Sorge dafür stimmen, (Heiterkeit) den es sind keine Landesmittel mehr dem Landesfonde zu entnehmen, weil nicht die Verwaltung überhaupt soll ins Stocken gerathen. Aber eben in formeller Beziehung würde ich bitten, diesen Antrag nicht anzunehmen; er würde ein Präcedenz schaffen, welches für die Landesfinanzen jedesfalls üble Folgen hätte. (Bravo!)

Abgeordneter Dr. Taschet: Wenn Dr. Rieger auf die bedrängte Lage des Bezirkes hingewiesen hat, so will ich auf die bedrängte Lage der Landesgelder hinweisen. (Heiterkeit.)

Wir haben zu gewärtigen nach einer gestern vorgetragnen Eröffnung der Regierung, daß uns die Aequivalente nicht gezahlt werden dürften. Sie sind im Jahre 1866 nicht gezahlt worden, wo die Regierung die Zahlung zugesichert hatte. Daraus läßt sich wohl folgern, daß wir jetzt, wo sie selbst sagt, sie wird kaum zahlen, wir kaum etwas bekommen werden. (Vermehrte Heiterkeit.)

Das wird eine Differenz von 160000 fl. ausmachen. Eine 2. Post, die sich heuer gar nicht ermitteln läßt, werden die Vorspannsleistungen sein.

Nach der Gepflogenheit sollen die Vorspannsauslagen nur nach Maßgabe des Vorjahres genommen werden. Wir zahlen im Jahre 1867 die Vorspannsauslagen des Jahres 1866. Im Jahre 1866 haben wir die Summe, welche wir für das Jahr 1865 zahlen müssen, mit 33.000 fl. eingestellt.

Wenn Sie, meine Herren, glauben, daß im heurigen Jahre der Vorspann nicht mehr als 33000 fl. erfordern wird, so muß ich das sanguinisch nennen.

Ich muß endlich hinweisen, daß die disponiblen Kapitalien alle so zu sagen, vergriffen sind. Wie ich die Ehre gehabt habe vorzutragen, waren das 275.000 fl.; es wurde bestimmt, daß davon noch im Dezember 20000 fl. erhoben werden sollen. 225.000 fl. sind gewiesen auf Ankäufe der Realitäten, die gezahlt werden müssen und auf das Defizit, was heuer der Steuerzuschlag geben wird, was Ende November 608.000 fl. betragen hat, will ich gar nicht hinweisen.

Es wird leider auch ins nächste Jahr hinfallen. Ich glaube also, die Lage des Landes ist eine solche, daß ich heuer dem Landtag, so schmerzlich es mir fiel, den Antrag gestellt habe, den Zuschlag

um 1 fr. zu erhöhen; ich glaube, daß dieß genug ist. (Bravo! Sehr wahr!)

Oberstlandmarschall: Wünscht noch Jemand das Wort? Ich bitte diejenigen Herren, die den Antrag des Dr. Rieger unterstützen, die Hand aufzuheben. (Geschicht). Er ist nicht unterstützt.

Wir sind mit der heutigen Tagesordnung fertig, Wir schreiten zum Schluß der gegenwärtigen Session. Meine Herren! Sie ist die Fünfte. Da nach der Landesordnung in der Regel der Landtag sich alljährlich einmal versammeln soll, und Se. Majestät, der Kaiser und König allerdings das Recht hat, den Landtag wann immer zusammen zu berufen, so wäre es im Bereiche der Möglichkeit gelegen, daß wir in dem kurzen Zeitraume, bis wo unsere Mandate fortbauern, noch einmal zusammen berufen werden könnten; aber eben, weil der Zeitraum sehr kurz ist, muß ich heute bei meiner Schlußrede von der Voraussetzung ausgehen, daß wir vielleicht in diesem Saale in der Zusammensetzung, in der wir heute sind und dieselben Persönlichkeiten, die heute dasitzen, uns nicht mehr wiederfinden werden.

Ich muß ihnen, meine Herren, statt eines „auf Wiedersehn“ dießmal ein „Lebewohl“ zurufen, was ich aber, wenn wirklich der Fall eintreten sollte, daß wir im Laufe dieser Landtagsperiode noch eine 6. Session haben sollten, mit Vergnügen in ein „auf Wiedersehn“ umwandeln würde. (Bravo! Bravo!)

Aber eben aus diesem Grunde, weil ich von dieser Voraussetzung ausgehen muß, halte ich mich für verpflichtet, dießmal sowohl der Versammlung als auch dem Lande, wenigstens in kurzen Zügen, ein Bild der gesammten Thätigkeit des Landtages in der verfloffenen Landtagsperiode zu entwerfen.

In erster Reihe muß ich hier auf die wichtigen Verhandlungen, welche in dieser Landtagsperiode in Bezug auf die Landes- und Wahlordnungs-Abänderungen, in Bezug auf das Verhältniß Böhmens zur Gestalt der Gesamtmonarchie gepflogen wurden, hinweisen; aber auch in anderen, u. z. insbesondere Landesinteressen betreffenden Richtungen ist viel und Ersprießliches in dieser Landtagsperiode geschehen.

Ich hebe hievon nur das Wesentlichste hervor u. z. in Bezug auf die Auhahnung und Regelung der Autonomie, der Selbstverwaltung unseres Königreiches, das Gemeindegesetz sammt Wahlordnung, das Gesetz über Bezirksvertretungen; in Bezug auf die Förderung der Bodenkultur und des landwirthschaftlichen Credits, die Errichtung der Hypothekbank, die Umwandlung der Contributionsfonde in landwirthschaftliche Vorschusskassen, die Begründung und Subventionirung von 2 landwirthschaftlichen höheren Lehranstalten, die Subventionirung der patriotisch ökonomischen Gesellschaft und mehrerer Ackerbauschulen die Begründung von Stiftungsplänen an der Hufbeschlag und Veterinärschule in Wien, die begründete Bitte an die hohe Regierung um Einführung des Tabakbaues in Böhmen, die Subventionirung der land- und forstwirthschaftlichen Statistik, die Gesetzgebung wegen Aufhebung der

Beschränkungen im Besitz und Erwerb des Bauer-gutes. In Bezug auf die Förderung der Wissenschaft-, Kunst- und der Schul- und Bildungsanstalten, die Organisation der technischen Lehranstalten und die beschlossene Erbauung eines neuen Gebäudes für dieselben, den Ankauf der Safarischen Bibliothek und der Hollar'schen Kupferstichsammlung, die Beschlüsse über die Gleichberechtigung beider Landes Sprachen an den höheren Schulen und auf der Universität, die Subventionirung der Gesellschaft der Wissenschaften, des Conservatoriums für Musik, des Comité's für die Landesdurchforschung, des Dombauvereines u. s. w. Der Beschluß über den Bau eines Gebäudes für das Landesmuseum; die Vorlagen betreffs der Erhaltung von Baudenkmalen, z. B. Burg Karlstein; die Erbauung eines zweiten Landestheaters für böhmische Aufführung, die Subventionirung beider Landestheater, das Schulbau-Konkurrenz-Gesetz, endlich die Organisirung des Landesarchivs.

In Bezug auf das Kommunikations-Wesen: die ausgedehnten Nothstandsstrassenbauten; die Subventionirungen oder Vorschüßertheilungen, welche das Zustandekommen von zahlreichen Strassenzügen und Wasserbauten ermöglicht haben; das Straßenaufbaukonkurrenzgesetz; die Gesetze über Administration, Polizei und Bemaathung der Strassen in Bezug auf die Förderung der Industrie und der Gewerbe. Die Subventionirung der Gewerbeschule in Prag, der Zeichnen und Modellir-Schule in Steinschönau, das Gesetz über Erleichterung bei Industrialbauten. b. In Bezug auf Landesgesetzgebung überhaupt die Dienstbotenordnung, die Bauordnung, die Beschlüsse über die politische Eintheilung des Landes, das Gesetz über die Steuergeldsonde, das Jagdgesetz, das Armengesetz, das Gesetz über die Kundmachung der Landesgesetze.

In Bezug auf Landes-Sanitäts-Anstalten: die Verhandlungen und Beschlüsse über die zweckmäßige Einrichtung und Verwaltung derselben, der Ankauf und die Regulirung eines zusammenhängenden, für Erweiterungen u. s. w. bestimmten Grund-Komplexes in der Umgebung dieser Anstalten; die beschlossene und bereits im Zuge befindliche Herstellung eines neuen, allen Forderungen der medicinischen Wissenschaft fruchtenden Gebäudes, der Ankauf und die Aboptirung einer Jilial-Irrenanstalt auf dem Lande. Ich habe hier natürlich nur die wichtigsten Dinge hervorgehoben. Es erübrigen noch sehr viele Gegenstände, welche den Landtag mitunter in größerem Maße beschäftigt haben, die ich einzeln aufzuführen unterlassen habe. Ich weise im Allgemeinen auf jene Arbeiten Betreffs der Organisirung des Landesauschusses und sämmtlicher Dienstzweige die Arbeiten, betreffs der Landtagsgeschäftsbearbeitung, die jährlich regelmäßig wiederkehrenden Verhandlungen über Petitionen der Gemeinden über ihre Zusätze, Trennungen und Refurse, die Errichtung von Stiftungsplätzen und Subventionen an verschiedenen Humanitätsanstalten u. s. w. Wenn wir

dies alles zusammenfassen meine Herren! so glaube ich, können wir mit Beruhigung die Landtagsperiode schließen und aus diesem Saale scheiden, in welchem während der nun kurz zugewiesenen Zeit so Ersprießliches geleistet wurde; und das Bewußtsein mit uns nehmen: mit Aufopferung, unserer Pflicht obgelegen zu haben. Wir müssen bedenken, daß wir eigentlich nur in vier Sessionen alle diese Gegenstände beraten und beschloffen haben. Wir haben im Ganzen 5 Sessionen bisher gehalten; von diesen war die erste sehr kurz, und von den Konstituierungs-Arbeiten, den Wahlberichten, den Reichsrathswahlen u. dgl. in Anspruch genommen, so daß eigentlich der Landtag in dieser Session an sein eigentliches Geschäft und an die Landesinteresse nicht im geringsten Hand anlegen konnte . . . .

Nebstdem aber, daß — wie ich eben zusammengestellt habe — wir mit Beruhigung auf die Zahl und das Gewicht der erledigten Gegenstände für die Landesinteressen zurückblicken können, glaube ich auch verpflichtet zu sein, noch ein Moment mit Rücksicht auf die vergangene Landtagsperiode herzuheben.

Ein geehrter Herr Redner hat vor einiger Zeit, anlässlich einer hochwichtigen Debatte hervorgehoben, daß der Ton und die Würde der Debatten im böhmischen Landtage im Laufe der abgelaufenen Periode sich immer mehr und mehr auf eine höhere Stufe gehoben haben. Ich habe die Ehre gehabt, dem Landtage zu präsidiren in den zwei Sessionen seines Beginns, und heuer am Schluß seiner Periode, und ich kann, was dieser Herr Redner gesagt hat, nur bestätigen. Wir haben, ich lege ein großes Gewicht darauf, dieses hervorzuheben — im Ganzen und Großen unserer Verhandlungen immer einen der Würde der Versammlung angemessenen Ton eingehalten, — ich lege darauf umso mehr Werth, als nach meiner Überzeugung ein solcher Gang der Debatten den Beschlüssen einer Versammlung größeres Gewicht verleiht, denn durch würdige Behandlung der Debatte, durch ruhige Verhandlung des Gegenstandes, durch eine mit Mäßigung und auf sachlichen Grundlagen gestützte Vertheidigung gewinnt der gefaßte Beschluß gewiß weitaus Bedeutung. (Bravo! Sehr wahr!)

Ich komme nun zu einem Moment, wo ich Sie, meine Herren, im Vorhinein ersuchen muß, denselben nicht bloß als eine in jeder Schlussrede einer Session wiederkehrende Phrase zu betrachten, ich komme nämlich dazu am Schluß dieser Session dem Hause den Dank auszudrücken für das Vertrauen und das freundliche Entgegenkommen, mit welchem es mir meine Stellung als Vorsitzender erleichtert hat. Ich muß offen gestehen, ich kann auf dieser Stelle mich noch immer nicht ganz des drückenden Gefühles erwehren, daß ebendadurch, daß die Kenntniß der einen der beiden Landes Sprachen mir mangelt, ich dieser Stelle nicht vollkommen gewachsen sei, (Oho! o nein.) daß ich eben dadurch genöthigt bin, immerwährend an die Rücksicht eines

Theiles der Mitglieder dieses h. Hauses zu appelliren. (Nein! Nein!) Diese Rücksicht ist mir jedesmal im vollsten Maße zu Theil geworden und für diese Rücksicht, sowie überhaupt für die unterstützende Weise, in welcher die ganze Versammlung bei allen Gelegenheiten gegen mich sich benahm, sage ich Ihr hiemit meinen wärmsten Dank. (Výborně.)

Noch eine Pflicht habe ich zu erfüllen für meine Person, und ich glaube getrost sagen zu können, für den ganzen Landtag, den Dank nämlich Sr. Excellenz dem gegenwärtigen Hrn. Statthalter dafür auszusprechen, daß, obwohl er nur erst in einer Session als Regierungs-Kommissär fungirt hat, er doch insoweit seine Pflichten und die Obliegenheiten seines Amtes es zugelassen haben und sich im Landtag versöhnlich und unterstützend entgegengekommen ist. (Bravo.) Se. Excellenz haben dadurch eine Gesinnung bethätiget, die in ihrer Fortsetzung nur segensreich auf die Verhandlungen des Landtages einwirken kann, (Bravo!) und ich sage dafür Sr. Excellenz im Namen des Landtages den Dank. (Lebhafter Beifall.)

Ich vermag diese Ansprache nicht zu schließen, ohne einen Rückblick zu werfen auf jene höchst wichtige Frage die vor kurzem unsern Versammlung beschäftigt, und ihren Abschluß in der Ueberreichung einer Adresse an Seine Majestät, unsern allergnädigsten Kaiser und König gesunden hat. Wer von uns kann läugnen, daß wir vor einem entscheidenden Momente uns befinden? Die nächste Zeit wird und muß die Entscheidung bringen. Die Lage ist ernst, die Schwierigkeiten, die der verfassungsmäßigen Gesamtgestaltung des Reiches von so verschiedenen Seiten entgegentreten sind groß, ja diese Schwierigkeiten erscheinen in manchem Augenblicke nahezu unüberwindlich.

Ich glaube, meine Herren, wir dürfen deswegen den Muth nicht sinken lassen, wir dürfen uns darum nicht einem entmuthigendern Pessimismus hingeben, — im Gegentheile, wir können unsere Zuversicht da schöpfen, wo eine unverstegbare Quelle dieser Zuversicht für uns sprudelt, in dem Gefühle, in welchem wir alle hier in diesem Saale, welcher Richtung wir immer angehören, einträchtig und einmüthig waren, wir können sie schöpfen in dem Gefühle der Liebe zu unserem Heimathlande (Bravo!) in dem Gefühle der Anhänglichkeit an den Gesamtstaat, und in der festen Ueberzeugung, daß derselbe zum Heile dieses Landes forbestehen muß und forbestehen wird (Bravo! Výborně!) Wir können auch diese Zuversicht schöpfen in dem Gefühle der unveränderlichen Treue und Anhänglichkeit unseres Landes und aller Völker Oesterreichs an Seine Majestät unsern Kaiser. Hoch! Se. Majestät unser allergnädigster Kaiser und König Franz Josef I. Dreimal Hoch! (Dreimaliges, stürmisches Sláva- und Hochrufen der Versammlung.)

Wir kennen diese Ueberzeugung und diese Zuversicht aus der unveränderlichen Treue und Anhänglichkeit unseres Landes und aller Völker Oester-

reichs an Se. Majestät unseren allergnädigsten Kaiser und König (stürmisches Bravo!) Hoch unserm allergnädigsten Kaiser und König Franz Josef I. (dreifaches stürmisches Hoch! und Sláva!)

Statthalter Graf Rothkirch: Er. Exc. hatten die Güte, freundlich anerkennende Worte im eigenen Namen und im Namen der h. Versammlung an mich zu richten, ich erlaube mir hierauf mit dem Ausdrücke lebhaften Dankes zu erwidern, daß Er. Exc. die Gesinnungen und Grundsätze, die mich in meinem Wirken, dem h. Landtage gegenüber, leiten, richtig bezeichnet haben. Es sind die meinigen, sie liegen in dem Zuge meines Charakters und ich erfülle, indem ich darnach handle, zugleich auch die Absicht der hohen Regierung. Ich kann dem hohen Landtage die Versicherung geben, daß ich an denselben festhalten werde, und daß es mir stets die größte Freude, die größte Genugthuung bereiten wird, auf diesem Wege einträchtig und zum Besten, zum Wohle des Landes und dieser hohen Versammlung zu wirken. (Bravo! Výborně!)

Budítež pánové ubezpečeni, že vždy za nejsvětější povinnost svou miti budu, v postavení, k němuž J. V. císař a pán mne nejmilostivěji povolati ráčil, veškeré své síly napnouti, abych úplně dostál otcovským úmyslům J. V. císaře a krále našeho i taktéž spravedlivým tužbám drahé naší vlasti, již dostaníž se hojného zdaru a rozkvětu. (Hlučná pochvala. Výborně! Výborně! Výborně!)

Oberstlandmarschall: Ich bitte Er. Eminenz haben noch das Wort begehrt!

Kardinal Fürst Schwarzenberg: Als Er. Exc. uns am 19. November des laufenden Jahres als wiederernannter Landmarschall hier in diesem Hause begrüßten, da lag es mir auf der Zunge, Er. Exc. in Einem zu widersprechen, und ich kann diesen Saal nicht verlassen, ohne diesen Widerspruch hier noch kund zu geben. Er. Exc. äußerte, Hochdieselben seien den Leitern dieses Hauses ein alter Bekannter. Ich glaube Er. Exc. sind im ganzen Lande niemanden fremd. (Lebhaftes Bravo! und Výborně!)

Wer immer dem Lande angehört und das Land liebt, der kennt den Namen, der kennt den Eifer, kennt die Verdienste Er. Exc. (Bravo! Výborně!) Er. Exc. sind allen bekannt, Niemanden fremd. Darum bitte ich auch den wärmsten Dank der Versammlung aus meinem Munde anzunehmen, daß Hochdieselben das mühevollen Amt des Landmarschalls wieder übernommen haben. Und wenn Er. Exc. soeben in Aussicht gestellt haben, daß mit dieser Landtagsperiode vielleicht die Persönlichkeiten dieses Hauses wechseln werden und wir uns gewissermaßen lebemohl zu sagen haben, so glaube ich vollkommen im Namen des Landes berechtigt zu sein, zu rufen: in diesem Hause, Er. Exc., auf Wiedersehen! (Bravo! Výborně!) Da aber die dormalige Landtagsperiode gegen den Wunsch vieler doch zu Ende zu gehen scheint, und wir nicht hoffen dürfen auf

eine 6. Session in dem laufenden 6. Jahre, welches noch nicht zu Ende ist.

Da es demnach zum Scheiden eines großen Theiles des Landtages kommen könnte, so glaube ich, sollen wir nicht scheiden, ohne erneuert Sr. Exc. dem einstmaligen Landmarschall den Dank für seine Leistungen zu wiederholen (Bravo! Bravo!) und nicht unterlassen dürfen wir auch dem Stellvertreter der beiden Herren Landmarschälle dem Herrn Dr. Bělský, der so oft einen leitenden Einfluß auf die Versammlung genommen hat, unseren Dank auszudrücken (Bravo! Bravo!) und ich freue mich, dieser Verpflichtung nachzukommen und demjenigen im Namen des Landtages unsern Dank auszudrücken, der in dem eben ablaufenden verhängnißvoller Jahre die wärmste Anerkennung der Stadt Prag, des Königreiches Böhmen und unseres gerechten und wohlwollenden Kaisers empfangen hat. (Lebhafte Bravo!)

Oberstlandmarschall = Stellvertreter Dr. Bělský: Die Worte, die so eben Se. Em. der hochwürdigste Cardinal-Fürst-Erzbischof in Betreff meiner bescheidenen Person gesprochen hat, machen einen tiefen Eindruck auf mich. Ich habe während meines schwierigen Amtes als Bürgermeister in Prag nur meine Pflicht erfüllt; ich habe es gethan im Gefühle der wärmsten Vaterlandsliebe und in unerschütterlicher Treue und Ergebenheit zu unserem allergnädigsten Kaiser und König. Ich schätze mich glücklich, daß meine Thätigkeit eine so allseitige Anerkennung findet und daß sie von so hoher Stelle in diesem hohen Hause ebenfalls ausgesprochen wurde, wird mir für mein ganzes Leben die theuerste Erinnerung bleiben.

Dovolte, pánové, abych, poněvadž dnes bezpochyby naposled stojím na tomto čestném místě, se s Vámi rozloučil, a Vám opětně složil

nejvřelejší díky za podporu a showivavost, kterou jste mi vždy poskytovali, kdykoliv mně bylo povinností, subsidiárně zastávat čestný úřad předsednictví. Bylo zasedání toto ovšem krátké, pánové, avšak ukončení tohoto zasedání zdá se mi, že vyžadují vyšší politické ohledy, týkající se celé říše, a musíme se tomu tedy podrobit. Neochabujme ale proto v našich nadějích a důvěře naší pro budoucnost. Když jsme posledně byli ve Vidni, aby jsme podali Jeho Vel. císaři a králi našemu adresu, kterouž uzavřel sněm král. Českého, tu vyřknul Jeho Veličenství císař pán a král tato slova: „Vnitřně uspokojit všechny národy své — jest mou péčí panovníckou. Dosažení tohoto cíle bude mi nejkrásnější odměnou mých starostí panovníckých.“

Pánové, v tato slova skládejme naše naděje, naše tužby, naši nezvratnou důvěru. (Výborně.) Na důkaz této důvěry zvolíme tedy při odchodu z této síně třikráte: Sláva našemu císaři a králi!

(Troji hlučné provolání slávy.)

Dr. Rieger: Sláva našemu nejvyššímu maršálkovi. (Sláva, sláva, sláva! Hoch, hoch, hoch!)

Oberstlandmarschall: Ich danke Euer Eminenz für die warmen Worte, die Sie meiner Persönlichkeit gewidmet haben. Ich kann weiter Nichts beisetzen, als daß auch ich wiederholen kann, was der Hr. Bürgermeister und Stellvertreter gesagt hat.

Ich glaube, ich habe immer meine Pflicht gethan und dafür gebührt mir kein besonderer Dank. (Sláva! Bravo!)

Ich habe die Ehre die Session für geschlossen zu erklären.

Schluß der Sitzung 5 Uhr 35 Minuten.

Graf Chotek, Verificator.

Dr. Karl Pitert, Verificator.

Dr. Reichert, Verificator.